

# In diesem Heft

## Editorial

## Essay

GERHARD ZWERENZ

Sozialismus als Barbarei?

Die 12 Merkwürdigkeiten des Schwarzbuches 7

## Demographie historisch

PARVIZ KHALATBARI

An Essay on the Principle of Population

– Zweihundert Jahre Kontroverse um ein Pamphlet 20

SALOMON SCHWARZ

Bevölkerungsbewegung und Arbeitslosigkeit in Rußland 32

## Gesellschaft – Analysen & Alternativen

ARNDT HOPFMANN

»...eine gewisse unrichtige Auffassung« –  
über »Einheit« und Reformfähigkeit 46

JÖRG ROESLER

Ulbricht contra Dubček?

Einverständnis und Mißverständnis  
zwischen zwei Reformern 54

## »UTOPIE konkret«

WOLFRAM ADOLPHI

Klammheimliches Verwachsen.

Gedanken beim Lesen (m)eines  
deutsch-deutschen Geschichtsbuches 62

RUTH ANDEXEL

Wie ich allen auf den Wecker falle 69

ARNDT HOPFMANN Über das Rezension sunwesen. Eine Ermutigung für den gehässigen Rezensenten	70
ULLA PLENER Meine drei Begegnungen mit Marx an einem Nachmittag in London oder Das unerwartete Erlebnis der politischen Kultur im Ausland	73
ARNOLD SCHÖLZEL Eine Episode aus dem Beginn des laufenden Vereinigungskrieges	75
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE UTOPIE konkret – Wie diese Zeitschrift ihren Namen erhielt	79
<b>Festplatte</b>	
WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	82
<b>Bücher &amp; Zeitschriften</b>	
Andrea Komlosy, Christof Parnreiter, Irene Stacher, Susan Zimmermann (Hrsg.): Ungeregelt und unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft, Historische Sozialkunde 11, Brandes & Aspel/Südwind Frankfurt/M. 1997 (ARNDT HOPFMANN)	84
Pierre Bourdieu: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Aus dem Französischen von Hella Beister, Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1998 (STEFAN BOLLINGER)	86
Heinz D. Kurz: Ökonomisches Denken in klassischer Tradition, Metropolis Verlag Marburg 1998 (ULRICH BUSCH)	87
<b>Jahresinhaltsverzeichnis 1998</b>	90
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	96

# Editorial

*Wenn Linke versagen, suchen sie die Schuld immer bei anderen. Und sofort höre ich den – ebenso beliebten wie beliebigen – Einwand, daß das bei anderen auch nicht anders sei.*

*Ich habe mich stets geweigert, ihn zu akzeptieren. Wenn die Linke genau so sein will, wie alle anderen, sich an den gleichen Maßstäben messen möchte, wie alle anderen, stellt sich die Frage, wozu man sie braucht. Die Linke trat nach 1789 auf den Plan, nicht, weil sie etwas mehr wollte – sei es mehr an Macht, sei es mehr an Sozialverträglichkeit der gesellschaftlichen Zustände –, sondern weil sie etwas anderes wollte. Bis heute ist sie in ihrer lausigen Praxis allerdings nicht darüber hinausgekommen, lediglich etwas mehr zu wollen. Etwas anderes wollte sie fast immer nur in der Theorie.*

*Und die vergaß sie meist, wenn Macht in Aussicht stand oder um Macht gerungen wurde. Die Erwartung, endlich in Deutschland mitspielen zu dürfen, machte die SPD 1914 zum treuen Bündnispartner beim Völkermord. Die Erwartung einer Weltrevolution ließ 1928 Thälmann und andere »gesunde proletarische Kräfte« die restlichen selbständig denkenden Intellektuellen endgültig mundtot machen – das Karl-Liebknecht-Haus wurde zum Vorhof des Kreml, wenig später für nicht wenige auch des GULag. Nach der Wahlschlappe 1990 wurden auch die Grünen realistisch.*

*Wie sehr sich die Staatssozialisten der Differenz zwischen der Theorie und ihrer Praxis bewußt waren, unterstrichen sie mit einem Adjektiv, das sie ihrem Kasernenhofsozialismus verordneten: real. Jene traurige Gestalt, die nicht genug bekommen konnte von Zeitungsfotos, die sie selbst abbildeten, spreizte sich immer noch ein Stück mehr als sonst, wenn sie vom realen Sozialismus daherpöbelte und so – gebildet und diplomatisch, wie sie und die anderen Genossen nun einmal waren – allen linken Spinnern, beileibe nicht nur jenen im Westen, ihren Unwert bedeutete. Die Theorie ist nichts, die Macht ist alles.*

*Der geschlossenen dieser Gestalt in den Untergang folgenden Partei war die Theorie aber keineswegs einerlei. Ganz im Gegenteil, sie lag vor allem ihren führenden Genossen wenn auch nicht unbedingt immer am Herzen, so doch auf jeden Fall stets im Magen. Deshalb scheute sie weder Kosten noch Personal und sorgte dafür, daß die Theorie nicht vereinsamte. Zuerst wurde sie beaufsichtigt, dann an die Kette gelegt, und schließlich von Parteitag zu Parteitag, von Plenum zu Plenum langsam, aber sicher so*

hininszeniert, daß sie der Wirklichkeit immer ähnlicher wurde. Besondere Perlen der Parteisophistik zu veröffentlichen, war der »Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus« vorbehalten. Schon ihr Titel – »Einheit« – verheimlichte nicht, daß in ihrer Redaktion selbständiges Denken, also Pluralität, wenig geschätzt war.

Manch Ketzer, der in den Theorieverwahrnstanalten nicht vom Gift wirklicher Theorie hatte ferngehalten werden können, sah in den Inszenierungen allerdings eher Folter – und wurde trotzdem nicht gefoltert. In den späten Jahren der traurigen Gestalt kam man dafür sogar nicht einmal mehr ins Zuchthaus. So human ging es da zu.

Die theorieführenden Theorieaufbewahrer erhielten ihre Orden nicht umsonst. Sie hatten der Theorie so viel Lügen auf die Brust gepreßt, daß sie kaum noch atmete. Und das ist gut so, wenn man an der Macht bleiben will. »Denn die geben wir nie wieder her.«

Als auch dieses Versprechen gebrochen war, keimte Hoffnung auf neue geistige Freiheit. Diese Freiheit hatte viele Facetten, u.a. auch die: Helmut Steiner und Marion Kunze begründeten »UTOPIE konkret« – mit der klaren Aussicht, das Blatt demnächst wieder einzustellen. Wer will schon denken – zumindest in Zeiten, in denen das Denken nicht verboten ist?

Als erstes verloren wir – ich war noch vor dem Erscheinen der ersten Nummer hinzugekommen – den Titel. In Hamburg greift bei der titelhaften Verwendung des Wortes konkret (in allen Zusammenhängen) stets ein Anwalt zum Stift, um eine Unterlassung oder – wahlweise – die Zahlung von 500 000,- DM aufs Papier zu malen. Stecken Sie ruhig den Stift weg. Ich sage ja gar nicht, daß »konkret« Geld von der PDS nahm, sondern nur, daß man uns unseren Titel verbot. Seither ist die Zeitschrift schon mehrmals gestorben. Im Juli 1991 stellte sie der Dietz Verlag ein; die Deutsche Verlags- und Druckereikontor GmbH fing sie für einige Monate auf. Dann besuchte uns die Kriminalpolizei. Sie glaubte sich auf der Spur der SED-Milliarden und wollte von uns 40 Millionen Deutschmark, wir konnten aber nur unsere Lohnzettel mit den untertariflichen Gehaltszahlen vorweisen.

Anschließend schickte man uns aus Köln einen alten Mann am Stock, dem die Runen aus den Knopflöchern zu blinken schienen. Er hatte lange warten müssen, um seinen Zweiten Weltkrieg zu gewinnen. Er gewann, und der Dietz Verlag vermachte mir einen wertlosen Zeitschriften-Titel sowie für 200 Mark ein paar alte Möbel und eine Schreibmaschine. Der Bundesvorstand der PDS bot uns in seinem Haus Asyl und ermöglichte so die Weiterexistenz der Blattes.

Gerupft, aber doch guter Dinge ward die Transformation aus der Staatswirtschaft vollzogen; nun galt es, sich in der Marktwirtschaft zu verwirklichen. Frei von Verlagen und desinteressierten Herausgebern – auch der 1990 geschaffene Beirat war längst in alle Winde zerstoßen – machten die arbeitslosen Redakteure weiter. Chefredakteur Helmut Steiner führte unzählige Gespräche, gewann neue Partner, organisierte einen Förderverein unter der Leitung des bekannten Wirtschaftswissenschaftlers Gunther Kohnmeyer,

akquirierte Spendengelder und formte eine erweiterte – bis heute – ehrenamtlich arbeitende Redaktion. Die Mathematikerin Monika Noack erledigt seitdem einen Teil der undankbaren Verlagsarbeiten.

An Monatshefte war unter diesen Bedingungen nicht zu denken, aber an sechs Doppelhefte im Jahr, die ab März 1992 – anfangs mit erheblicher Verspätung – auch erschienen. Nicht eine einzige Nummer fiel aus. Als sich Helmut Steiner 1994 anderen Betätigungsfeldern zuwandte, war nicht nur die Anbindung der Zeitschrift an den NDZ-Verlag gelungen – Helmut Steiner hinterließ auch eine arbeitsfähige Redaktion.

Seit 1996 ist Ruth Kampa unsere Verlegerin; es tut gut, professionell und fair behandelt zu werden.

Zeitweilig arbeiteten am Zeitschriften-Projekt Marion Höppner, Horst Junghans und Susann Zscheschang mit, die als Absolventin in Deutschland keine Arbeit fand und nach Dänemark auswanderte. Geblieben bis heute sind die Gründungsredakteure sowie der Philosoph Arnold Schölzel, der ursprünglich die Zeitschrift hatte leiten sollen – er berichtet darüber im vorliegenden Heft. Wolfram Adolphi, einen Chinaspezialisten, traf ich am 1. Mai 1992 auf dem Hoffest der unterdessen legendären »Pankgräfin« wieder. Anfang 1990, als viele nicht mehr den Mut hatten, für ihre Überzeugung den Kopf rauszustecken, war er an die Spitze des Berliner Landesverbandes der PDS getreten, ein Jahr später hatte er nicht mehr die Kraft, sich zu wehren, und wurde weggetreten. Nach einigem Zögern stimmte er einer Mitarbeit an der Zeitschrift zu. Aus Leipzig kam der Ökonom (und gelernte Afrikanist) Arndt Hopfmann, der schon seit 1991 mit dem Blatt als Autor verbunden war. Er ist bis heute nicht nur einer der fleißigsten Autoren und Rezensenten, sondern auch ein gefürchteter. Für dieses Heft steuert er eine Glosse bei, darüber, wie man es sich am effektivsten mit allen verdirbt. Als vorerst letztes Mitglied trat in die Redaktion die bekannte Historikerin Ulla Plener ein, die dem Blatt seit Anfang an verbunden ist.

Eine eigene Fachzeitschrift verantwortet der Sprachwissenschaftler Ronald Löttsch. Auch wenn er nicht im Impressum unserer Zeitschrift steht, gehört er unbedingt genannt. Genauso wie die ehemalige stellvertretende Chefredakteurin der Zeitschrift »asien, afrika, lateinamerika«, Ruth Andxel, die die gute Seele unseres Projektes ist.

Jeden Montag abend breiten wir die Früchte unserer Arbeit aus der Woche zuvor voreinander aus, und kommen jeden Montag wieder. Nicht nur weil es sinnvoll scheint, sondern auch – ich weiß, so etwas gibt man in Deutschland nicht zu – weil es Spaß macht. Ich bin mit dem bösen Satz aufgewachsen: »Kratze am Linken, und es kommt der Kleinbürger durch.« Manchmal stimmt er nicht.

Als wir 1990 anfangen, sagten wir uns, die paar Hefte, die uns vergönnt sein würden, können wir ruhig durchnummerieren – dann wissen wir am Ende auf einen Blick, wieviel wir gemacht haben. Andere feiern die runden Zahlen, wir die 99.

JÖRN SCHÜTRUMPF



GERHARD ZWERENZ

## Sozialismus als Barbarei? Die 12 Merkwürdigkeiten des Schwarzbuches

### *Vorbemerkung*

Alle Gesellschaft beginnt barbarisch. Die Mythen verraten es. Eva läßt sich von der Schlange animieren, diesem giftigen Phallus-Symbol, wie wir seit Freud wissen. Eva reicht Adam den Apfel, als heiße sie Monica Lewinsky, Bill Adam beißt rein, Gott reagiert sauer und vertreibt das Paar aus dem Paradies, wie Mister Starr den Präsidenten aus dem Weißen Haus vertreiben will, diesem Clinton-schen Paradies.

Die Mythen sind, wie die Mörder, unter uns. Old Hegel lehrte, die Eule der Minerva beginne erst bei Dämmerung ihren Flug, Kultur kommt spät, Philosophie noch später, ganz am Ende, fünf Minuten vor zwölf, kommt das deutsche Fernsehen mit Krimi-Toten ohne Zahl, Volksmusik sowie Sex-Geschwätz und Bett-Szenen – welch eminenter Fortschritt seit des antiken Roms Leidenschaft für Brot und Spiele. Jedenfalls wird die sozialistische Utopie ersetzt durch den Kampf um Einschaltquoten und die Jagd des Volkes nach dem Jackpot.

Als berüchtigter Altlinker, nach bundesdeutscher Sprachregelung, frage ich mich: Muß denn das sein, daß unser Land so verlottert lotterlehaft ist, wie es ist? Und muß eine Gesellschaft, die spät beginnt, auch barbarisch beginnen? Muß sie wie die Sowjetunion in verteidigender Gegenwehr, um zu siegen oder nur um unter Wölfen zu überleben, noch barbarischer sein als ihre Feinde? Mutierte Rosa Luxemburgs These »Sozialismus oder Barbarei« zum barbarischen Sozialismus als reales Ingrediens einer Zivilisation und Kultur, die regredieren, weil die Weltgesellschaft einem barbarischen Endzustand von Chaos und Zerfall entgegensteuert?

Eine Legion von Milliardären lebt im Sozialismus, diesem kapitalen Paradies, die Masse der Menschen droht auf den sozialen Status von Pyramidenerbauern abzusinken, zur höheren Ehr globalisierender Pharaonen. Die Eule der Minerva hat sich offenbar in der Nacht verflogen. Vielleicht ist sie im Schwarzbuch gelandet. Sehen wir dort also nach.

### *Erster Eindruck*

Das Buch steckt voller Seltsamkeiten. Manches ist einfach schräg übersetzt. Auf Seite 275 wird der stellvertretende sowjetische Außenminister Iwan Maiski als Molotows »rechter Arm« bezeichnet. Gemeint ist natürlich »rechte Hand«. Auf Seite 273 erscheint der Untersuchungsrichter Lew Schejnin als Wyschinskis »rechter Arm«.

Gerhard Zwerenz – Jg. 1925, Schriftsteller.

1952 Philosophiestudium in Leipzig bei Ernst Bloch; 1957 Übersiedlung in die BRD;

Werke u.a.: Kopf und Bauch. Die Geschichte eines Arbeiters, der unter die Intellektuellen gefallen ist (1971); Der Widerspruch. Autobiographischer Bericht (1974, 1991 bei Aufbau Taschenbuchverlag); Die Rückkehr des toten Juden nach Deutschland (1986).

Von 1994 bis 1998 war Gerhard Zwerenz mit PDS-Mandat Mitglied des Deutschen Bundestages. In »UTOPIE kreativ« zuletzt: »Herr Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl – persönlich – « [Offener Brief zur deutschen Militärpolitik], Heft 75 (Januar 1997) und Heft 76 (Februar 1997); und: »Verräter und Agenten – Denunziation als politisches Kampfmittel« [Vortrag auf der PDS-Geschichtskonfe-

renz »Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen«, Hefte 81/82 (Juli/August 1997) und Konferenzband Sonderdruck Dezember 1997.

Der vorliegende Text ist die Druckfassung eines Vortrages, den Gerhard Zwerenz auf dem Jahreskolloquium des Fördervereins Konkrete Utopien e.V. am 31.10.1998 in Berlin gehalten hat.

Schwerwiegender als die schräge Anatomie sind die schwankenden Opferzahlen. Auf Seite 27 haben »die kommunistischen Regime rund hundert Millionen Menschen umgebracht ... während es im Nationalsozialismus rund 25 Millionen waren.« Auf Seite 22 werden die Opfer des Kommunismus recht fragwürdig abgezählt. Auf dem Buchumschlag schrumpfen die 100 Millionen ein zu »über 80 Millionen Toten«.

In Teil 1, 10. Kapitel von Nicolas Werth wird der »Große Terror« verlässlicher dargestellt. Das gilt auch für die folgenden fünf Kapitel. Zwar differieren immer noch viele Zahlen und Fakten, doch die Lehre, die zu ziehen ist, führt unweigerlich zu dem Schluß, daß diese Barbarei zwar ergründet, aber nicht entschuldigt werden kann. Der Block dieser sechs Kapitel ist der rationale Kern, der das Buch für Sozialisten zur Pflichtlektüre machen sollte. Soviel zu uns.

Welche Wirkung das Buch bei Gegnern hervorruft, zeigt ein typisches Argument, das Heiner Geißler am 30. April 1998 im Gespräch mit Gregor Gysi (HR: Horizonte – Zwischen Jesus und Marx) aufschrieb: »Wenn Sie das Kommunistische Manifest lesen, nicht wahr, es ist der Klassenkampf, Kampf der Klassen gegen die Klassen, *V e r n i c h t e n* war eines der Lieblingsworte von Karl Marx ... das ist der Historische Materialismus, und der Mensch spielt darin eine ganz bestimmte Rolle ...«

Man prüfe im Manifest nach, das Wort Vernichten kommt nur zweimal in ganz anderen Zusammenhängen vor. Der belesene Geißler verwechselte auch nicht das Kommunistische Manifest mit der Bibel, in der ja allerhand Vernichtungen beschrieben, wo nicht gerechtfertigt werden, nein, Geißler hatte das Schwarzbuch studiert und dessen Furchtbarkeiten auf Marx zurückprojiziert. Unbewußt natürlich, denn bewußt geschieht das nur bei völlig verbohrt ideologischen Antikommunisten und der nazistischen Kerntruppe. Die Linke aber ist erneut mit der Blochschen Grundfrage konfrontiert, ob der Marxismus im Moskauer Modell kenntlich oder unkenntlich geworden sei. Was uns zu der weiteren Überlegung berechtigt, ob das Christentum in den Kreuzzügen und der Inquisition und der Kapitalismus im Nazismus/Faschismus kenntlich oder unkenntlich wurde.

Soviel als Vorbemerkung. Nun zu den 12 Merkwürdigkeiten:

#### *Erstens: Die Falle des Pessimismus*

Das »Schwarzbuch des Kommunismus« beginnt mit einem Satz von Raymond Queneau: »Die Geschichte ist die Wissenschaft vom Unglück des Menschen.« Der Satz entstammt Queneaus Buch »Une histoire modèle«, 1966 in Paris erschienen, laut Anmerkungen zum Schwarzbuch 1985 deutsch in München.

Merkwürdig für mich: In meinem Buch »Kopf und Bauch«, 1971 bei S. Fischer in Frankfurt erschienen, steht der Satz: »Geschichte verstehe ich als Entwicklung zu Tod und Untergang.« Die Parallelität beider Sätze ist evident. Ich werde darauf zurückkommen.

#### *Zweitens: Der Teufel ist ein Linker*

Der zitierte erste Satz im Schwarzbuch ist zugleich der erste Satz des tonangebenden Vorworts von Stéphane Courtois mit dem Titel



»Die Verbrechen des Kommunismus«, dessen ganze erste Seite geschichtliche Klitterungen anreicht und dann erklärt: *»Als politische Philosophie existiert der Kommunismus seit ... Jahrtausenden.«*

Folgerichtig wird nun auf Platon verwiesen, womit *»der Kommunismus«* kurzschlüssig mit der Geschichte philosophischer Sozialutopien und ihrer Realisationsversuche gleichgesetzt wird, was in der Konsequenz dazu führt, alle revolutionären Ideen, Entwürfe und Aufstände der Weltgeschichte als kommunistisch abzuqualifizieren. So wurzelt der Zweck des Buches als pure Absicht gleich in der ersten Seite, wonach im Hegelschen Sinne vernünftig ist, was ist, und wer es anders will, landet zwangsläufig in Kriminalität und Verbrechen.

Ob Spartacus, Thomas Müntzer, Marx oder Rosa Luxemburg, sie sind aufrührerische Kriminelle und müssen gekreuzigt, gehängt, enthauptet, erschossen, erschlagen werden, wie es das Herrenrecht seit jeher will. In der Konsequenz des Schwarzbuches führen die Verbrechen des Kommunismus zwingend zu dem Schluß, daß der Kommunismus selbst ein, wo nicht d a s Verbrechen sei. Anders gesagt, zum Kapitalismus gibt es keine Alternative. Zugleich schrumpft der Nazismus zur sekundären Kriminalität ein, und das ist es, was zur deutschen rechten Mentalität paßt wie der Fußlappen in den Soldatenstiefel.

#### *Drittens: Die Legitimation der Teufelsaustreiber*

Die massive Leidenschaftlichkeit der angehäuften antikommunistischen Vorwürfe, die sich oft vom nazistischen Antikommunismus nicht unterscheiden lassen, führt zur Frage nach der Legitimation. Wer sind die Autoren des Schwarzbuchs? Wie seriös sind die vorgelegten Beweise, Zahlen, Schlußfolgerungen? Was legitimiert den Dauerton der Anklage?

Auf Seite 34 ringt Courtois sich zwei Sätze verschämter Selbstkritik ab. Auf neue revolutionäre Erscheinungsformen verweisend heißt es: *»Diese revolutionäre Leidenschaft ist uns nicht ganz fremd. Autoren dieses Buches haben einmal selbst der kommunistischen Propaganda geglaubt.«* So kurz und un bündig stellen sich ehemalige Maoisten und marxistisch-leninistisch-stalinistische Fundis schuldfrei: Sie haben geglaubt. Nun glauben sie das Gegenteil. Daß sie dabei Gefahr laufen, ebenso fanatisch, intolerant und ideologisch zu sein wie vordem, nur mit ausgewechselten Vorzeichen, die Fahne des vormaligen Klassen-Feindes schwenkend, entgeht ihrer Selbstsicherheit, weil es zu deren Konstitution gehört.

Zweifel ist lästig. Marxens Devise, an allem sei zu zweifeln, ist ihnen im Contra so fremd wie vordem im Pro. Sie benötigen aus mentalen Gründen den Kampf, die Existenz von Feinden und die Gewißheit, im Recht zu sein, wo sie auch stehen mögen. Als Kommunisten sahen sie sich im Recht, das Recht mitnehmend wandeln sie sich in Anti-Kommunisten. – Dies das Grundgesetz der zweiten Generation von Renegaten. Sie wechselten ihre Fahne aus, ihr Fanatismus blieb derselbe.

#### *Viertens: Die zweite Generation parodiert die erste*

Der Unterschied zur ersten Renegatengeneration ist evident. Von

Arthur Koestler, dem Klassiker des renegatischen Antikommunismus, bis zu Heinz Brandt, El Campesino, Isaak Deutscher, Milovan Djilas, André Gide, Julius Hay, Theodor Plivier, Gustav Regler, Manès Sperber, Ignazio Silone reicht die erste Reihe derer, die sich von Kommunisten in Gegner wandelten, oft unter großen Schmerzen, aber doch zu jenen Zeiten, da die Partei noch mächtig, der Ausgang des Kampfes unentschieden, die Zukunft unsicher gewesen ist. Renegat zu sein wurde von der Partei mit Verachtung, Feindschaft, Verfolgung, mit dem Tode bestraft. Dieser renegatische Antikommunismus unterscheidet sich kategorisch von dem der zweiten Generation, der mindestens in Gefahr der konjunkturellen Einvernahme steht. Nach dem Untergang der Sowjets wandelte sich das nachgeholt Renegatentum aus einer Entscheidung auf Leben und Tod in eine bloße Konjunkturfrage.

Besonders in Deutschland ist die Zeit linker Karrieren vorbei. Rechtstendenzen prosperieren, die Mitte wird geheiligt, umgepolte ehemalige Linke taugen bestens als Kronzeugen. Keine Rede von Drittreichsnachfolgern bleibt ohne anklagende Schwarzbuchsentenzen, die Hitlers Kindern wie ihren Vätern ein gutes Gewissen verschaffen. Mein Vater war kein Verbrecher, sagt im Bundestag einer, dessen Vater als Wehrmachtsoffizier in Stalingrad umkam. Wie und weshalb er nach Stalingrad vorgedrungen ist, fragt der Sohn nicht. Oder hält es für legitim.

Ein letztes Wort zur ersten Renegatengeneration: Wer es genauer wissen will, lese nach bei Hermann Kuhn »Bruch mit dem Kommunismus«, Verlag Westfälisches Dampfboot 1977 und bei Michael Rohrwasser »Der Stalinismus und die Renegaten«, Metzler Studienausgabe 1991.

#### *Fünftens: Von der Gleichheit im Verhungern*

Die Geschichte des Kommunismus als Kriminalgeschichte zu bewerten, ist genauso legitim wie die Kriminalgeschichte des Christentums, etwa von Deschner, der auch Idee und Praxis, also Glaube und Realität aneinander mißt. Während Religionskritiker aber die Praxis meist verwerfen, dem Glauben jedoch eine Chance lassen, wird der Kommunismus in allen Formen verworfen, weil schon die Idee schlecht sei und zur kriminellen Praxis führen müsse, womit der Kommunismus nicht mit dem Nazismus verglichen, sondern ihm gleichgestellt wird.

Die Frage Blochs, ob der Marxismus im sowjetischen System kenntlich oder unkenntlich werde, wird mit Kenntlichkeit beantwortet. Courtois schlußfolgert nach seiner Opferaufzählung: »*Hier sind sich »Rassen-Genozid« und »Klassen-Genozid« sehr ähnlich.*« Während er dabei noch die Gleichsetzung scheut, fährt er forscher fort: »*Der Tod eines ukrainischen Kulakenkindes, das das stalinistische Regime gezielt der Hungersnot auslieferte, wiegt genauso schwer wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto, das dem vom NS-Regime herbeigeführten Hunger zum Opfer fiel.*«

Das klingt in einer Welt mit tagtäglichen 40.000 hungertoten Kindern reichlich unverfroren. Außerdem werden dabei zwei Faktoren manipuliert. Erstens sind die ukrainischen Hungersnöte nicht mit Sicherheit so zu bewerten, wie er es tut, und der »*systematische*

*Einsatz des Hungers als Waffe*« ist keineswegs eine Besonderheit der Kommunisten. Zweitens sind Rassenmord und Klassenmord sich in einem entscheidenden Punkte eben nicht ähnlich. Das jüdische Kind, das im Warschauer Ghetto nicht verhungerte, wäre kurze Zeit später erschossen oder vergast worden, denn es war aufgrund seines Judentums zum Tode verurteilt. Das ukrainische Kind, das den Hunger überstand, entkam damit auch dem Tode. Judentum bedeutete Tod wegen Rassenzugehörigkeit. Klassenzugehörigkeit ist dagegen eine soziale Kategorie. Ihr kann entgangen werden.

*Sechstens: Ein Eingeständnis ohne Einsicht*

Allerdings muß hier linke Selbstkritik einsetzen. Wer es bisher noch nicht wissen wollte, kann es in Teil Eins des Schwarzbuchs, Autor Nicolas Werth, im Übermaß erfahren. Die Brutalisierung der russischen Bürgerkriege ließ bald keine Unterschiede mehr zu. Die Roten vernichteten die Weißen, die Weißen töteten die Kommunisten und Juden, es gab ungezählte Massaker und Vernichtungen ganzer Ortschaften. Nicolas Werth macht ehrlicher Weise auf Seite 96 ein bezeichnendes Eingeständnis, wenn er schreibt: »Wie bei jedem Bürgerkrieg ist es schwierig, eine Bilanz der verschiedenen Repressions- und Terrorformen der einen oder anderen Partei aufzustellen. Den bolschewistischen Terror ... kann man auf verschiedene Weisen beschreiben.«

Dieser Satz ist von mir verkürzt worden, im Originaltext steht nach den ersten drei Worten »Den bolschewistischen Terror« ein Gedankenstrich, und es heißt: »... er allein ist hier Gegenstand unserer Betrachtung ...«

Damit ist der Charakter des ganzen Buches bewertet. Die Kommunisten erscheinen als einzigartige Kriminelle, weil ihre Gegner bzw. Feinde fehlen oder kein Betrachtungsgegenstand sind, wie Werth es ausdrückt. Jedenfalls fehlen die Eskalationsgründe der Brutalitäten.

Es kann für diese Einseitigkeiten akzeptable Gründe geben, wenn es sich um Korrekturen früherer Blindheiten handelt, und das wird ja im Schwarzbuch behauptet, trifft jedoch gerade für Deutschland nicht zu, denn hier herrschten Antikommunismus, Antibolschewismus und Antisemitismus von 1933 an vor. Die DDR als versuchte korrigierende Gegenbewegung blieb geschichtlich gesehen bloße Episode.

*Siebtens: Schuld, Rache und keine Sühne*

Wir zählen fünf Gründe für die Brutalitätseskalation des roten Terrors nach der Oktoberrevolution in Rußland:

1. Bürgerkriege neigen durchweg zur Grausamkeitssteigerung.
2. Die Soldaten von landwirtschaftlich strukturierten Staaten neigen zu individuellen Untaten und Schlächtereien. Das Menschenschlachten wird wie Tierschlachtung gehandhabt.
3. Der rote Terror geht auf die Revolutionstheorie von Marx zurück.
4. Die Leninsche Revolutionstheorie verband sich mit der traditionellen zaristisch-russisch-asiatischen Praxis der Gnadenlosigkeit.

5. Aus den kalkulierten Abnutzungsschlachten des Ersten Weltkriegs mit seinen industriellen Vernichtungssorgen wurde im Bürgerkrieg die befohlene Vernichtung per »Handarbeit«. Wo Artillerie, Panzer, Flugzeuge fehlten, sprachen die Kleinwaffen. Ziel blieb und wurde immer mehr der Tod des Feindes samt Anhang.

Hier kann nur der dritte Faktor reflektiert werden, die Revolutionstheorie von Marx, der die Geschehnisse der Pariser Kommune von 1871 analysierte. Eine Zusammenfassung marxistischer Sichtweisen bietet das sowjetische Lehrbuch »Geschichte der Neuzeit von 1870–1918« von W.M. Chwostow und L. I. Subok, das 1949 beim Volk und Wissen Verlag für den Schulunterricht in der DDR erschien. Ich zitiere einige Passagen daraus, die zeigen, wie die Sowjets im geschichtlichen Rückblick die eigene Härte mit der Härte ihrer bourgeoisen Feinde in der Vergangenheit legitimierten:

»Am 27. Mai eroberten die Versailler das Arbeiterviertel Belleville. Auf dem Friedhof Père Lachaise hatten sich 200 Kommune-kämpfer festgesetzt. Die Versailler zertrümmerten mittels Geschützfeuer die Tore des Friedhofs und drangen in ihn ein ... Am Abend waren die paar heldenmütigen Verteidiger der Kommune umzingelt; sie wurden an der Friedhofsmauer erschossen ... Dreißigtausend Kommunarden wurden erschossen, über vierzigtausend in den Kerker geworfen und in entfernte Kolonien zur Zwangsarbeit geschickt ... Auch die »Petroleusen«, die man der Brandstiftung verdächtigte, wurden ermordet und ebenso ihre »Brut«, wie die Henker der Bourgeoisie die Arbeiterkinder nannten ... Es kam vor, daß die Versailler in die Krankenhäuser eindrangten, die Amputierten auf ihre Bajonette spießten und zum Fenster hinauswarfen. Paris verwandelte sich in ein ungeheures Schlachthaus ... Die Leiter der Kommune versäumten es, den Weg des revolutionären Terrors zu beschreiten, und unterdrückten die Gegenrevolution nicht mit hinreichender Entschlossenheit. »Es hätte seine Feinde vernichten müssen«, sagt Lenin ... Die Kommune bereicherte die revolutionäre Kampferfahrung des Proletariats. Sie zeigte, daß es notwendig ist, den alten Staatsapparat niederzureißen, und bewies praktisch die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats ... Die von Lenin und Stalin geführte Partei der Bolschewiki hat die Lehren der Pariser Kommune im Kampf um den Sieg der sozialistischen Revolution ausgewertet.«

Die Lehre der Bolschewiki lautete dementsprechend: Wir müssen stärker sein als unsere Feinde. Wir heute wissen, was daraus wurde. Im Blick zurück ist von uns ein Optimum an Gerechtigkeit verlangt. Sie ist nur in der Solidarität mit den betroffenen Opfern erreichbar. Das Schwarzbuch versagt dabei mindestens partiell.

#### *Achtens: Die Rechenkünstler-Ideologie*

In der ellenlangen Aufzählung bolschewistischer Untaten während des Bürgerkriegs von 1917/18 setzt Werth den geschätzten 10.000 bis 15.000 Opfern der Tscheka die Zahlen der Zarenzeit entgegen, wonach es von 1825 bis 1917 lediglich 6.231 Todesurteile zaristischer Gerichte gegeben habe. Soll heißen, soviel Menschen, wie im Zarismus in 90 Jahren hingerichtet wurden, erledigten die Kommunisten in wenigen Monaten.

Es ist fraglich, ob sich das zaristische Gerichtswesen so naiv mit dem Revolutionsgeschehen vergleichen läßt. Werth bagatellisiert hier mit der Beschränkung auf Gerichtsurteile. Wieviele Opfer gab es ohne Gerichtsurteile? Nehmen wir nur den Petersburger Blutsonntag vom 22. Januar 1905, so kommen wir auf andere Zahlen. Ich zitiere der Neutralität halber aus »Warten aufs letzte Gefecht«, ein SPIEGEL-Buch von 1961:

*»Der Polizeiaгент und Pope Gapon entschloß sich plötzlich, seine sozialistische Gesinnung ernster zu nehmen, als ihm seine Polizeichefs aufgetragen hatten. Auf Polizeibefehl hatte er immer wieder den Zaren als Beschützer der Armen und Elenden propagiert. Nun, im Januar 1905, wollte er den Zaren an sein Amt als Beschützer der Ausgebeuteten und Unterdrückten erinnern ...*

*Er formulierte eine Petition an den Zaren, ließ sie zirkulieren (135.000 Personen unterschrieben) und forderte den Zaren auf, am Sonntag, dem 22. Januar 1905, vor seinem Volke zu erscheinen ...*

*Am 22. Januar zog Gapon, wie er angekündigt hatte, an der Spitze einer riesigen Menschenmenge vor den Sitz des Zaren, das Winterpalais. Über der Menge schwankten Ikonen und Kirchenfahnen, auf ihrem Marsch sang sie Kirchenlieder.*

*Als sich Gapon und die schätzungsweise 150.000 Menschen dem Palais näherten, begann plötzlich das Militär zu schießen. Die Wirkung war unbeschreiblich: Die Masse stürzte bei den ersten Schüssen zurück. Zahllose Menschen wurden niedergerissen und zu Tode getrampelt, andere erlagen den Salven und Säbeln der Kosaken. Über 1000 Tote und mehr als 2000 Verletzte waren die Ernte des »blutigen Sonntags« ...«*

Wo registriert das Schwarzbuch die Toten des Blutsonntag? Stehen sie auf dem Schuldkonto der Kommunisten? Tausende von Morden und Massakern zeichnen den blutigen Weg der Weltgeschichte. Alles Schuld von Kommunisten? Zu Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 gab es noch gar keine Kommunisten, sind sie dennoch daran schuldig? Nur ein einziges kleines Beispiel: Am Karfreitag 1919 werden in Offenbach am Main bei einer Demonstration von mehreren Tausend Menschen 17 Menschen erschossen. Der Vorgang ist wie vieles andere vergessen und wird höchstens von Heimatforschern registriert. Die Frage ist: Sind die Toten von Offenbach nun Opfer von Kommunisten, obwohl sie selbst welche waren oder ihnen zugerechnet werden? Wo aber nicht, wer zählt sie dann wozu? Sind sie Opfer des Kapitalismus? Oder der Mehrheitssozialisten? Wo werden die dreißigtausend Menschen gezählt, die 1940 beim Luftangriff auf Rotterdam starben? Wozu rechnen die 300.000 Chinesen in Nanking, die zwischen Dezember 1937 und Februar 1938 von den Japanern umgebracht wurden? China und Japan differieren in der Zahl der insgesamt von Japanern umgebrachten Chinesen, es sind zwischen 20 und 40 Millionen. Auf welches Konto gehen sie?

*Neuntens: Sozialismus als Barbarei – Antisemitismus als Bagatelle*

Nach der beliebten Zählweise, alles links von den Rechten ist kommunistisch, stecken die 17 erschossenen Offenbacher Demonstranten doch ebenso wie die Millionen Chinesen wohl in den

100 Millionen Opfern des Kommunismus. Genauso wie Luxemburg/Liebkecht, die von der Soldateska erschlagen wurden, wie es Kommunisten eben ergeht, solange sie nicht an der Macht sind. Dann drehen sie den Spieß um, weil sie nicht ewig Märtyrer sein mögen.

Damit kommen wir zu den unbezweifelbaren Verbrechen nicht »der Kommunisten«, sondern der sowjetischen Bolschewiki in der Zeit des sich herausbildenden Stalinschen Massenterrors. Der im Schwarzbuch von Nicolas Werth beschriebene Große Terror von 1936 – 1938 ist in den Opferzahlen ungenau, als kollektiver Staatsterror jedoch hinreichend erforscht und nur in der Motivation noch umstritten. Als Deutscher zögere ich bei der Bewertung, schließlich besiegte Stalins Sowjetunion Hitlers Drittes Reich. Als Sozialist aber stehe ich zu der schmerzhaften Erkenntnis aus der Geheimrede Chruschtschows auf dem Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1956 – dieser Sowjetsozialismus besiegte zwar Hitler, vorher aber hatte er schon den Marxismus und Sozialismus in sich selbst besiegt.

Wie war das möglich? Was ist geschehen? Die Völkerschaften der Sowjetunion hatten in tausend Jahren Leibeigenschaft und Unterdrückung zu einer passiven, masochistischen Lebenshaltung finden müssen, der ein bis zwei Jahrzehnte revolutionärer Umstürze wenig anzuhaben vermochten. Unterhalb der neuen Ideologie blieben die alten Psychostrukturen erhalten. Stalin selbst nahm, dies nur als Beispiel, Japans Niederlage von 1905 als Revanche für Japans Sieg von 1905 über das zaristische Rußland. Seine Bewunderung für Peter den Großen, der Stolz auf Rußlands Sieg über Napoleon ließ ihn den Kampf gegen Hitler zum »Großen Vaterländischen Krieg« stilisieren, und Marx war vergessen.

Der Große Terror ab 1936 dementierte Rosa Luxemburgs Alternative »Sozialismus oder Barbarei« und bestätigte ihre Kritik an Lenin. Der Sozialismus wurde selbst Barbarei.

Stalin war zwar Sieger, doch enthauptete er zuvor die Rote Armee, indem er 62.761 Offiziere umbringen ließ, was die Armee für den Krieg schwächte und ihre anfänglichen Niederlagen erklärt. Die Zahl entstammt übrigens einem Geheimpapier von Woroschilow. Ich entnahm sie dem ND vom 23. Februar 1998. Laut FAZ vom 30. August 1997 wurden von 1936 bis 1940 überdies 21.000 NKWD-Offiziere erschossen. Hitlers Kommissar-Mordbefehl schloß also direkt an Stalins Kommissar-Mordbefehle an. Um die Tragödie zu vervollständigen, sei aus gleicher Quelle mitgeteilt, daß im April 1938 über 70 Prozent aller in die SU geflüchteten KPD-Mitglieder verhaftet waren. Die Mehrzahl überlebte es nicht.

Während das Schwarzbuch in den vorgenannten Fällen nachvollziehbar argumentiert, bleibt es in Fragen des Antisemitismus merkwürdig zurückhaltend. So wird zwar oft vom Antisemitismus des Zarenreiches gesprochen, in Details auch von der Todfeindschaft der Weißen im Bürgerkrieg, die sich vor allem gegen Juden und Bolschewiki richtete. Gefangengenommene Kommunisten wurden ermordet, Juden galten sowieso als Kommunisten und mußten sterben, doch die Schlußfolgerungen der Schwarzbuch-Autoren bleiben seltsam vage. In welchem hohem Maße die weißen

Konterrevolutionäre das rassistische Modell für Hitlers späteren Überfall auf die Sowjetunion lieferten, als es ganz offiziell und programmatisch um die »Vernichtung des jüdischen Bolschewismus« ging, bleibt unberücksichtigt. Immerhin wird auf Seite 269 mitgeteilt, daß die »alte antisemitische Grundhaltung des Zarentums« von den Bolschewiki bekämpft worden ist. Umso erschreckender freilich, daß Stalin nach dem Zweiten Weltkrieg selbst die Judenverfolgung betrieb und damit kurz vor seinem Tode den letzten Rest von Marxismus ablegte, wo nicht widerrief.

*Zehntens: Die Schwarzbuch-Ideologie – eine verspätete Polemik*

Das Schwarzbuch als Abrechnung bekommt für die französische Linke eine spezifische Dringlichkeit, weil die KPF lange Zeit stalinistisch geblieben war und Pol Pot dem Pariser Intellektuellenmilieu entstammte. Sein Mordregime in Kambodscha wurde zwar von orthodoxen Marxisten stets abgelehnt, Maoisten und ähnliche Gruppierungen verhielten sich aber unentschlossen oder zustimmend, weshalb sie heute Grund genug für nachgeholt Distanzierung haben mögen. Ihr Problem ist die frühere terroristische Nähe, die heute durch um so heftigere Distanz dementiert, wo nicht vergessen gemacht werden soll.

Das Schwarzbuch ist eine polemische Abrechnung, in der eine Neuverteilung von Schuld betrieben wird. Vormalis engagierte Revolutionäre suchen persönlichen Freispruch durch Fremd- und Kollektivbeschuldigungen.

Ähnliche Selbstentlastungen finden sich auch bei uns im nationalen und rechtsextremistischen Kampf gegen die Wehrmachtsausstellung. Oder nehmen wir, als pars pro toto, den Buchtitel »Verlorene Siege« des Generals Erich von Manstein, der damit Hitler die Schuld am verlorenen Krieg zuordnet und sich zugleich von aller Verbrechensteilnahme freispricht. Analoge Selbstexkulpierung liegt vor, wenn das Schwarzbuch des Kommunismus 100 Millionen Opfer des Kommunismus mit 25 Millionen Naziopfern kontrastiert. Denn *erstens* sind die genannten Zahlen ungesichert. *Zweitens* wird unter Kommunismus eine vielförmige internationale Bewegung verstanden, der eine national begrenzte faschistische und nationalsozialistische Bewegung kontrastiert wird. *Drittens* bleiben nationalistische und faschistoide Erscheinungen wie in Indonesien, wo 1966 an die 600.000 Menschen als Kommunisten verdächtigt und gekillt worden sind, oder das Pinochet-Regime Chiles, der argentinische Peronismus, die türkischen oder griechischen Militärputschisten oder das südafrikanische Apartheidregime außer Betracht. Viertens werden die Militärtoten nicht einbezogen, und die Massaker einer zweitausendjährigen christlichen Kultur des weißen Abendlandes bleiben unreflektiert.

Das Schwarzbuch rechnet mit den Kommunisten als Täter ab und unterschlägt die Kommunisten als Opfer. Statt Reflexion wird Ideologie und Demagogie geliefert. Wie Opfer sich in Täter verwandeln, bleibt unbegriffen. Weshalb Stalin noch als Kommunist gilt, obwohl er alle Leninschen Kampfgefährten umbringen ließ und als Kommunistenmörder noch den Antikommunisten Hitler übertraf, bleibt unerörtert.

*Elftens: Der deutsche Schwanz, der mit dem Hund zu wedeln versucht*  
 In der deutschen Ausgabe schließen zwei Artikel von deutschen Beiträgern an. Der frühere DDR-Bürgerrechtler Ehrhart Neubert, inzwischen CDU-Politiker, schreibt über »Politische Verbrechen in der DDR«. Seine Methode ist der umgepolte Marxismus, statt der antikapitalistischen Anklagen setzt er die unendliche antikommunistische Suada. Aus dem ideologisch geschlossenen kommunistischen System wird ein ideologisch geschlossenes antikommunistisches System. Es ist die gleiche Krankheit. Mit fanatischen Vertretern geschlossener Systeme logisch zu argumentieren ist unlogisch.

Der zweite deutsche Beiträger, Joachim Gauck, überrascht durch andeutende Eingeständnisse eigener Schwächen. Dies ein beinahe neuer Ton bei einer Gruppe, die ansonsten durch den Fanatismus Vera Lengsfelds charakterisiert wird, die nichts über ihre SED-Mutter, den Stasi-Vater, die eigene SED- und FDJ-Karriere erwähnt, stattdessen Marx zum Hauptfeind der Menschheit erklärt, ganz wie es die deutsche Rechte bis hin zu Hitler hielt, war es doch Hitler, der im Herbst 1943 seinem Außenminister Ribbentrop, der angesichts der Niederlagen an der Ostfront über Verhandlungen mit Stalin nachdachte, offenherzig erklärte: »... wenn ich mich heute mit Rußland einige, packe ich es morgen wieder an – ich kann halt nicht anders.«

Nicht anders kann halt auch die CDU-Abgeordnete Vera Lengsfeld, die am 27. Mai 1998 in der Bundestagsdebatte zum 150. Jahrestag der Verfassunggebenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche das Kommunistische Manifest, Marx, Engels und die Diktatur des Proletariats mit dem Scheitern der 1848er Revolution zusammenstoppelte und die gängige Totalitarismuslehre auf ihren urgeschichtlichen Nenner zurückführte: »Mit dem Scheitern des demokratischen Nationalstaates hängt das Erstarken der Radikalen von rechts und links zusammen.« Aber gewiß doch, ohne Marx kein Stalin, ohne Christus keine Kreuzzüge, ohne Freie Deutsche Jugend keine FDJ-begeisterte Vera Lengsfeld, ohne Adenauer/Kohl kein CDU-MdB Lengsfeld.

Nun ist die heutige Frau Lengsfeld von ihrem damaligen Ehemann-IM ausgespäht worden, was ihren Anti-Marxismus biographisch verständlich macht. Wer das Hitler-Porträt von John Keegan liest, begreift allerdings auch die biographische Fundierung der Hitlerschen Seele, wie sie sich in MEIN KAMPF ungescheut äußerte: »Die jüdische Lehre des Marxismus bestreitet die Bedeutung von Volkstum und Rasse und entzieht der Menschheit damit die Voraussetzung ihres Bestehens und ihrer Kultur.« Hitler sah sich schon früh als »Zerbrecher des Marxismus«, wie Tucholsky zitierte.

Frau Lengsfeld ist, gewiß guten Glaubens, schön gleichmäßig verteilt gegen Marx und Hitler und beruft sich dabei ausgerechnet auf Theodor Heuss, der 1933 die Nazidiktatur so feinsinnig wie tüchtig durch Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen mit realisieren half. So läuft das eben in der Mussolini-Kurve: Links unten angefangen und rechts oben rausgetragen. Die ehrverletzte Ex-Genossin V.L. hat gewiß noch eine große Zukunft vor sich. Schade drum.



Was sie nicht weiß oder in umgepolter erneuerter Parteitreu brav vergessen hat: Der Widerstand im Dritten Reich war zu 3 Prozent christlich-bürgerlich, zu 10 Prozent sozialdemokratisch und zu 75 Prozent kommunistisch. Es gehört eine tüchtige Portion anti-kommunistischer Verlogenheit dazu, dies in die Verschweigespira-le zu verbannen. Die Wessis wissen es nicht besser. Im Osten aber wußten mindestens Engagierte wie die Genossin Vera Bescheid. Vom Pastor Gauck nicht zu reden, dem immerhin einiges zu dämmern beginnt.

*Zwölftens: Die Nachhut will Vorhut sein*

Die zwei nachgeschobenen deutschen Kapitel entwerten das Schwarzbuch mehr als seine sonstigen Schwächen, die die Bedeutung des Buches für Frankreich selbst nur wenig mindern, denn die französische Linke hat in der Selbstanalyse einen beträchtlichen Nachholbedarf. Die deutsche Linke hat in gewissen unaufgeklärten Gruppen und Sekten ebenfalls einiges aufzuarbeiten. Hauptsächlich aber bedienen sich des Schwarzbuchs rechte Einzelkämpfer und Parteien, die in den alten Mustern des deutschnationalen, völkischen und rechtsextremistischen Antikommunismus befangen bleiben. Sie befeindeten die aufklärende Wehrmachtsausstellung, reagierten wutschäumend auf Goldhagens Buch »Hitlers willige Vollstrecker« und transportieren ihre angestammten Feindschaften und Charakterdefizite aus dem 2. ins 3. Jahrtausend. Sie sind die Nachhut der nationaldeutschen Ideologie und müssen ertragen werden wie Heuschreckenplagen in Ägypten. Wo sie allerdings überhandnehmen und als neonazistische Vorhut die Pluralität Deutschlands und Europas bedrohen, sind sie entschieden abzuwehren.

Das Schwarzbuch ist polit-ideologische Hilfe für die Rechte, was die Linke sehen muß, ohne sich dazu verleiten zu lassen, den Wahrheitskern zu leugnen. Er bedeutet, daß der revolutionäre Marxismus auf dem Weg über Lenin beim liquidatorischen Stalinismus anlangte. Der Bruch mit dieser Tradition ist unumgänglich. Wenn, wie Pierre Bourdieu sagt, die Zukunft Europas von den Deutschen abhängt, ist die Neuformation einer sozialistischen deutschen Linken unumgänglich, denn ohne sie wäre Deutschland und damit in Zukunft ein Stück Europas nicht pluralistisch.

Die kritische Aufarbeitung der SED-Vergangenheit mit der Stigmatisierung von Marxisten, Sozialisten und Kommunisten zu verbinden, wird von uns abgelehnt, denn das benutzen die Rechten als politisches Kampfmittel zur Lähmung der Linken.

Die Neuformation der deutschen Linken ist Europäisierung und insofern Entdeutschung, Abschied also von Nationalismus, Rassismus und antieuropäischen Traditionen, wozu das Eingeständnis gehört, daß Deutschland im 20. Jahrhundert zweifach versagte, indem die deutsche Rechte Lenins Revolution finanziell unterstützte und die sozialdemokratische Linke nach der opportunistisch-nationalistischen Burgfriedenspolitik des 1. Weltkriegs mit des Kaisers Generälen paktierte, die Revolution auf halbem Wege erstickte und damit den Nazis den Weg an die Macht vorbereitete. Es brauchte nur 15 Jahre vom Waffenstillstand 1918 bis zum Januar 1933.

Das Verlangen nach dem Bruch der Linken mit dem sowjetischen Sozialismusmodell bleibt ungerecht und unvollständig ohne den Bruch mit jener sozialdemokratischen Tradition, die zum Machtantritt der Nationalsozialisten beitrug.

Was immer gegen Lenin eingewendet werden kann und von Rosa Luxemburg eingewendet wurde, unbezweifelbar ist Lenins Internationalismus, demzufolge die Bolschewiki auf die Revolution in Deutschland setzten. Nicht daß sie ausblieb, ist entscheidend, sondern wie die Sozialdemokratie sie im Bündnis mit den Generälen und Nationalisten niederschießen ließ. Für die Sowjets blieb nur der Weg zum »Sozialismus in einem Land«, was Stalin zugleich zum Nachfolger Lenins wie zum Liquidator des revolutionären Marxismus, inklusive des Leninismus werden ließ. Diese weltpolitisch entscheidende Zäsur entwertete die sozialistische Revolution, die zum Sozialfeudalismus verkam, die Sowjetunion jedoch zugleich soweit stabilisierte, daß sie ab 1941 Hitlers Wehrmacht widerstand und sie 1945 besiegte.

Wer also den deutschen Kommunisten Schuld am Stalinismus zumißt, ohne zugleich die Schuld derer einzugestehen, die entweder als deutsche Soldaten Krieg führten oder vordem als Sozialdemokraten die Revolution niederschlugen, so daß die deutsche Konterrevolution erstarkte, der ist unaufrichtig und böswillig.

Zum notwendigen Bruch mit der SED-Vergangenheit gehört die gewiß schmerzende Einsicht, wonach die Marx'sche Revolutionslehre, einschließlich der Theorie vom Proletariat als dem subjektiven Faktor, von der Geschichte widerlegt worden ist. Wer jetzt noch den traditionellen Revolutionsbegriff des 18. und 19. Jahrhunderts beibehält, gleicht den Generälen, die sich auf den nächsten Krieg nach dem Muster der vergangenen Kriege vorbereiteten. Die Sowjets waren gegen äußere Angriffe und innere Subversionen gerüstet, den inneren Zerfall aber haben sie nicht einmal wahrgenommen. Die DDR konnte Militär, Polizei, Geheimpolizei, bewaffnete Betriebskampftruppen aufbieten, ganz wie die Lehrbücher vorsahen, was dann jedoch scheinbar urplötzlich geschah, überraschte alle. Die Staatsmacht war auf bekannte konterrevolutionäre Modelle vorbereitet, nicht auf das reale Geschehen. Die Führung war von gestern, nicht von morgen.

Wie die Kriege des ausgehenden 20. Jahrhunderts keine »klassischen« Kriege mehr sind, so sind Revolutionen nicht mehr die von Marx analysierten. Was sich in Straßen und auf Barrikaden abspielt, ist Bürgerkrieg, Religionsstreit, Palastrevolte, Stellvertretermord, ethnische Vernichtung und Vertreibung – nicht aber Revolution. Wer dies nicht sieht, sondern auf die »klassische« Variante setzt, gleichgültig, ob als Revolutionär oder als Konterrevolutionär, der gleicht jenen polnischen Militärs, die 1939 die Panzer der Wehrmacht mit Kavallerie attackieren ließen. Die Position zu dieser prinzipiellen Differenz unterteilt uns nicht in Linke und Rechte, aber in linke wie rechte geschichtsblinde Dogmatiker und jene Spurensucher, die ihren unverdrossenen Utopieglauben durch empirisch abgesicherte Handlungen legitimieren.

*Nachbemerkung*

Als letztes ist das Versprechen einzuhalten, das zu Beginn gegeben wurde – die Reflexion des Satzes von Raymond Queneau, der lautet: »*Die Geschichte ist die Wissenschaft vom Unglück der Menschen*« und die Parallele zu meinem Satz »*Geschichte verstehe ich als Entwicklung zu Tod und Untergang.*«

Mein eigener Satz von 1971 leitet im Kontext zu der Hoffnung über, die mir das Zukunftsdenken Ernst Blochs vermittelte. Zur Debatte stand der Ausgang aus selbstverschuldeter Misere. Der Satz von Queneau hingegen, mit dem Courtois das Schwarzbuch beginnt, eskaliert vom schwarzen Humor des zitierten Autors zum verschlüsselten Eingeständnis des zitierenden Autors, mit dem der vom linksextremen Maoisten zum ebenso fanatischen Antimarxisten gewandelte Dogmatiker seinen Schmerz und seine Niederlage indirekt signalisiert. Da ihm Mut und Charakter fehlen, die Fehler und Irrtümer bei sich selbst zu konstatieren, projiziert er sie auf die Weltgeschichte, die zu Tod und Untergang führe, was den einst geliebten Glauben an den Kommunismus als Teil der Geschichte mit einbezieht und damit zur geschichtlichen Normalität einschrumpft, weshalb er mit eskalierender Feindschaft wieder erhöht werden muß, auf daß man ihn zum Hauptfeind der Menschheit erklären könne: Seht her, die Kommunisten mordeten 100 oder wenigstens 80 Millionen Menschen, die Nazis brachten es nur auf 25 Millionen.

Die Nazis sind also die Minimörder, die Kommunisten die Maximörder.

Das kollektive Ohr der Nachfolgekameraden des Dritten Reichs vernimmt die Botschaft des bekehrten Genossen wie Orgelmusik: Hört hört, unsere bestiefelten Väter der Eroberungsfeldzüge haben recht getan, die blutbesudelten Bolschewiken daheim und in Rußland zu bekämpfen und zu vernichten.

Das ist das Resultat der Botschaft eines Mannes, der einen zur Wissenschaft umdefinierten Glauben fanatisch verfocht und sich nun mit doppeltem Fanatismus gegen die Träume seiner Jugend wendet. Im Christentum wandelte sich einst der Verfolger und Mörder Saulus zum Apostel Paulus, der die Liebe predigt. Die humane Energie, die in diesem konsequenten Bruch mit der eigenen Vergangenheit liegt, ging uns in den 2000 Jahren christlicher Geschichte offenbar gänzlich verloren.

PARVIZ KHALATBARI  
 An Essay on the Principle  
 of Population  
 – Zweihundert Jahre Kontroverse  
 um ein Pamphlet

»Wissenschaft ist stets vorläufig und Vorstellungen  
 werden ständig von neuen verdrängt.  
 So wird es auch in Zukunft sein,  
 denn das ist das Wesen des  
 wissenschaftlichen Fortschritts.«  
 Richard Leakey

Es ist eine seltsame, aber unabweisbare Tatsache, daß es in der Wissenschaftsgeschichte glückliche und unglückliche Autoren gibt. Unglückliche Autoren sind diejenigen, deren Werke auf Ablehnung stießen, noch bevor sie richtig gelesen wurden. Thomas Robert Malthus gehört offensichtlich zu dieser Gruppe von Autoren.

Im Juni 1798 wurde in London ein kleines Buch mit dem Titel »*An Essay on the Principle of Population, as it Affects the Future Improvement of Society with Remarks on the Speculations of Mr. Godwin, M. Condorcet, and other Writers*« zunächst anonym veröffentlicht, von dem sich aber bald herausgestellt hat, daß der Verfasser ein junger Wissenschaftler namens Thomas Robert Malthus war. Er war damals gerade erst 32 Jahre alt.

Mit diesem Pamphlet hat er ein Werk geschaffen, das seit nunmehr 200 Jahren immer wieder heftige Kontroversen ausgelöst hat. Über kaum ein anderes Werk wurde so viel und so lange diskutiert; selten wurden zu einem Werk so unterschiedliche Auffassungen geäußert wie über Malthus' Lehre. Während z. B. Charles Darwin den Überlegungen von Malthus allumfassende wissenschaftliche Bedeutung beimaß und sie »auf das gesamte Tier- und Pflanzenreich« anwandte<sup>1</sup>, und John Maynard Keynes dieses Werk als eine Pionierarbeit »in der soziologischen Geschichtsschreibung«<sup>2</sup> bezeichnete, betrachtete Marx hingegen dasselbe Essay als ein »*sensational Pamphlet*«<sup>3</sup> und als eine »Sünde gegen die Wissenschaft«<sup>4</sup>. Werner Sombart bezeichnete es als »das dümmste Buch der Weltliteratur«<sup>5</sup>. Die Auseinandersetzung mit Malthus und seiner Lehre wurde in den letzten 200 Jahren je nach der Bedeutung demographischer Fragestellungen mal mehr und mal weniger intensiv geführt. Aber aufgehört hat sie nie.

Bei aller notwendigen Kritik kann die Debatte um das Werk von Malthus nicht darauf beschränkt werden, dieses aufgrund der von ihm propagierten asozialen Lösungsansätze zu verurteilen und zurückzuweisen. Vielmehr bedarf es vor dem Hintergrund der demographisch-theoretischen und praktischen Probleme der Ge-

Parviz Khalatbari – Jg. 1925; Prof. Dr. habil. em., studierte in Teheran Ökonomie, promovierte 1961 an der Humboldt-Universität und habilitierte sich 1966 an der Hochschule für Ökonomie, wo er 1969 auf den ersten deutschen Lehrstuhl für Demographie berufen wurde, seit 1972 arbeitete er am Institut für Demographie der Humboldt-Universität, dessen Direktor er bis zu seiner Emeritierung 1991 war. Er ist gegenwärtig Vorsitzender der »Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e.V.«; Autor mehrerer Bücher, die z.T. auch in andere Sprachen übersetzt wurden, u.a.: »Überbevölkerung in den Entwicklungsländern« 1968, Bevölkerungsdynamik und Gesellschaft« 1977, »Ökonomische Unterentwicklung« 1984.

genwart auch einer Würdigung seiner Erkenntnisse, weil z. B. die Bevölkerungsexplosion und die Ernährungsfrage in den Entwicklungsländern oder auch die zunehmende Armut in großen Teilen der Welt dies erfordern.

Anlässlich der Tatsache, daß sich in diesem Jahr die Veröffentlichung seines Buches zum 200. Male jährt, möchte ich aus Sicht der heutigen Demographie noch einmal auf Malthus' Theorie zurückkommen. Dabei stütze ich mich auf drei seiner Werke, die zwischen 1798 und 1830 erschienen sind:

*Erstens:* An Essay on the Principle of Population, as it Affects the Future Improvement of Society with Remarks on the Speculations of Mr. Godwin, M. Condorcet, and other Writers, 1798 (Edited by Antony Flew, London 1970) – im weiteren verkürzt erstes Essay genannt.

*Zweitens:* An Essay on the Principle of Population; or, a View of its Past and Present on Human Happiness; with an Inquiry into our Prospects respecting the Future Removal or Mitigation of the Evils which it occasions, 1803 (Deutsche Übersetzung Jena 1924.) – im weiteren als zweites Essay bezeichnet.

*Drittens:* A Summary View of the Principle of Population, 1830, (Edited by Antony Flew, London 1970). Diese Broschüre beinhaltet einen wesentlichen Teil der von Malthus geschriebenen Artikel über das Stichwort »Population« für den 1824 erschienenen Ergänzungsband zur Encyclopaedia Britannica – im weiteren verkürzt »A Summary« genannt.

Das erste Essay war, wie aus seinem Titel hervorging, eine Polemik gegen die utopistisch-illusionären Ansichten von Condorcet und Godwin, die in ihren Werken eine glückliche Zukunft für die Menschheit prophezeit hatten.<sup>6</sup> Malthus wandte sich gegen die optimistische Grundidee beider Bücher. Er hat eilig und wie er selbst sagt, »unter dem Impuls des Augenblicks und an Hand spärlichen Materials« seine Gegenmeinung in einem Pamphlet zusammengefaßt. Das erste Essay wies folglich eine Reihe von Unzulänglichkeiten und übereilten Schlußfolgerungen auf. Dennoch sind bereits hier die theoretischen Grundgedanken von Malthus über die Beziehung zwischen dem Bevölkerungswachstum und einem möglichen Zuwachs der Nahrungsmittelproduktion klar umrissen.

Malthus verneint vor allem die Möglichkeit einer Gesellschaft, in der alle in »Bequemlichkeit, Freude und relativer Muße leben und keine Sorge für die Beschaffung von Nahrungsmitteln für sich und ihre Familie haben«. Dabei stützte er sich auf folgende Überlegungen: Es besteht ein Widerspruch zwischen der Fähigkeit der Menschheit zur raschen Vermehrung und den Möglichkeiten zur Vergrößerung der verfügbaren Ressourcen, die notwendig wären, um diese Bevölkerungszahl zu ernähren. Dieser Widerspruch verursacht periodisch Elend. Eine Tatsache, die so alt ist wie die Geschichte der Menschheit, die bis heute unabänderlich fortexistiert und die so lange existieren wird, bis eine entscheidende Änderung in der physikalischen Konstitution der Natur stattfindet (vgl. Erstes Essay, S. 124). Elend und Überbevölkerung sind also nach der Meinung von Malthus naturgesetzlich. Die Gesetze der Natur kann man nicht ändern. Aber man kann ihre Folgen mindern – »Es liegt

Malthus selbst ist sich der Mängel des ersten Essays wohl bewußt, wenn er im Vorwort zum zweiten Essay schreibt: »Es (das erste Essay – PK.) wurde unter dem Impuls des Augenblicks und an Hand spärlichen Materials geschrieben... Obgleich ausdrücklich festgestellt worden war, daß die Bevölkerung immer auf das Niveau des Nahrungsspielraums herabgedrückt werden muß, sind wenig Untersuchungen darüber an gestellt worden, auf welche verschiedenen Weisen dieses Niveau herbeigeführt wird« (zweites Essay, S. 1f.).

nicht nur im Interesse jedes einzelnen, sondern es ist geradezu seine Pflicht, die äußersten ihm möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um Übel von sich selbst und dem Kreis von Menschen abzuwenden, den er zu beeinflussen vermag« (erstes Essay, S. 217).

Im zweiten Essay untermauert Malthus seine ursprünglichen Ideen und entwickelt sie weiter. Wieder stellt er den Widerspruch zwischen zwei natürlichen Prozessen – der Vermehrung der Menschen und der Produktion von Nahrungsmitteln – in den Mittelpunkt. Malthus betrachtet den Nahrungsspielraum der Menschen durchaus nicht als etwas konstant vorgegebenes wie dies bei den übrigen Arten der Fall ist. Die Menge der verfügbaren Nahrungsmittel kann durch den Fleiß der Menschen vergrößert werden. Dennoch weisen die Ausdehnungsmöglichkeiten des Nahrungsangebots und die Tendenz zur Vermehrung der Menschzahl unterschiedliche Dynamiken auf. Das Wachstum der Bevölkerung vollzieht sich in geometrischer Progression, während die Produktion von Nahrungsmitteln nur in einer arithmetischen Reihe wachsen kann. Im Wettlauf zwischen diesen beiden Dynamiken gewinnt immer die Populationsdynamik die Oberhand (vgl. zweites Essay, S. 21). Für Malthus besteht daher ein ständiger Druck der Bevölkerung auf die Nahrungsmittel – die Gefahr der Überbevölkerung. Diese Gefahr hat die Menschheit durch ihre gesamte Geschichte begleitet und wird sie auch in Zukunft begleiten. Das ist – nach Malthus – ein ewiges Naturgesetz.

Allerdings war Malthus nicht der einzige Wissenschaftler, der dies versuchte. Schon vor ihm haben sich verschiedene Gelehrte im 16., 17. und 18. Jahrhundert mit der gleichen Problematik beschäftigt. Giovanni Botero (1540-1617) und Gianmaria Ortes (1713-1790) in Italien, Sir Walter Raleigh (1552-1618) und Sir Mathews Hale (1609-1676) in England sind in ihren Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen der Bevölkerungszahl und den verfügbaren Nahrungsmitteln (in Agrargesellschaften) fast zu den gleichen Ergebnissen gelangt wie Malthus.

Deshalb muß die Populationsgröße sich an den Stand bzw. an die Dynamik der Entwicklung des Nahrungsspielraums anpassen. Und es liegt am Menschen selbst, ob er dies ›freiwillig‹ tut oder nicht. Greifen die Menschen nicht bewußt in den Vermehrungsprozeß ein, dann wird sich die Sache spontan regeln. Ein eindringliches Plädoyer für *Enthaltsamkeit* – das ist in knapper Form der Inhalt der ersten beiden Kapitel des zweiten Essays, das immer wieder heftig kritisiert wird. Ob dieses Theorem falsch oder richtig ist, ändert jedoch nichts daran, daß Malthus einer der ersten Wissenschaftler war, der die Zusammenhänge zwischen den Determinanten der Bevölkerungsbewegung, den demographischen Prozessen und dem ökonomischen Milieu theoretisch zu analysieren versuchte und bemüht war, daraus allgemeine Gesetzmäßigkeiten für die Bevölkerungsbewegung in der Geschichte abzuleiten. Im weiteren geht es um eine kritische Analyse dieser Theorie.

## I.

Seine Vorstellungen über die ›ehernen‹ Reproduktionsgesetze in der Natur bilden die Grundlage von Malthus' Bevölkerungstheorie. »So weit der Mensch durch seine intellektuellen Fähigkeiten auch über allen anderen Tieren stehen mag, so darf doch kaum davon ausgegangen werden, daß die physischen Gesetze, denen auch er sich unterordnen muß, wesentlich von denen verschieden sind, die auch für andere Teile der belebten Natur gelten« (A Summary, S. 225).

Ein Verdienst von Malthus für die Entwicklung der Theorie der Demographie besteht u. a. darin, daß er die Frage nach dem Verhältnis von Fruchtbarkeit und Sterblichkeit in der Natur in den Mit-

telpunkt seiner Lehre stellte und damit eine Diskussion eröffnete, die bis zum heutigen Tage andauert.

Das Problem stellt sich wie folgt: In der Natur besteht ein bestimmtes gleichgewichtiges Verhältnis. Die Wechselbeziehungen zwischen Fruchtbarkeit und Sterblichkeit einer Art müssen so gestaltet sein, daß zwischen der Vermehrung und den mehr oder weniger konstanten Umfeldbedingungen bzw. den Ausdehnungsmöglichkeiten des Milieus ein Gleichgewicht besteht. Dieses Gleichgewicht ist aber nur dann gewährleistet, wenn Fruchtbarkeit und Sterblichkeit sich die Waage halten. Die Frage also besteht darin, ob die Sterblichkeit die Tendenz hat, sich an das Niveau der Fruchtbarkeit anzupassen, oder ob es vielmehr umgekehrt ist, d.h. ob die Fruchtbarkeit die Tendenz hat, sich an das Niveau der Sterblichkeit anzupassen.

Malthus geht davon aus, daß die Natur alle Arten schafft. Sie verleiht ihnen die Eigenschaft, sich »unbegrenzt« zu vermehren. Er behauptet: Die Pflanzen und vernunftlose Tiere werden »durch einen mächtigen Instinkt angetrieben, ihre Art zu vermehren, und dieser Instinkt wird in seinem Wirken durch keinerlei Bedenken über die Vorsorge für ihre Nachkommen unterbrochen« (zweites Essay, S. 15). Alle Lebewesen haben also von Natur aus die Tendenz, sich grenzenlos (*unrestricted*) in geometrischer Progression zu vermehren!

Dennoch reguliert die Natur die Sache auf ihre Art. Ein Komplex von mächtigen Faktoren wirkt der »zügellosten« Vermehrungstendenz entgegen. Die Umweltbedingungen und -faktoren, wie das Nahrungsangebot, Wetter- und Klimabedingungen, die Existenz räuberischer Arten, wirken hemmend und zum Teil sogar vernichtend gegen die Vermehrungstendenz. Diese Vernichtungskräfte sind Regulative, die eine »unbegrenzte« Vermehrung bei keiner Art zulassen und für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes in der Natur sorgen. Diese Gedanken finden sich bereits im ersten Essay in aller Deutlichkeit: »Im Tier- und Pflanzenreich hat die Natur den Lebenssamen mit verschwenderischer Hand ausgestreut, ist aber verhältnismäßig sparsam mit dem Platz und den Nahrungsmitteln umgegangen, die notwendig sind, um ihn groß zu ziehen. Wenn die Lebenskeime, die diese Erde enthält, sich frei entfalten könnten, würden sie im Laufe einiger tausend Jahre Millionen Welten füllen« (erstes Essay, S. 71/72). Dieser Gedanke wird im zweiten Essay wortwörtlich wiederholt (vgl. zweites Essay, S. 14). Für Malthus ist also *die* »ungezügelte« Tendenz der Fruchtbarkeit *a priori* gegeben. Die Vernichtung überzähliger Artgenossen bildet die einzige Möglichkeit, um diese Tendenz zu bändigen.

In Anlehnung an Malthus wurde und wird diese Position bis zum heutigen Tag von einer Reihe von prominenten Wissenschaftlern vertreten. Charles Darwin stützt sich auf die Malthussche Theorie der Vermehrung in geometrischer Progression und wendet die Lehre von Malthus auf »das gesamte Tier- und Pflanzenreich« an. Auch er geht vom Primat der schrankenlosen Vermehrung aus. »Bei jeder Beobachtung der Natur müssen wir die vorstehenden Bemerkungen im Auge behalten; nie dürfen wir vergessen, daß jedes organische Wesen sozusagen die äußerste Vermehrung seiner

»Jedes Wesen, das während seiner natürlichen Lebensdauer mehrere Eier oder Samen hervorbringt, muß in einer gewissen Zeit seines Lebens oder in einer bestimmten Jahreszeit vernichtet werden, weil sonst seine Zahl nach dem Prinzip der geometrischen Vermehrung so groß werden würde, daß kein Land das Erzeugte zu ernähren imstande wäre.«

Charles Darwin:  
Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl, Leipzig 1980, S. 77.

Kopfzahl erstrebt...«<sup>7</sup> Dagegen wirken die Vernichtungseffekte der Umwelt, die ununterbrochen wirksam sind.

Die Vernichtungstendenz wirkt der unbegrenzten Vermehrungstendenz entgegen. Wenn die Vernichtung nicht da wäre, würde das Gleichgewicht in der Natur zerstört. Darwin betrachtet die allgemeine Tendenz nach schrankenloser Vermehrung als *die absolute Regel* in der Natur. »Es gibt keine Ausnahme von der Regel, daß sich jedes organische Wesen auf natürlichem Wege so stark vermehrt, daß, *wenn es nicht der Vernichtung ausgesetzt wäre*, die Erde bald von den Nachkommen eines einzigen Paares erfüllt sein würde.«<sup>8</sup> Die Ähnlichkeiten zur Argumentation von Malthus sind frappierend!

Auch Alexander Carr-Saunders vertritt eine ähnliche Position. Wie Malthus und Darwin argumentiert er, daß normalerweise »the power of multiplication« sich hemmungslos durchsetzt. Die Vernichtung (»elimination«) verhindert die übermäßige Zunahme der Kopfzahl und hält sie konstant. »Auf jeder Stufe natürlicher Entwicklung verhalten sich die Arten so, daß ihr Drang zur Vermehrung größtmöglichst zur Geltung gebracht wird, weil es dagegen natürlicherweise keine Vorkehrungen und auch keine Tradition der Selbstkontrolle durch Abtreibung oder Kindestötung gibt: es gibt keine Differenz zwischen »fecundity« (der Empfängnisfähigkeit – PK) und der »fertility« (Fruchtbarkeit – P.K). Wenn die Zahl der Individuen über die Jahre trotzdem relativ konstant bleibt, dann ist dies nur deshalb so, weil die überzähligen auf diese oder jene Art und Weise eliminiert werden. *Nur durch die Vernichtung wird die Zahl der Lebewesen einer Art unter natürlichen Bedingungen konstant gehalten.*«<sup>9</sup>

Auch heute noch sieht mancher »moderne« Wissenschaftler in der »Vernichtung« den Regulator der »schrankenlosen« Vermehrung in der Natur. So schreibt z.B. Rachel Carson in ihrem inzwischen berühmt gewordenen Buch »Der stumme Frühling«: »Populationen werden in Schach gehalten durch etwas, das die Ökologen Widerstand der Umwelt nennen, und das ist so gewesen, seit das erste Leben geschaffen wurde. Die Menge des Futters, das zur Verfügung steht, Wetter- und Klimabedingungen, die Anwesenheit von räuberischen Arten oder Formen, gegen die man sich behaupten muß, all das ist von entscheidender Bedeutung... Wir sehen die wunderbaren regelnden Kräfte der Natur am Werk, wenn die Kabeljaus durch das winterliche Meer zu ihren Laichgründen ziehen, wo jedes Weibchen einige Millionen Eier legt. Das Meer wird nicht zu einer festen Masse von Kabeljaus, was sicher der Fall wäre, wenn die Nachkommenschaft all dieser Fische am Leben bliebe. Die hemmenden Faktoren in der Natur greifen hier ein, so daß von den Millionen von Jungfischen, die von jedem Paar abstammen, durchschnittlich gerade so viel überleben und heranwachsen, daß sie an die Stelle der Elterntiere treten können.«<sup>10</sup>

Diese Theorie gibt eine scheinbar plausible Erklärung zum Zusammenhang von Sterblichkeit und Fruchtbarkeit (»Mortality-Fertility-Connection«). Ob tatsächlich, wie Malthus, Darwin, Carr-Saunders, Carson und andere meinen, die »Elimination« für die Herstellung des Gleichgewichtes in der Natur sorgt, wird noch



zu diskutieren sein. Aber das ändert nichts an der Richtigkeit der Tatsache, daß – wie Carson sagt – »von den Millionen von Jungfischen, die von jedem Paar abstammen, durchschnittlich gerade so viel überleben und heranwachsen, daß sie an die Stelle der Elterntiere treten können«. Somit betrachtet Carson zu Recht die Reproduktion in der Natur als einfache. Das heißt (mit den Worten von Carr-Saunders), »die Anzahl der Individuen einer Art bleibt (unter natürlichen Bedingungen) über die Jahre relativ konstant«. Und dennoch sind diese richtigen Schlußfolgerungen offensichtlich aus den falschen Prämissen abgeleitet.

Wäre der Zusammenhang von Malthus und seinen Anhängern richtig verstanden worden, ergäbe sich folgende absurde Situation. Die Natur schafft die Arten. Sie verleiht ihnen die Eigenschaft, sich »unbegrenzt« zu vermehren. Letztlich muß sie schließlich jedoch alle Mittel in Bewegung setzen, um die Realisierung dieser Tendenz zu verhindern!

## II.

Wie steht es nun eigentlich um diese »Mortality-Fertility-Connection«, die nach Meinung von Goldscheid »einen der Kernpunkte des ganzen Reproduktionsproblems« bildet? Allem Anschein nach ist es nicht so, daß weil die Vermehrungsintensität bei allen diesen Arten außerordentlich hoch liegt, auch ihr Vernichtungsgrad hoch sein muß. Vielmehr ist der Verursachungszusammenhang wahrscheinlich genau umgekehrt.<sup>11</sup> Beobachtungen in der Natur weisen darauf hin, daß – verkörpert durch die Widrigkeit der Umstände, durch die Lebensfeindlichkeit der organischen und anorganischen Natur – überall eine mächtige *Vernichtungskraft* am Werk ist. Alle Arten in der Natur sind dieser Vernichtungsbedrohung, wenn auch in unterschiedlichem Grad, ausgesetzt.

Darwin beobachtet diese Tatsache und beschreibt, wie die Vernichtung in der Natur als ein ständiger Prozeß wirkt. »Wir sehen nicht oder übersehen, daß die Vögel, die sorglos rings um uns singen, von Insekten oder Samen leben und damit ständig Leben vernichten. Oder wir vergessen, daß viele dieser Sänger oder ihre Eier und Nestlinge von Raubvögeln und anderen Feinden vernichtet werden.«<sup>12</sup> Offensichtlich ist Vernichtung, die Bedrohung allen Lebens die Regel in der Natur.

Um den Vernichtungseffekt der feindlichen Umwelt zu neutralisieren und ihren Fortbestand als Art zu gewährleisten, muß das Vermehrungspotential bei allen diesen Arten außerordentlich hoch sein. Die Tendenz zur unbegrenzten Vermehrung ist eine Reaktion auf die permanente Vernichtungsbedrohung und stellt daher ein wesentliches Element für die Arterhaltung dar.

Abweichend zum Malthusschen Standpunkt schreibt z.B. Charles Darwin: »Es erhalten sich nur die Arten, die die Tendenz haben, sich in einem bestimmten Verhältnis zu den Vernichtungsgefahren, denen sie ausgesetzt sind, zu vermehren.«<sup>13</sup> In dieser Wechselbeziehung stellt also die Vernichtung den primären Faktor dar, an die sich die Fruchtbarkeit anzupassen gezwungen ist.<sup>14</sup> Daher kann angesichts aller historisch gesicherten Erfahrung die Behauptung aufgestellt werden, daß sich die Vermehrungsverhältnisse jeder Art

Jede Art hat eine bestimmte Umwelt, in der sie lebt und sich vermehrt. Die Art und ihre spezifische Umwelt bilden eine Einheit. In der Natur ist das Vermehrungspotential (die Fortpflanzungsfähigkeit) jeder Art grundsätzlich durch biologische Eigenschaften bestimmt. Und diese Eigenschaften sind wiederum den Bedingungen der Umwelt so angepaßt, daß das Fortbestehen der Art sichergestellt wird. Die Umweltbedingungen insgesamt bestehen natürlich sowohl aus Faktoren, die für die Erhaltung einer Art förderlich sind, als auch aus tendenziell bedrohlichen Faktoren. Die Wirkung der artbedrohenden Faktoren ist massiv vernichtend. »Die Jungen aller Tierarten sind den Existenzgefahren besonders ausgesetzt, und in einigen Fällen, beispielsweise bei vielen Meerestieren, scheint das Überleben ausschließlich dem Zufall überlassen; Aus Millionen Eiern erwachen ein oder zwei zum Leben.« Marston Bates: Die überfüllte Erde. Weltproblem Nummer Eins, München 1959, S. 121.

»Galilei z.B. hat demonstriert, daß der freie Fall völlig unabhängig von der Masse ist. Er wußte allerdings nicht warum, und erst Einstein sollte es 1915 richtig verstehen«.

Leon Lederman: Das schöpferische Teilchen – Der Grundbaustein des Universums, München 1993, S. 107.

»In the course of evolution among vertebrate animals, external fertilization has been replaced by within the body of the female, which in turn has permitted the laying of hard-shell egg for external incubation or the internal gestation of the embryo seen in Eutherian mammals.« Allan Parkes: The Biology of Fertility, in: Roy O. Greep (ed.): Human Fertility and Population Problems, Cambridge Mas. 1963, p. 25.

ihrem Nahrungsspielraum und dem Grad der Bedrohung ihrer Existenz – also den Bedingungen ihrer Umwelt – im Laufe der Evolution, d.h. im Laufe ungeheurer Zeiträume, angepaßt haben.<sup>15</sup> Das heißt, die inzwischen in das Genom übergegangene, scheinbar allein von der inneren Verfaßtheit der Artgenossen her bestimmte Vermehrungsrate ist in der Tat das Ergebnis der permanenten Auseinandersetzung der Organismen mit einer bedrohlichen Umwelt.

Bereits Spencer wußte von dieser Tatsache. Nur bestand das Problem bei ihm darin zu erklären, »wie sich die allgemeine Fruchtbarkeit in jeder Species an die allgemeine Sterblichkeit angepaßt (hat)?«<sup>16</sup> Auf diese Frage vermögen wir bis heute keine schlüssige Antwort geben. Es handelt sich offensichtlich um ein allgemeines Gesetz, das das Gleichgewicht in der Natur aufrechterhält. Experimentell ist die Wirksamkeit dieses Gesetzes in der Natur weitgehend nachgewiesen.<sup>17</sup> Theoretisch aber wissen wir nicht (noch nicht), über welchen Mechanismus Sterblichkeit und Fruchtbarkeit tatsächlich miteinander verbunden sind. Das ist nun allerdings nichts besonderes. In der Wissenschaft kommt es immer wieder vor, daß ein Gesetz experimentell nachgewiesen werden kann, sein Wirkungsmechanismus theoretisch aber erst viel später erkannt wird. Und die Tatsache, daß die Fruchtbarkeit sich an das Sterblichkeitsregime anpaßt, wird immer wieder neu experimentell bestätigt. »Das Niveau der reproduktiven Anstrengungen, das grundsätzlich durch den Druck der natürlichen Auslese bestimmt ist, reagiert wahrscheinlich vor allem darauf, in welchem relativen Ausmaß die erwachsenen bzw. die heranwachsenden Individuen einer Art von äußeren Faktoren (z.B. durch natürliche Feinde) bedroht werden.«<sup>18</sup>

Die Fruchtbarkeit, als die Fähigkeit zur Schaffung von Nachkommen innerhalb einer bestimmten Zeit, muß bei jeder Art auf Formen und Intensität der Gefahren eingestellt sein, denen die Nachkommenschaft ausgesetzt ist. Dies ist eine der Grundvoraussetzungen für die Erhaltung der Arten. Das bedeutet aber nicht, daß die Arterhaltung in *allen* Fällen eine »größtmögliche« Vermehrung erfordert. Im Laufe der Evolution vom Niederen zum Höheren gestaltet sich die Reproduktion immer komplizierter. Die Richtung dieser Evolution ist auf eine immer perfekter werdende Sicherstellung der Nachkommenschaft gegen die Vernichtungsgefahren der Umwelt ausgerichtet. Je besser die Nachkommenschaft geschützt ist, desto geringer – weniger hoch – kann die Fruchtbarkeit sein.

Weiterhin hat die Evolution ein genetisch bedingtes System zum weiteren Schutz der Nachkommenschaft nach der Geburt entwickelt, die *maternelle Fürsorge*. Dieses Schutzverhalten findet sich in Grad und Intensität unterschiedlich ausgeprägt bei einer Reihe von Wirbeltieren. Seine Perfektion erreicht es bei den Säugetieren. Je umfassender und intensiver die maternelle Fürsorge ist, desto weniger ist die Nachkommenschaft Vernichtungsgefahren ausgesetzt. Mit einiger Berechtigung kann also davon ausgegangen werden, daß mit dem Aufsteigen von niederen zu höheren Arten die Intensität der Bedrohung und der Grad der Vernichtung von Nachkommen eine abnehmende Tendenz aufweist. Die Arterhal-

tung erfordert also keine übermäßig hohe Fruchtbarkeit mehr, je entwickelter die Art selbst ist. D.h. in der Natur ist die Tendenz zur sogenannten »unbegrenzten« Vermehrung zumeist nur unter den niedrigeren Arten tatsächlich unbegrenzt.

### III.

Malthus jedoch geht in seinen Schriften von der Allgemeingültigkeit des Prinzips der »unbegrenzten« Vermehrung in der Natur aus. Für ihn ist die »unbegrenzte« Fruchtbarkeit ein natürliches Gesetz, dem sich auch die Menschen nicht entziehen können. »Es kann also ruhig erklärt werden, daß sich die Bevölkerung, wenn sie nicht gehemmt wird, alle 25 Jahre verdoppelt, oder in geometrischer Reihe zunimmt« (zweites Essay, S. 18). Der »vorzeitige Tod« (premature death) stellt für ihn die einzige Möglichkeit dar, die verheerenden Konsequenzen dieser Tendenz zu neutralisieren. Damit liegt die Schlußfolgerung nahe, daß Krieg, Krankheiten und Hungersnöte als Varianten und Erscheinungsformen des »vorzeitigen Todes« unverzichtbare Elemente sind, die die mächtige Kraft der Vermehrung bändigen und die Zahl der Bevölkerung auf dem Niveau der Möglichkeiten zur Nahrungsmittelproduktion halten. Eine Tatsache, die – nach Malthus – so alt ist wie die Geschichte der Menschheit, die bis heute unabänderlich fortexistiert und die so lange existieren wird, bis eine entscheidende Änderung in der physikalischen Konstitution der Natur stattfindet (vgl. erstes Essay, S. 124). Aber eine Welt, in der diese Faktoren am Werk sind und am Werk sein müssen, kann nie eine glückliche Welt, frei von Krankheiten und Not, sein, wie Godwin sie sich vorgestellt hat.

Der Hauptfehler von Malthus besteht darin, daß er die Vermehrungsgesetze, die, nach seiner Meinung, in der Natur wirken, ohne weiteres in die Gesellschaft überträgt. Er betrachtet die unbegrenzte Tendenz zur Vermehrung als ein natürliches Gesetz, das in ewig gleicher Form in der Geschichte wirkt und wirken wird. Malthus glaubte, daß er mit der Aufdeckung dieses Gesetzes die Ursache für alle Fährnisse und Mißstände in der Menschheitsentwicklung ausfindig gemacht hätte. Er meinte, mit der Kontrolle der Fruchtbarkeit – also durch Enthaltensamkeit – könnten alle Übel überwunden werden. Demnach liegt es am Menschen selbst, ob er sich so verhält oder nicht. Handeln die Menschen nicht bewußt einsichtig, dann wird sich die Sache spontan regeln.

Malthus hat offensichtlich nicht begriffen, daß die Vermehrung der Menschen zwar ein natürlicher Prozeß, aber eben nicht nur ein natürlicher Prozeß ist. Dieser Prozeß ist auch ein sozialer, in die Entwicklungsgeschichte der Menschheit eingebetteter Prozeß.<sup>19</sup> Das Vermehrungsverhalten wird im Laufe der Zeit immer stärker gesellschaftlich geprägt. Daher kann man nicht von einem »ewigen« Gesetz der Vermehrung beim Menschen sprechen. Vielmehr sind die Gesetzmäßigkeiten, denen das menschliche Vermehrungsverhalten folgt, immer historisch-konkret bedingt.<sup>20</sup>

### IV.

Und dennoch sehe ich in der Malthusschen Forschungsmethode etwas positives, diese Methode kann sogar heute für die Bevölke-

«*theoretiker* von bestimmtem Interesse sein. Malthus entwickelte ein Modell von der Bevölkerungsbewegung in der Geschichte und versuchte mit diesem Modell, den Gesetzen dieser Bewegung auf die Spur zu kommen. Ob ein derartiges Modell richtig oder falsch ist, ändert nichts an der Originalität dieser Methode – die Methode der Modellbildung für die Untersuchung von komplizierten Phänomenen.

Die wirkliche historische Bevölkerungsbewegung ist ein komplizierter, verworrener und verwickelter Prozeß, den kein Malthus – und auch kein anderer Wissenschaftler – in seiner Totalität erfassen kann. Deshalb ist die Modellbildung, die gedankliche Rekonstruktion der Wirklichkeit, die einzige gangbare Methode, dieser realen Komplexität systematisierend und erkennend beizukommen. Malthus operiert mit einem Modell, das eine in sich geschlossene Logik aufweist. In diesem in sich geschlossenen System hat jedes Element seinen bestimmten Platz. Die hohe Fruchtbarkeit ist in ihm *a priori* vorausgesetzt. Die Sterblichkeit ist als Regulativ definiert, die in Form von Seuchen, Hungersnöten und Kriegen auftritt. Aus den Wechselwirkungen zwischen diesen Elementen wird das Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur, zwischen Vermehrungskraft und Nahrungsspielraum erklärt. Das häufige Auftreten von Sterblichkeitsgipfeln verleiht der historischen Bevölkerungsbewegung einen bestimmten Charakter, den Malthus als »retrograde und progressive«, als »schwingende Bewegung« der Bevölkerung bezeichnet (vgl. zweites Essay, S. 28/29).

Kurioserweise wußte Malthus nicht, daß er mit einem Modell operierte. Er glaubte, daß seine gedankliche Rekonstruktion der Wirklichkeit mit der tatsächlichen Bevölkerungsbewegung identisch ist. Das ist sein eigentlicher Fehler. Marx hat grade auf diesen hingewiesen: »Die wirkliche Geschichte erscheint ihm (Malthus) daher so, nicht daß die Fortpflanzung seines Naturmenschen eine Abstraktion von dem Geschichtsprozeß, von der wirklichen Fortpflanzung, sondern umgekehrt, daß die wirkliche Fortpflanzung eine Anwendung der Malthusschen Theorie.«<sup>21</sup>

## V.

Malthus wollte eine allgemeine Bevölkerungstheorie entwickeln. Dieser Versuch mußte jedoch aus objektiven Gründen fehlschlagen:

Malthus selbst sagt, daß wir uns bei der Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen dem natürlichen Drang zur Vermehrung und dem Nahrungsspielraum auf die Erfahrungen der Vergangenheit stützen müssen (vgl. A Summary, S. 225). Aber in wieweit war diese Vergangenheit Malthus wirklich bekannt? Offensichtlich konnte Malthus keine großen Kenntnisse über die schier unendlich lange Epoche haben, die den agrarischen Gesellschaften voranging. In der Zeit seines Wirkens machte die Paläontologie gerade ihre ersten Schritte. Die Erforschung vorgeschichtlicher Zeiträume entwickelte sich erst im 19. Jahrhundert. Die epochale Arbeit von Morgan erschien 1877. Das war 43 Jahre nach dem Tod von Malthus. Daher beziehen sich Malthus' Aussagen über die Vergangenheit zumeist auf (feudale) Agrargesellschaften, wie sie für Westeuropa charakteristisch waren. Was er als »vorzeitigen Tod« bezeichnet

– ein tragendes Element in seiner Theorie –, ist im Grunde nichts anderes als eine Auflistung jener Todesursachen, die in den Agrargesellschaften immer wieder auftraten und die weitgehend außerhalb der Kontrolle der Menschen standen. *Aus demographischer Sicht ist die Geschichte der Agrargesellschaften eine Abfolge von wiederholt auftretenden Epidemien, Hungersnöten und Kriegen...*

Dazu kommt, daß Malthus, bei all seinem Scharfsinn, auch die Auswirkungen der industriellen Revolution, die zu seiner Zeit gerade erst begann, nicht vorhersehen konnte. Über jene zukünftigen gewaltigen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Umgestaltungen, die mit der revolutionären Umwälzung der Produktivkräfte möglich wurden, konnte er keine Vorstellungen haben. *Die neue kapitalistisch-industrielle Gesellschaft war ohne »Änderungen in der physikalischen Konstitution der Natur« in der Lage, eine Bevölkerungszahl zu tragen, die weit jenseits der kühnsten Vorstellungen von Wissenschaftlern des 18. und sogar 19. Jahrhunderts lag...*

Die Sicht von Malthus war zwangsläufig weitgehend auf die ökonomisch-sozialen Verhältnisse in agraren Gesellschaften eingengt. Das zeigt das von ihm entwickelte, oben bereits erwähnte Modell oszillierender oder »schwingender« Bevölkerungsbewegung in aller Deutlichkeit (vgl. erstes Essay, S.78 und zweites Essay, S. 28/29). Von diesem Modell und überhaupt von Malthus' Theorie konnte man bestenfalls bestimmte Aussagen über Agrargesellschaften erwarten. Aber in bezug auf die ganze Geschichte der Menschheit ist diese Theorie, von ihrer Substanz her, offensichtlich sehr wenig bzw. gar nicht aussagekräftig.

## VI.

Zudem zieht Malthus aus dieser wenig aussagefähigen Theorie unzulässigerweise einige »allgemeine« Schlußfolgerungen. Mit »der unbeschränkten Tendenz zur Vermehrung« glaubte Malthus die Ursache für alle Übel in der Menschheitsentwicklung (Elend und Überbevölkerung) entdeckt zu haben. Durch die Kontrolle der Fruchtbarkeit, mit Hilfe von Enthaltensamkeit, könnten seiner Meinung nach diese Übel überwunden werden. Nicht nur als Demograph, sondern auch als Polit-Ökonom begeht Malthus einen groben Fehler, wenn er Überbevölkerung und Elend einfach aus dem Vermehrungsprozeß ableitet.

Überbevölkerung ist eine historische Kategorie, die nicht durch die Vermehrung schlechthin verursacht wird. Es ist die Funktionsweise des jeweiligen ökonomischen Systems, die einen Teil der Menschen überzählig macht. Überbevölkerung entsteht also unabhängig von der natürlichen Vermehrung. Form, Umfang und Charakter der Überbevölkerung sind daher von Gesellschaftssystem zu Gesellschaftssystem unterschiedlich. Jede Produktionsweise hat ihre eigenen spezifischen Gesetze der Überpopulation.<sup>22</sup>

## VII.

Die *demographische Transition* des 19. Jahrhunderts in Europa und insbesondere die erzwungene demographische Transition in den Kolonien und später in den Entwicklungsländern (das rasche Wachstum der Bevölkerung in einem rückständigen Milieu) hat die

Die seit Anfang unseres Jahrhunderts insbesondere seit den fünfziger Jahren einsetzende Renaissance der Malthusschen Ideen steht vor allem mit dem außergewöhnlich raschen Wachstum der Weltbevölkerung im Zusammenhang. Zwischen 1900 und 1965 hat diese sich verdoppelt und die Grenze von drei Milliarden Menschen überschritten. Bis zum Jahr 2000 wird sie sich erneut verdoppeln. Diese Entwicklung wird sich weit über die Jahrtausendwende hinaus – mindestens bis Ende des kommenden Jahrhunderts – fortsetzen.

»Les doctrines et les conceptions démographiques, si abstraites qu'elles nous paraissent à première vue, ont leurs racines profondes dans le milieu social de chaque époque.«

Léon Rabinowicz: *Le Problème de la Population en France*, Paris 1929.

Unser Planet ist ein kleiner und endlicher Planet mit einer begrenzten Anbaufläche, begrenzten Ressourcen und überhaupt beschränkten Möglichkeiten, die mit einem unbegrenzten Wachstum der Bevölkerung und selbst mit einem konstant geringen Wachstum der Bevölkerung nicht vereinbar sind. Wenn die Weltbevölkerung weiterhin wächst, dann ist es selbst bei einer sehr kleinen Wachstumsrate faktisch unvermeidbar, daß sich die Menschheit in nicht sehr ferner Zukunft einer Ressourcenknappheit gegenüber sehen wird. Diese Tatsachen erinnern uns erneut an Malthus, der u. a. in seinem letzten wissenschaftlichen Werk »A Summary View of the Principle of Population« (1830) noch zum wiederholten Male betonte, daß trotz aller Möglichkeiten, die unsere Erde besitzt und trotz all ihrer Reserven, dennoch die Anbaufläche unserer Erde begrenzt bleibt (vgl. A Summary, S. 239.).

Malthusianer ermuntert, in einem der kompliziertesten Probleme der Demographie einfach einen neuerlichen Beweis für die Richtigkeit der Malthusschen Theorie zu sehen.

Dabei stellt die Bevölkerungsexplosion sowohl im Europa des 19. Jahrhunderts als auch in den Entwicklungsländern im 20. Jahrhundert tatsächlich einen schlagenden Beweis für die Unrichtigkeit der Malthusschen Theorie dar. Denn die Bevölkerungsexplosion war nicht das Ergebnis »der unbeschränkten Tendenz zur Vermehrung«, sondern das Ergebnis eines rapiden Rückgangs der Sterblichkeit. Mit der möglich werdenden Kontrolle der Sterblichkeit ließen die »ewigen« Regulative die Malthusianer im Stich und damit auch die ganze Theorie. Die Malthusianer haben nicht nur das Phänomen der demographischen Transition unserer Zeit nicht verstanden, sie haben – wie Colin Clark sagte – nicht einmal ihr eigenes Fach, die Demographie, richtig begriffen.

### VIII.

Malthus war zweifellos einer der ersten theoretischen Denker in der Demographie. Dabei bestand seine ursprüngliche Absicht gar nicht in der Entwicklung einer demographischen Theorie. Eigentlich ging es ihm nur darum zu beweisen, daß die utopischen Ansichten von Condorcet und Godwin gegenstandslos sind. In seiner Polemik bediente er sich des starken Arguments, daß solche Utopien nicht mit den »ewigen« Naturgesetzen in Übereinstimmung ständen, die auch Verhältnisse zwischen Mensch und Natur regulieren. Abgesehen von seiner umstrittenen Beweisführung, war Malthus gegen Condorcet und Godwin im Recht. Denn die solidarische Weltgemeinschaft von Condorcet und Godwin mußte eine Utopie bleiben, solange die materiell-technische Basis für eine solche Gemeinschaft fehlte. Erst im Zuge der industriellen Revolution rückte die Vision von einer solidarischen Weltgemeinschaft immer mehr in den Bereich der Möglichkeit. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution unserer Zeit wird sie mehr und mehr von einer Möglichkeit zu einer Notwendigkeit. Vor über 40 Jahren hat Albert Einstein in einem Brief an die Redaktion der Zeitschrift »Neue Zeit« mit Nachdruck von dieser Notwendigkeit geschrieben und die Idee einer Weltregierung entwickelt.<sup>23</sup> Er hat faktisch die Inkompatibilität der bestehenden Systeme mit den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution aufgezeigt und mit Nachdruck die Schaffung eines neuen Weltsystems gefordert. Er, wie auch Bertrand Russell, Lord John Byron, Linus Pauling und andere, sahen den Hauptwiderspruch unserer Zeit nicht etwa im geometrischen Wachstum der Bevölkerung und dem nur arithmetischen Wachstum der Nahrungsmittelproduktion, sondern vielmehr im Widerspruch zwischen Hochentwicklung von Wissenschaft und Technologie, die sich auf dem Niveau des 20. Jahrhunderts befinden, und überkommenen, veralteten gesellschaftlichen Verhältnissen, Institutionen und Denkweisen, die sich immer noch auf dem Stand des 18. und 19. Jahrhunderts bewegen. Durch diesen Widerspruch können die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht zum Wohle der Weltgemeinschaft verwendet werden. Vielmehr werden diese Errungenschaften mißbraucht,

wodurch nicht zuletzt die Existenz der gesamten Zivilisation gefährdet wird. Auf Schritt und Tritt werden neue Probleme mit globalen Dimensionen erzeugt. Heute sind wir mit zahlreichen Gefährdungen konfrontiert, die nicht, wie Malthus dachte, die Folge des Wirkens »natürlicher« Gesetze sind. Es sind vielmehr die herrschenden sozialen Verhältnisse und vormoderne Denkweisen, die auf die Verhältnisse zwischen Mensch und Mensch sowie Mensch und Natur selbst zunehmend zerstörend wirken. Zudem haben die bestehenden Systeme in den sogenannten »fortgeschrittenen Ländern« bereits ihre Unfähigkeit zur Lösung der globalen Probleme unter Beweis gestellt. Der real existierende Sozialismus konnte den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht entsprechen und ist daher zusammengebrochen. Der profitbesessene Kapitalismus ist weiter denn je von einer Lösung der globalen Bedrohungen der Menschheit entfernt.

Ein neues Weltwirtschaftssystem, das die Lösung dieser globalen Probleme zum Ziel haben soll, steht nicht einmal in Ansätzen in Aussicht. Unter diesen Bedingungen kann man bei allem Optimismus der Menschheit nur eine graue Zukunft prophezeien. Vielleicht noch viel grauer und grauenhafter als das, was Malthus sich vorzustellen vermochte.

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. Charles Darwin: Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl, Leipzig 1980, S. 17.
- 2 John Maynard Keynes: Politik und Wirtschaft – Männer und Probleme. Ausgewählte Abhandlungen, Tübingen - Zürich 1956, S. 139.
- 3 Karl Marx: Über P.-J. Proudhon, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 16, Berlin 1960, S. 26.
- 4 Karl Marx: Theorien über den Mehrwert, Teil 2, in: MEW, Bd. 26.2, Berlin 1959, S.109.
- 5 Werner Sombart: Vom Menschen – Versuch einer geisteswissenschaftlichen Anthropologie, Berlin 1938, S. 298.
- 6 Vgl. Marie Jean Antoine Nicolas de Condorcet: Esquisse d'un tableau historique des progrès de l'esprit humain, 1794; William Godwin: An Enquiry Concerning Political Justice and its Influence on General Virtue and Happiness, 1793.
- 7 Charles Darwin: Die Entstehung der Arten..., a.a.O., S. 80.
- 8 Ebenda.
- 9 Alexander M. Carr-Saunders: Population, London 1925, S. 18.
- 10 Rachel L. Carson: Der stumme Frühling, München 1962, S. 242/243.
- 11 Vgl. Rudolf Goldscheid: Höherentwicklung und Menschenökonomie, Erster Band, Leipzig 1911, S. 358.
- 12 Charles Darwin, Die Entstehung der Arten..., a.a.O., S. 76.
- 13 Ebenda, S. 77.
- 14 Vgl. Rudolf Goldscheid: Höherentwicklung..., a.a.O., S. 397.
- 15 Vgl. F. Müller-Lyer: Die Zähmung der Normen, München 1918, S. 235.
- 16 Herbert Spencer: Die Prinzipien der Biologie, II. Band, Stuttgart 1877, S. 440.
- 17 Vgl. Hudson Hoagland: Cybernetics of Population Control, in: Roy O. Greep (ed.): Human Fertility and Population Problems, Cambridge Mas. 1963, S. 5-17.
- 18 Brian Charlesworth: Life and times of the guppy, in: Nature, Vol. 346, 26 July 1990, p. 313.
- 19 Vgl. Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, Berlin 1983, S. 507.
- 20 Vgl. ebenda, S. 505.
- 21 Ebenda, S. 507.
- 22 Ebenda, S. 505.
- 23 Vgl. Geschichte eines Briefwechsels, in: Neue Zeit (Moskau), Nr. 16, April 1986, S. 18f.

## SALOMON SCHWARZ

Bevölkerungsbewegung und  
Arbeitslosigkeit in Rußland

»Bevölkerungsbewegung und Arbeitslosigkeit in Rußland« erschien 1927 im Februarheft der theoretischen Zeitschrift der SPD, »Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik« (IV. Jahrgang, 1927, Nr. 2, S. 145-163), verlegt bei J.H.W. Dietz Nachfolger in Berlin. Herausgegeben wurde das Blatt – bis zu seinem Verbot 1933 – von Rudolf Hilferding (1877-1941), der 1910 mit seiner Arbeit »Das Finanzkapital« in die erste Reihe der sozialdemokratischen Theoretiker gerückt war. Der Autor des hier erneut veröffentlichten Artikels, Salomon (Monoszon) Schwarz, war russischer Emigrant, der in den Monaten Juli bis September 1917 zusammen mit A. Potressow, M. Liber, F. Judin und A. Wladimirow zum Führungszirkel der Menschewiki-Vaterlandsverteidiger in Petrograd gehört hatte. Die Vaterlandsverteidiger bildeten von Februar bis Oktober 1917 eine der vier Hauptgruppen in der russischen Sozialdemokratie. Schwarz war Mitglied des Büros dieser Gruppe, für kurze Zeit auch des ZK der RSDAPR (Vereinigte) und Kandidat der menschewistischen Fraktion für die Wahlen zur konstituierenden Versammlung. Sein Arbeitsgebiet war die Sozialgesetzgebung, im September 1917 legte er einen Gesetzentwurf für die Arbeitslosenversicherung vor. Nach der Auflösung der konstituierenden Versammlung Anfang 1918 begannen die Verfolgungen der Menschewiki, die die Bolschewiki bis 1923 vollständig in die Illegalität abdrängten. Die Führung der Menschewiki emigrierte schon 1920 nach Deutschland. Anlaß war Ju. Martows Rede auf dem Parteitag der USPD in Halle, in der er gegen G. Sinowjew und den Export der Revolution auftrat. Ju. Martow, R. Rejn (Abramowitsch), F. Dan, I. Judin, G. Aronson, B. Dwinow, M. Kefali und S. Schwarz gehörten der Auslandsleitung an, die »Auslandsdelegation« genannt wurde und in Berlin arbeitete. 1933, nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten, zog diese Leitung nach Paris und 1940 in die USA. In den zwanziger Jahren verfolgte Salomon Schwarz von Deutschland aus die Herausbildung des »Staatskapitalismus« in der Sowjetunion und schrieb zu diesem Thema mehrere Bücher, u.a. »Der Arbeitslohn und Lohnpolitik in Rußland« (1924) und »Fünfjahresplan und Sozialismus. Wohin steuert die Sowjetunion?« (1932). 1930 verfaßte er das »Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse«. In den USA publizierte er in den Zeitschriften der russischen Emigranten und schrieb eine Geschichte der Russischen Revolution von 1905, die 1967 in Chicago veröffentlicht wurde.



## I.

Bei einer internationalen Vergleichung von Ergebnissen der Bevölkerungsstatistik beobachtet man in den Staaten Mittel- und Westeuropas ein bemerkenswertes Bild. Zu Anfang des XIX. Jahrhunderts sind die Geburten- und Sterblichkeitsziffern in allen Ländern noch relativ hoch. Dann gehen die Ziffern der beiden Reihen zurück, wobei der Rückgang der Sterblichkeitsziffern überall – nur Frankreich ausgenommen – bis in das letzte Drittel des Jahrhunderts den Rückgang der Geburtenziffern überholt, so daß das Tempo des natürlichen Bevölkerungszuwachses von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zunimmt. Die Sterblichkeitsziffern nähern sich aber allmählich ihrer natürlichen Grenze, das Tempo ihres Rückganges wird langsamer und der Rückgang der Geburtenziffern holt den der Sterblichkeitsziffern allmählich ein, um ihn bald zu überholen. Das Tempo des natürlichen Zuwachses der Bevölkerung erreicht somit in einem Lande nach dem anderen sein Maximum. Dieses Maximum wurde in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts nur von Frankreich, bereits in den 70er Jahren aber von einer Reihe von Staaten erreicht: in England, Schweden und Finnland beobachtet man von nun ab ein merkliches Nachlassen in dem Tempo des natürlichen Bevölkerungszuwachses; in Belgien schwankt von nun ab der Koeffizient des natürlichen Bevölkerungszuwachses um die in den 70er Jahren erreichte Höhe. Die ersten Jahre des XX. Jahrhunderts bilden die zweite Schwelle: jetzt erreicht das Tempo des natürlichen Bevölkerungszuwachses sein Maximum in Deutschland, in Oesterreich, in der Schweiz, in Norwegen, in den Niederlanden. Das Anwachsen der Koeffizienten des natürlichen Bevölkerungszuwachses scheint sich von jetzt ab nur in Italien, Spanien, Dänemark und im Osten Europas, in manchen Balkanstaaten und vor allem in Rußland fortzusetzen. Absolut bleiben in Rußland wie die Sterblichkeits- so auch die Geburtenziffern noch sehr hoch, und die Entwicklung, die die mittel- und westeuropäischen Staaten bereits hinter sich haben, steht hier im wesentlichen noch bevor.

Rußland geht eigentlich erst seit der Mitte des XIX. Jahrhunderts von der Naturalwirtschaft allmählich zu der Warenwirtschaft über, und diese Entwicklung, verbunden mit einer Hebung des Lebensniveaus des Volkes, bewirkt auf dem Gebiete der Bevölkerungsbewegung einen merklichen Rückgang der Sterblichkeitsziffern, wobei die Geburtenziffern in dem vorwiegend agrarischen Lande nur sehr langsam abnehmen. Das Tempo des natürlichen Bevölkerungszuwachses nimmt hier daher von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zu und überschreitet bereits im europäischen Rußland seit Anfang des XX. Jahrhunderts 16 Promille<sup>1</sup>, die Ziffer, die von den führenden Staaten West- und Mitteleuropas niemals erreicht wurde<sup>2</sup>.

Die große Krise der Kriegs- und Nachkriegsjahre erscheint als eine neue Etappe in der Geschichte der europäischen Bevölkerungsbewegung: in den meisten Staaten fallen in den Nachkriegsjahren die Koeffizienten des natürlichen Bevölkerungszuwachses merklich unter das Niveau der letzten Vorkriegsjahre; nur in Frankreich, wo der natürliche Bevölkerungszuwachs in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege beinahe zum Stillstand gekommen ist, in Italien, in Spanien, auf dem Balkan sehen wir eine gewisse Steige-

1 1901 bis 1905 16,7‰, 1906 bis 1910 16,1‰, 1911 bis 1913 16,9‰. Siehe L. I. Lubny-Gerzyk, »Die Bevölkerungsbewegung innerhalb der Grenzen der Sowjetunion während des Krieges und der Revolution«, Moskau. Herausgegeben vom »Gosplan«, 1926, S. 8 (russisch). Die weiter unter zitierten russischen Schriften werden mit einem Vermerk (r.) versehen.

2 Das Maximum für England 1871 bis 1880 14,1‰, für Deutschland 1901 bis 1905 14,5‰ (1902 15,6‰), für Oesterreich 1901 bis 1905 11,4‰ (1901 12,6‰). Von den kleineren westeuropäischen Staaten zeigen die Niederlande besonders hohe Ziffern des natürlichen Bevölkerungszuwachses: in dem günstigsten Jahrzehnt 1901 bis 1905 15,5‰ (1903 16,0‰). Selbst Italien hat erst 1910 13,3‰ erreicht und in Frankreich hat das seit der Mitte des 19. Jahrhunderts günstigste Jahrzehnt (1861 bis 1870) nur die Ziffer 2,6‰ aufgewiesen. Siehe Zahn, »Die Bevölkerung des Deutschen Reiches im 19. Jahrhundert auf Grund der deutschen und der internationalen Bevölkerungsstatistik«, »Vierteljahresschäfte der Statistik des Deutschen Reiches«, Bd. XI (1902), S. 174 und »Handwörterbuch der Staatswissenschaften«, Bd. II, 4. Aufl., S. 691.

3 In Frankreich zum Teil (aber nur zum Teil) dank der Einverleibung Elsaß-Lothringens.

4 »Die Volks- und Staatswirtschaft der Sowjetunion 1922/23.« Herausgegeben vom Volkskommissariat der Finanzen, Moskau, 1923, S. 5 (r.) - Zum Vergleich bringen wir hier die Zahlen für die Verminderung der Bevölkerung vom Juli 1914 bis Juli 1919 in einer Reihe europäischer Staaten: Nach der Berechnung Ch. Dörings hat sich die Bevölkerung Frankreichs während dieser fünf Jahre um 2,7 Millionen, die in Deutschlands um 1 630 000, die Italiens um 380 000 (vom Mai 1915 bis Juli 1919 um 730 000), die Belgiens um 130 000 vermindert; in England dagegen ist selbst in diesen Jahren die Bevölkerung um 460 000 gewachsen. Siehe »Handwörterbuch der Staatswissenschaften«, Bd. II, 4. Aufl., S. 717.

5 Siehe »Die Volks- und Staatswirtschaft der Sowjetunion 1922/23«, Seite 5.

6 In den einzelnen Gouvernements werden diese Zahlen noch ganz wesentlich überschritten; so weist das Jahr 1923 für das Gouvernement Brjansk einen natürlichen Bevölkerungszuwachs von 29,6‰, für das Gouvernement Gomel 27,7‰, für das Gouvernement Smolensk 26,0‰ usw., im Jahre 1924 erreichte der natürliche Bevölkerungszuwachs im Donjetzker Gouvernement 29,8‰, in dem Gouvernement Ekaterinoslaw 29,5‰, in dem Gouvernement Tomsk 28,7‰, in dem Gouvernement Omsk 27,8‰ usw., ja selbst in dem Gouvernement Moskau 23,3‰.

zung dieser Koeffizienten<sup>3</sup>. Auch diesmal springt Rußland aus der Reihe und weist nach Ueberwindung der schweren Erschütterungen des Bürgerkrieges und der Hungerjahre eine kolossale Beschleunigung des Tempos des natürlichen Bevölkerungszuwachses auf.

Während der Jahre des Weltkrieges und des Bürgerkrieges hat sich die Bevölkerung Rußlands vermindert. Man schätzt diesen Rückgang von 1914 bis inkl. 1920 auf zirka 4 Millionen (in Rußland innerhalb seiner heutigen Grenzen), wobei nicht zu vergessen ist, daß in diesem Rückgang nicht nur die natürliche, sondern auch die mechanische Bevölkerungsbewegung (eine bedeutende Abwanderung nach dem Auslande während des Bürgerkrieges) zum Ausdruck gekommen ist<sup>4</sup>. Während der Hungerjahre 1921 und 1922 hat sich die Bevölkerung – diesmal im Wege des direkten Aussterbens – wiederum vermindert, nach einer offiziellen, wenn auch kaum glaublichen Schätzung, um weitere 5,2 Millionen<sup>5</sup>. Seit dem Jahre 1923 setzt aber ein ganz bedeutender Bevölkerungszuwachs ein, so daß die Verluste der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre bald eingeholt werden.

Das »Statistische Jahrbuch« der Sowjetunion für das Jahr 1924 (herausgegeben 1926) bringt Geburten- und Sterblichkeitsziffern für das Jahr 1923 für 51 Gouvernements der sogenannten Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR., die über zwei Drittel der Sowjetunion ausmacht) und 9 Gouvernements der Ukrainischen Sowjetrepublik, für das Jahr 1924 entsprechend für 45 und 9 Gouvernements; diese Ziffern lassen die Bevölkerungsbewegung wie folgt erscheinen:

		Geborene	Gestorbene	Geburten- überschuß
		auf je 10 000 Einwohner		
RSFSR.	1923	426	231	195
	1924	427	232	195
USSR.	1923	354	171	183
	1924	409	173	236 <sup>6</sup>

Ein natürlicher Bevölkerungszuwachs von etwa 20 Promille weist auf eine Intensität der Bevölkerungsbewegung, die selbst in Rußland bis jetzt unbekannt war. In den leitenden Kreisen der russischen offiziellen Statistik wird aber angenommen, daß selbst diese Zahlen die wirklichen demodynamischen Prozesse noch nicht voll zum Ausdruck bringen. In Wirklichkeit soll in den letzten Jahren der natürliche Bevölkerungszuwachs in Rußland noch bedeutender sein, da das zivile System der Registrierung von Geburten und Sterbefällen, welches erst während der Revolution eingeführt wurde, auf dem flachen Lande nur allmählich tiefere Wurzeln faßt, und die Ergebnisse dieser Registrierung, insbesondere der Geburten, noch nicht vollständig sind. Die Statistiker und Volkswirtschaftler des »Gosplan« (Staatliche Kommission für Planwirtschaft) schätzen daher den natürlichen Bevölkerungszuwachs in Rußland in den Jahren 1924/25, 1925/26 und 1926/27 auf 24 Promille im Jahre ein, was ein Anwachsen der Bevölkerung um über 3 Millionen jährlich bedeutet<sup>7</sup>.

Die russische sozial-ökonomische und sozial-statistische Literatur geht auf die Ursachen dieses bedeutenden Anwachsens des Tempos der natürlichen Bevölkerungsbewegung fast gar nicht ein. In der einzigen größeren Schrift, die sich speziell mit der Bevölkerungsbewegung in Rußland seit dem Ausbruch des Krieges befaßt, in der oben zitierten Schrift Lubni-Gerzyks, werden die relativ niedrigen Sterblichkeitsziffern seit 1923 dadurch erklärt, daß während des Bürgerkrieges und der Hungerjahre der weniger lebensfähige Teil der Bevölkerung einfach ausgestorben sei<sup>7</sup>. Damit wird aber nur eine und vielleicht nicht einmal die wichtigste Ursache des Anwachsens der Ziffern des Bevölkerungszuwachses angegeben. Bedeutender scheint der Einfluß der neuen Agrarverfassung zu sein, die die Vermehrung der ländlichen Bevölkerung direkt fördert, da die Geburt eines Kindes der Bauernfamilie die Möglichkeit gibt, bei der nächsten Landumteilung auf eine Erweiterung des ihr zugewiesenen Bodenbesitzes Anspruch zu erheben. Auch mag diese Entwicklung zum Teil durch rein biologische Momente bedingt sein, die auf einen Ausgleich der Verluste der Kriegsjahre hinwirken und in einem Agrarland, wie Rußland, ungehemmt in Erscheinung treten.

Mögen die Ursachen dieser bedeutenden Bevölkerungsbewegung noch nicht genügend geklärt sein, die Tatsache selbst steht außer Zweifel. Für die Beurteilung der gegenwärtigen und der nächsten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Rußlands fällt sie sehr schwer ins Gewicht.

## II.

Es ist allgemein bekannt, daß das zahlenmäßige Verhältnis der städtischen zu der ländlichen Bevölkerung in Rußland von demjenigen in West- und Mitteleuropa wesentlich verschieden ist. Weniger bekannt dürfte wohl sein, daß die Veränderungen, die sich im Laufe der letzten 6 bis 7 Jahrzehnte in dieser Hinsicht in Rußland vollzogen haben, nicht so bedeutend waren, um das Verhältnis von Stadt zu Land grundsätzlich abzuändern, wie man es zu gleicher Zeit in den mittel- und westeuropäischen Staaten beobachten konnte. Die Entwicklung der Industrie und der übrigen städtischen Berufszweige führte in Rußland im Laufe des letzten halben Jahrhunderts vor dem Kriege zur Abwanderung eines relativ nur geringen Teiles des natürlichen Zuwachses der ländlichen Bevölkerung in die Städte. So ist seit 1858/60 bis 1897 (das Jahr der letzten Volkszählung vor dem Kriege) die städtische Bevölkerung von 8 auf 16,2 Mill., die ländliche zu gleicher Zeit von 67 auf 101,6 Mill. angewachsen. Oganowski, dem wir diese Zahlen entnehmen, hat berechnet, daß in diesen nahezu 40 Jahren die Städte nur 9,6 Proz. des natürlichen Zuwachses der ländlichen Bevölkerung aufgenommen haben<sup>9</sup>.

In den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Kriege wurde allerdings der Prozeß der Abwanderung der ländlichen Bevölkerung in die Städte wesentlich intensiver. Aber auch jetzt konnten die Städte nur einen relativ kleinen Teil des natürlichen Zuwachses der ländlichen Bevölkerung aufnehmen. Nach der Berechnung B. Guchmanns soll die städtische Bevölkerung Rußlands von 1897 bis 1914 sich von

7 Siehe »Die Kontrollzahlen der Volkswirtschaft für das Jahr 1926/27«. Herausgegeben vom »Gosplan«, Moskau, 1926, S. 175 (r.).

8 L. cit., S. 87.

9 Siehe N. Organowski, »Die Gesetzmäßigkeit der Agrarentwicklung«, Bd. III, Teil I, Moskau 1914, S. 31 (r.) – Professor Oganowski gehört zu den besten Kennern der russischen Agrarentwicklung seit der Bauernbefreiung (1861); insbesondere hat er sich wiederholt mit dem Problem der ländlichen Ueberbevölkerung befaßt.

10 Siehe B. Guchmann, »Die Dynamik der Bevölkerung und deren Beschäftigung in der Sowjetunion«, »Planowoje Chosjaistwo« (»Planwirtschaft«), 1926, August, S. 248 (r.). – Guchmann ist Referent für die Frage der Berufs- und Bevölkerungspolitik im Gosplan. – Die Divergenz zwischen den Zahlen Oganowskis und denen Guchmanns für 1897 beruht darauf, daß bei Organowski die von Rußland nach 1860 erworbenen Gebiete von der Zählung ausgeschlossen sind.

11 Siehe »Handwörterbuch der Staatswissenschaften«, Bd. II, S. 695 bis 696,

12 Siehe Guchmann, L. cit. S. 248.

13 Ibid. S. 248

19,9 auf 30,9 Mill., die ländliche zu gleicher Zeit von 104,6 auf 135,2 Mill. vergrößert haben<sup>10</sup>. Nimmt man an, daß das Tempo der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den Städten und auf dem Lande das gleiche ist (was allerdings nicht zutrifft, der Fehler ist aber nicht so groß, um das Ergebnis der Berechnung wesentlich zu beeinflussen), so ist nicht schwer zu berechnen, daß die Städte während dieser Jahre nur 11,6 Proz. des natürlichen Zuwachses der ländlichen Bevölkerung aufgenommen haben; berücksichtigt man den wahrscheinlichen Fehler infolge der Annahme, daß das Tempo der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den Städten und auf dem Lande das gleiche war, so ist wohl dieser Prozentsatz schätzungsweise auf zirka 13 zu erhöhen. Demgegenüber genügt es darauf hinzuweisen, daß z.B. in Deutschland das Wachstum der Städte bereits seit Jahrzehnten den gesamten natürlichen Zuwachs der ländlichen Bevölkerung absorbiert, so daß von 1871 bis 1910 die städtische Bevölkerung Deutschlands von 14 791 000 auf 38 971 000 angewachsen, die ländliche dagegen von 26 219 000 auf 25 955 000 gefallen war. Ebenso war in Frankreich die städtische Bevölkerung von 1872 bis 1911 von 11 235 000 auf 17 509 000 gewachsen, die ländliche von 24 868 000 auf 22 093 000 gefallen<sup>11</sup>.

Die ersten drei Jahre des Krieges (1914-1917) zeichnen sich in Rußland durch ein gewaltiges Anwachsen der Städte aus, deren Bevölkerung (ohne die Armee) innerhalb der heutigen Grenzen Rußlands von 25,4 am 1. Januar 1914 auf 27,8 Mill. am 1. Januar 1917 gewachsen ist, während die ländliche Bevölkerung (ebenfalls ohne die Armee) sich zu gleicher Zeit von 113,1 auf 102,4 Mill. vermindert hat<sup>12</sup>. Diese Verschiebung wird nur dann verständlich, wenn man die verheerende Wirkung der Mobilisationen auf dem flachen Lande berücksichtigt, wogegen in den Städten die Zahl der von der Einziehung Befreiten bei den wachsenden Ansprüchen, die der Krieg an die schwache russische Industrie stellt, bald ins Riesenhafte anzuwachsen begann. Dieser Prozeß der Verschiebung der Bevölkerung vom flachen Lande in die Städte wurde aber jäh unterbrochen. Die Agrarrevolution und vor allem der völlige Verfall der Städte in den Jahren des Bürgerkrieges (1918-1920) haben einen mächtigen Rückstrom der Bevölkerung aus den Städten auf das flache Land erzeugt, so daß die ersten Jahre der Revolution als eine Periode der Desindustrialisierung und Desurbanisierung Rußlands betrachtet werden können. Der Prozentsatz der städtischen Bevölkerung, der innerhalb der heutigen Grenzen Rußlands im Jahre 1897 15,3 Proz. betragen hat und zum 1. Januar 1917 auf 19,6 Proz. gestiegen war, ist dann zum 28. August 1920 (d. i. der Tag der ersten Volkszählung nach dem Kriege) auf 15 Proz., d. h. unter das Niveau von 1897 (!) gefallen<sup>13</sup>.

Mit dem Ende des Bürgerkrieges und dem Uebergang vom System des »Kriegskommunismus« zu der sogenannten »neuen Wirtschaftspolitik« fand dieser Prozeß der Desurbanisierung Rußlands sein Ende. Die entvölkerten Städte füllten sich allmählich wieder, und das zahlenmäßige Verhältnis zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung wurde für die erstere allmählich günstiger. Die relative Verschiebung war und bleibt aber gering. Bei dem starken natürlichen Bevölkerungszuwachs seit dem Jahre 1923 hat die

ländliche Bevölkerung bereits im Jahre 1924 ihre absolute Zahl vor dem Kriege erreicht, wogegen die Städte die absolute Bevölkerungszahl des letzten Vorkriegsjahres voraussichtlich erst gegen Ende des Jahres 1928 erreichen werden. Folgende Tabelle mag es erläutern:

	Städtische Be- völkerung in Millionen	Ländliche Be- völkerung	Bevölkerung insgesamt	Städtische Be- völkerung in Proz.	Ländliche Be- völkerung
1913	25,8	113,9	139,7	18,5	81,5
1923/24	22,5	112,3	134,8	16,7	83,3
1924/25	23,1	115,0	138,1	16,7	83,3
1925/26	23,7	117,7	141,4	16,7	83,3
1926/27	24,4	120,4	144,8	16,9	83,1 <sup>14</sup>

Im Jahre 1926/27 soll also die städtische Bevölkerung nur 94,6 Proz. des Bevölkerungsstandes von 1913, die ländliche dagegen entsprechend 105,7 Proz. betragen<sup>15</sup>. Im großen ganzen ist das zahlenmäßige Verhältnis zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung gegenüber 1913 (und erst recht gegenüber 1917) für die städtische Bevölkerung immer noch ungünstig, und bei dem Tempo der Entwicklung, wie wir es heute beobachten, kann es wohl nach diesen Zahlen nahezu ein Jahrzehnt dauern bis das zahlenmäßige Verhältnis von Stadt und Land das Niveau von 1913 erreichen wird.

### III.

Die geringe Aufnahmefähigkeit der russischen Industrie hat bereits vor Jahrzehnten das Problem der ländlichen Ueberbevölkerung in Rußland akut gemacht. Die Agrarrevolution, die die nichtbäuerlichen Grundbesitzer enteignet und deren Land zu einem großen Teil den Bauern zugeführt hat, konnte daran nicht viel ändern, denn bereits vor der Revolution gehörte der größte Teil des anbaufähigen Bodens den Bauern. Wie in einem halboffiziellen Bericht über die Tätigkeit des Volkskommissariats für Landwirtschaft für die Jahre 1917-1920 zu lesen ist, waren die Folgen der Aufteilung des Bodens »viel geringer als man erwartet hatte: die Riesenfläche, verteilt auf die vielen Millionen von Bauern, hat winzige Resultate ergeben. Eine spezielle Umfrage des Zentralamtes für Agrikultur hat festgestellt, daß die Vergrößerung der Bodenfläche pro Kopf der Bevölkerung nur minimal sei und nur etliche Zehntel oder selbst Hundertstel der Desjatina erreichte«<sup>16</sup>. Insgesamt ist nach dem zitierten Bericht in 29 Gouvernements des europäischen Rußland der bäuerliche Grundbesitz um 21 Proz. gewachsen, wobei nicht zu vergessen ist, daß ein Teil dieses neugewonnenen Bodens bereits vor der Revolution von den Bauern gepachtet wurde, so daß die Erweiterung der bäuerlichen Bodennutzung noch geringer war.

Für einzelne wenige Kreise (»Ujesdy«) liegen genauere Zahlen vor. So hat eine eingehende Untersuchung, die in dem ersten Kreise vorgenommen wurde, in dem die Agrarreform während der Revolutionsjahre abgeschlossen war (Kreis Sadonsk, Gouvernement Woronesch), gezeigt, daß »die Enteignung der Großgrundbesitzer

14 Siehe »Die Kontrollzahlen der Volkswirtschaft für das Jahr 1926/27«, S. 175 (r.). – Die Angaben beruhen auf Schätzungen von Guchmann; die Zahlen für das Jahr 1913 unterscheiden sich, wenn auch nicht wesentlich von den oben angeführten desselben Verfassers; der Unterschied ist dadurch zu erklären, daß die Angaben der Tabelle auch die Armee mitumfassen, die früheren Angaben aber nicht.

15 Untersucht man nicht die Entwicklung der städtischen und der ländlichen Bevölkerung, sondern der in der Industrie und in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbstätigen, so sind die Zahlen für die neuste Zeit noch ungünstiger. Nach derselben Quelle soll die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie im Jahre 1926/27 5 350 000 erreichen gegenüber 6 407 000 im Jahre 1913; entsprechend in der Landwirtschaft 61 201 000 gegenüber 55 500 000; die relativen Zahlen (gegenüber 1913) sind entsprechend für die Industrie 83,5 Proz., für die Landwirtschaft 110,3 Proz. Siehe »Die Kontrollzahlen« usw., S. 174.

16 Zitiert bei S. Prokopowitsch, »Studien über die Wirtschaft Sowjetrußlands«, Berlin, 1923, S. 70 (r.).

17 Siehe »Die ersten Ergebnisse der Agrarreform«, Woronesch, 1920, S. 21, zitiert bei N. Kondratjew und N. Oganowski, »Die Perspektiven der Entwicklung der Landwirtschaft der Sowjetunion«. Herausgegeben vom Volkskommissariat für Landwirtschaft, Moskau, 1924, S. 116 (r.).

18 Siehe »Das Bulletin der Zentralen Statistischen Verwaltung«, NR. 79 (r.), zitiert bei B. Brutzkus »Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland«. Herausgegeben vom Osteuropa-Institut in Breslau, Berlin, 1926, S. 152.

19 Siehe N. Oganowski, »Bodennutzung und deren Dynamik« in dem Sammelwerk »Die Volkswirtschaft der Sowjetunion im Jahre 1922/23«, Moskau-Leningrad, 1924. Herausgegeben von der »Econom. Shisn«, S. 53 (r.).

in Wirklichkeit eine gänzlich unbedeutende Erweiterung des bäuerlichen Besitzes ergibt, die – politisch und sozial-ökonomisch notwendig – an sich keine große wirtschaftliche Bedeutung hat und den Boden hunger der Bauernschaft als ganzes genommen nicht aufhebt<sup>17</sup>. Hier hat nämlich die Erweiterung des bäuerlichen Grundbesitzes lediglich 16,8 Proz. betragen. Eine ähnliche Untersuchung wurde in zwei Kreisen des Gouvernements Kursk (Kreis Fatesch und Graiworon) durchgeführt; hier besaßen die Bauern vor der Revolution 403 600 Desjatinen Boden, nach der Revolution 441 900, d. h. nur 9,5 Proz. mehr<sup>18</sup>.

Aber selbst diese Linderung des Druckes der Ueberbevölkerung wurde durch den Rückstrom aus den Städten und durch den Rückgang der Landwirtschaft in den Jahren des Weltkrieges und erst recht in den Jahren des Bürgerkrieges und des »Kriegskommunismus« zu einem bedeutenden Teil, oft gänzlich wettgemacht, so daß die Dichte der ländlichen Bevölkerung auch nach der Agrarrevolution einen bei dem niedrigen Stand der landwirtschaftlichen Kultur bedrohlichen Charakter aufweist.

Folgende Tabelle mag es erläutern:

Ländliche Bevölkerung auf je 100 Desjatinen des anbaufähigen Bodens.

	1897	1916	1923
Westliches Gebiet	62,2	55,9	71,1
Nordwestliches Gebiet	39,0	39,9	45,3
Zentrales Industriegebiet	57,5	61,4	70,1
Nordöstliches Gebiet	40,1	54,2	64,5
Wjotka-Wetluga-Gebiet	45,8	42,6	47,8
Ural-Gebiet	24,2	37,6	34,1
Ukraine	51,2	56,1	65,2
Zentrales Agrargebiet	52,9	63,3	65,7
Mittel-Wolga-Gebiet	40,8	49,2	50,6
Nieder-Wolga-Gebiet	23,2	26,6	24,7
Krim	15,5	20,5	16,1 <sup>19</sup>

Überall ist die Dichte der ländlichen Bevölkerung im Jahre 1923 wesentlich höher als vor einem Vierteljahrhundert, in den meisten Gebieten auch höher als im Jahre 1916. Nur in der Krim, in dem Uralgebiet und in dem Gebiete der Nieder-Wolga bleiben die Zahlen für das Jahr 1923 hinter denen für das Jahr 1916 zurück. Dies ist hier in erster Linie durch die Wirkung der Hungerjahre zu erklären, in denen Hunderttausende und Millionen starben. Aber nicht nur die Dichte der Bevölkerung wurde hier durch diese Katastrophe verringert, sondern auch die gesamte Landwirtschaft erschüttert, insbesondere der größte Teil des Arbeitsviehs vernichtet, so daß nach den Hungerjahren die Gebiete viel weniger als zuvor imstande waren, die vorhandene Bevölkerung voll zu beschäftigen.

Die Tatsache der steigenden Dichte der ländlichen Bevölkerung kommt besonders scharf in den Zahlen der erwachsenen männlichen Arbeitskräfte auf dem Lande zum Ausdruck:

	Erwachsene männliche Arbeitskräfte auf je 100 Desjatinen des Ackers und der Wiesen.		
	1913	1923	1923 zu 1913
			gleich 100
Westliches Gebiet	10,5	13,9	132,4
Nordwestliches Gebiet	14,4	13,8	95,8
Zentrales Industriegebiet	11,0	18,7	170,0
Nordöstliches Gebiet	11,1	15,6	140,5
Wjatka-Wetluga-Gebiet	10,1	11,7	115,8
Ural-Gebiet	7,2	8,7	120,8
Zentrales Agrargebiet	13,5	15,4	114,1
Mittel-Wolga-Gebiet	10,8	12,3	113,9
Nieder-Wolga-Gebiet	6,9	7,5	108,7
Krim	3,4	3,9	114,7 <sup>20</sup>

20 Siehe Kondratjew und Oganowski 1. cit. S. 122 (r).

Fast überall sehen wir eine wesentliche Verdichtung der ländlichen Bevölkerung gegenüber dem Stand unmittelbar vor dem Kriege, einen wachsenden Überfluß an Arbeitskräften in der bäuerlichen Wirtschaft.

Die Verschiebung der Bodenbesitzverhältnisse innerhalb der Bauernschaft konnte hier nicht viel ändern. Die Vermehrung der Zahl der Kleinbauernwirtschaften hat dem Druck der Überbevölkerung lediglich z. T. eine andere Form gegeben. Oganowski hat auf Grund der Materialien der landwirtschaftlichen Steuerstatistik für das Jahr 1924/25 berechnet, wie die Saatfläche pro Arbeitskraft mit der Größe der bäuerlichen Wirtschaft steigt, was mit einer ungenügenden Ausnutzung der Arbeitskraft bei den Kleinbauern gleichbedeutend ist:

	Saatfläche pro Arbeitskraft (in Desjatinen)
bei den Kleinbauern (bis 4 Desj. Boden pro Wirtschaft)	0,58
bei den Mittelbauern (4 bis 8 Desj. Boden pro Wirtschaft)	1,38
bei den reicheren Mittelbauern (8 bis 15 Desj. Boden pro Wirtschaft)	2,13
bei den Großbauern (über 15 Desj. Boden pro Wirtschaft)	3,56
Durchschnittlich in der Sowjetunion	1,42 <sup>21</sup>

Oganowski bemerkt dazu:

»Hätten die Kleinbauern ihre Arbeitskraft in gleichem Maße wie die Mittelbauern ausnutzen können, so wären 57 Proz. aller Kleinbauern überflüssig; wäre die Ausnutzung der Arbeitskraft in der untersten Schicht auf die Höhe der Gruppe der reicheren Mittelbauern zu bringen, so hätte der Prozentsatz der überschüssigen Arbeitskraft in der kleinbäuerlichen Gruppe 73 betragen. Die Gesamtzahl der Arbeitskräfte in der kleinbäuerlichen Schicht erreicht aber in der gesamten Sowjetunion 13,1 Millionen. Die vorhandene überschüssige Arbeitskraft erreicht daher bei den Kleinbauern, wenn man bei der Berechnung von der Produktivität der Arbeit bei den Mittelbauern ausgeht, 7,5 Millionen Menschen, wenn man aber von der Produktivität der Arbeit bei den reicheren Mittelbauern ausgeht, 9,6 Millionen. Bei den Mittelbauern wären ferner, wenn man von der letzten Norm ausgehen wollte, 10,3 Millionen überschüssige Arbeitskräfte zu zählen, insgesamt also 19,9

21 Siehe N. Oganowski, »Die Ergebnisse der Agrarrevolution und die moderne Differenzierung der Bauernschaft«, »Planowoje Chosjaistwo«, 1925, Mai, S. 55 (r).

22 Ibid. S. 55 bis 56. –  
Siehe ferner den Artikel  
Oganowskis, »Die Differen-  
ziertheit der Bauern und die  
agrarisches Ueberbevölkerung«  
in der »Econom. Shisn«  
(»Wirtschaftsleben«) vom  
3. Mai 1925 (r.).

23 Die Bevölkerung Ruß-  
lands hat sich bereits von  
1900 bis 1915 um 46 Millio-  
nen vergrößert (s. Lubny -  
Gerzyk, 1. cit. S. 18). Die  
absolute Bevölkerungszahl  
ist bereits heute in Sowjet-  
rußland höher als die im  
alten Rußland im Jahre  
1900 (in der Sowjetunion  
heute etwa 144, im alten  
Rußland im Jahre 1900  
rund 133 Millionen) und der  
Bevölkerungszuwachs ist  
im heutigen Rußland  
wesentlich intensiver.

24 Siehe M. Gradow,  
»Wege und Methoden der  
modernen Kolonisationsbe-  
wegung«, »Econom. Obos-  
renije« (»Wirtschaftliche  
Rundschau«), 1925, August,  
S. 32 (r.).

25 Ibid. S. 41.

Millionen, d. h. 43 Proz. der gesamten Arbeitskraft in den Dörfern der Sowjetunion«<sup>22</sup>).

Mag das Zahlenmaterial, das diesen Berechnungen zugrunde liegt, nicht besonders zuverlässig sein, es gibt doch ein im großen ganzen zutreffendes Bild von dem Riesenmaß der ländlichen Ueberbevölkerung in Rußland. Die Gefahr ist groß, daß dieser Zustand sich im Laufe des nächsten Jahrzehnts noch weiter verschlechtern wird. Selbst bei einer voraussichtlichen Verlangsamung des Tempos des natürlichen Bevölkerungszuwachses wird sich die Bevölkerung Rußlands in den nächsten zehn Jahren wohl um 25 bis 30 Millionen vergrößern, in den nächsten 15 Jahren um 40 bis 50 Millionen, d. h. rund um die gesamte Bevölkerungszahl des heutigen Frankreichs (40 Millionen) oder Englands (43 Millionen) oder um rund zwei Drittel der heutigen Bevölkerungszahl Deutschlands (63 Millionen)<sup>23</sup>. An eine Aufnahme des riesigen Menschenstroms durch die Industrie ist in Rußland vorerst nicht zu denken.. Selbst wenn wir uns eines Urteils für die weiterliegenden Jahrzehnte enthalten, für das nächste Jahrzehnt können wir mit Bestimmtheit behaupten, daß die Mittel zur Linderung des Druckes der ländlichen Ueberbevölkerung in erster Linie auf dem flachen Lande selbst zu suchen sind.

Es scheint der Gedanke nahezuliegen, der Entwicklung der ländlichen Ueberbevölkerung durch eine großzügige Kolonisationspolitik entgegenzuwirken. Man hat den Gedanken offiziell erwogen und verworfen. »Die Kolonisationspolitik hat sich neuerlich von der Illusion losgesagt, welche bewußt oder unbewußt die vorrevolutionäre Kolonisation gehegt hatte, die mit Hilfe der Uebersiedlung das Wachstum der agrarischen Ueberbevölkerung im europäischen Rußland aufzuhalten bestrebt war«<sup>24</sup>. Die Kolonisation wird zwar staatlich gefördert, »der Staat stellt aber an jeden Uebersiedler die Bedingung, daß dieser ein gewisses Vermögen nachweist; dieses ist je nach den natürlichen Verhältnissen des zu kolonisierenden Gebietes verschieden: in dem Wolgagebiet und im Nord-Kaukasus 1300 Rubel pro Wirtschaft, im Uralgebiet 1100 Rubel, in Sibirien und im Fernen Osten durchschnittlich 800 bis 900 Rubel«<sup>25</sup>. Dadurch werden von der Kolonisation gerade diejenigen Schichten der Bauernschaft ausgeschlossen, die den Druck der agrarischen Ueberbevölkerung besonders schmerzhaft empfinden.

Mag diese offiziöse Charakteristik für die Zukunft etwas zu pessimistisch sein und nicht nur die objektiven Schwierigkeiten der Kolonisation, sondern auch das subjektive Unvermögen der offiziellen Stellen, die die Kolonisationspolitik zu leiten haben, widerspiegeln, so kann doch heute kaum bezweifelt werden, daß durch die Mittel der Kolonisation eine wesentliche Erleichterung des Druckes der agrarischen Ueberbevölkerung in Rußland nicht zu erreichen sei.

#### IV.

Die ländliche Ueberbevölkerung ist eine Erscheinung, die auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Rußland einen starken Einfluß ausübt. Hunderttausende und Millionen ziehen jahraus jahrein aus den Dörfern, um bald in den Städten, bald in anderen, oft entlege-



nen Gouvernements auf dem flachen Lande Arbeit zu suchen, ohne jedoch aus ihren Wohnstätten endgültig abwandern zu wollen. Für den »Abzug (»Otchod«) aus den Dörfern«, wie diese Erscheinung in Rußland bezeichnet wird, ist es direkt charakteristisch, daß die übergroße Mehrheit der »Abzügler« an eine endgültige Verlegung ihres Wohnsitzes in die Städte gar nicht denken, ihre Familien in den Dörfern zurücklassen und nach Ablauf von mehreren Monaten in ihre Dörfer zurückkehren, um bald wieder abzuziehen. In den Jahren des »Kriegskommunismus« hörte dieser »Abzug« so gut wie völlig auf. Nicht etwa, weil die wirtschaftliche Lage der Bauernschaft sich gebessert hatte, sondern weil die Lage der städtischen Bevölkerung um diese Zeit noch verzweifelter war als die der ländlichen. Bei dem allgemeinen wirtschaftlichen Zerfall suchte selbst ein bedeutender Teil der städtischen Bevölkerung seine Zuflucht auf dem flachen Lande, wo man sich wenigstens halbwegs ernähren konnte. Um diese Zeit war an den Abzug vom flachen Lande in die Städte nicht zu denken, und die leitenden Kreise der russischen Wirtschaftspolitik sahen sich sogar genötigt, eine allgemeine Arbeitspflicht zu proklamieren, um für die Industrie, das Verkehrswesen, die Waldarbeiten usw. die nötigen Arbeitskräfte zu sichern<sup>26</sup>. Seit der Abkehr vom »Kriegskommunismus« setzt aber der Abzug aus den Dörfern allmählich wieder ein, jedoch bleibt er bei dem heutigen Stand der Industrie immer noch weit hinter den Vorkriegszahlen zurück. Nach den Berechnungen des Volkskommissariats für Arbeit erreichte die Zahl der »Abzügler« im Jahre 1923/1924: 1 670 000, im Jahre 1924/1925: 2 788 000<sup>27</sup>. Sie verteilen sich auf die einzelnen Gruppen folgendermaßen:

Landwirtschaftliche Arbeiter	584 Tausend
»Schwarzarbeiter« (d. h. ungelernete Arbeiter, die jede »einfache« Arbeit anzunehmen bereit sind)	1 021 »
Bauarbeiter	274 »
Die Arbeiter der verarbeitenden Industrien	271 »
Bergarbeiter	64 »
Torfarbeiter	65 »
Waldarbeiter und Flößer	126 »
Verkehrs- und Transportarbeiter	44 »
Fischer	43 »
Hausangestellte	16 »
Andere Gruppen	106 » <sup>28</sup>

Die Industriearbeiter, die »Schwarzarbeiter« und die Bauarbeiter – insgesamt 1924/1925 über 1 1/2 Millionen Arbeitsuchender – kommen hier in erster Linie für den städtischen Arbeitsmarkt in Betracht. Um die Bedeutung dieses Zustromes von freien Arbeitskräften in die Städte richtig zu erfassen, muß man beachten, daß die Gesamtzahl der in der Industrie im Jahre 1924/1925 beschäftigten Lohnempfänger (Arbeiter und Angestellte) im ganzen Lande auf 2 493 000, die Gesamtzahl der beschäftigten Lohnempfänger in der Industrie, im Verkehrs- und Bauwesen auf 3 912 000 geschätzt wird<sup>29</sup>.

Die Eingliederung dieses Zustroms vom Lande in die städtische

26 Siehe Artikel des Verfassers »Die Arbeitspflicht in Rußland« im »Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie«, 1925, Oktober, und »Le chûmage en Russie de 1917 à 1925« in der »Revue International du Travail«, 1926, November.

27 Siehe L. Minz, »Der Abzug der Bauernschaft nach dem Arbeitsverdienst«, »Ekonom. Obozrenije« (»Wirtschaftliche Rundschau«), 1926, September, S. 168 bis 169 (r.).

28 Ibid. S. 172 bis 173.

29 Siehe Guchmann, 1. cit. S. 253.

Arbeiterschaft wird dadurch wesentlich erleichtert, daß das städtische industrielle Proletariat in Rußland viel enger, als es in Mittel- und Westeuropa der Fall ist, mit dem flachen Lande verbunden ist und sich auch kulturell relativ wenig von der Bauernschaft unterscheidet. Die Aufnahme der vom Lande zuwandernden neuen Arbeitskräfte in die Industriebetriebe vollzieht sich daher in Rußland mit einer besonderen Leichtigkeit.

Um diese für die Beurteilung des Problems der Arbeitslosigkeit in Rußland bedeutsame Tatsache einem in den Verhältnissen eines entwickelten Industriestaates aufgewachsenen Leser lebendig und anschaulich zu machen, möchten wir hier, abschweifend von dem eigentlichen Thema dieser Arbeit, auf den besonderen Charakter des russischen industriellen Proletariats etwas näher eingehen. Es ist bezeichnend, daß bis in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts selbst das Bestehen eines Industrie proletariats in Rußland in der russischen nationalökonomischen Literatur energisch bestritten wurde.

»In unserer Literatur hat sich seit jeher die Meinung ausgebildet, daß unsere Fabrikarbeiter nichts anderes sind als Bauern, die die dürftigen Einkünfte aus der Landwirtschaft durch eine Nebenarbeit in den Fabriken ergänzen, und in allen statistisch-ökonomischen Untersuchungen für das Gouvernement Moskau wurde bis jetzt die Fabrikarbeit der Bauern als ihr Nebenerwerb betrachtet.«

So hat im Jahre 1893 E. M. Dementjew geschrieben, der mit einer vortrefflichen Untersuchung über die Zusammensetzung und die soziale Lage der industriellen Arbeiterschaft des Moskauer Gouvernements dieser veralteten Auffassung mit Erfolg entgegengetreten war<sup>30</sup>.

Wenn die Fabrikarbeit bereits in dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts keinen Nebenerwerb der Bauern bildete, sondern hauptberuflich geleistet wurde, so war doch die Verbundenheit der industriellen Arbeiterschaft mit dem flachen Lande noch sehr innig. Dementjew selbst weist in seiner eben zitierten Arbeit darauf hin, daß 91,4 Proz. aller von seiner Untersuchung erfaßten Arbeiter bäuerlicher Herkunft waren (d. h. rechtlich dem Bauernstand angehörten)<sup>31</sup> und daß 14,1 Proz. aller Arbeiter über 18 Jahre zu den Feldarbeiten auf das flache Land zurückkehrten<sup>32</sup>.

Die Zahl der Arbeiter, die zu den Feldarbeiten in den Dörfern zurückkehren, ist aber bei weitem noch kein genügender Maßstab für die Beurteilung der wirtschaftlichen Verbundenheit der Fabrikarbeiter mit dem Dorfe. Tieferen Einblick in diese Verhältnisse gewährt eine Untersuchung, die 1898 in einer großen Textilfabrik in Moskau vorgenommen wurde. Es wurden hier von der 2553köpfigen Belegschaft 1417 männliche Arbeiter eingehend – jeder einzeln – befragt. Es hat sich dabei ergeben, daß von den befragten Arbeitern 94,2 Proz. bäuerlicher Herkunft waren; das Verbundensein der Arbeiterschaft des Betriebes mit dem flachen Lande kam in folgenden Zahlen zum Ausdruck:

11,9 Proz. kehren zu den Feldarbeiten in die Dörfer zurück und betreiben hier selbständige Landwirtschaft;

61,4 Proz. kehren zu den Feldarbeiten in die Dörfer nicht zurück, betreiben aber selbständige Landwirtschaft durch Familienmitglieder;

30 Siehe E. M. Dementjew, »Die Fabrik, was sie der Bevölkerung gibt und was sie von ihr nimmt«, Moskau, 1893, S. 1 (r.).

31 Ibid. S. 18.

32 Ibid. S. 4.

12,3 Proz. führen keine selbständige Landwirtschaft und verpachten ihren »Nadjel« (Bodenanteil);

3,6 Proz. besitzen keine »Nadjel«, wohl aber eine Behausung im Dorfe

10,8 Proz. sind mit dem Dorfe gar nicht verbunden<sup>33</sup>.

Die Zahl der Arbeiter, die mit dem Dorfe in irgendeiner Form verbunden sind, ist also sehr groß (89,2 Proz.) und beträgt das vielfache derjenigen Zahl, in der die Rückkehr der Fabrikarbeiter selbst zu den Feldarbeiten ausgedrückt wird.

Am schwächsten ist das Band, welches die Industriearbeiter mit dem flachen Lande verbindet, bei den Metallarbeitern und bei den Buchdruckern; aber selbst bei den letzteren hat eine vom Moskauer Buchdruckerverband im Jahre 1907 vorgenommene Untersuchung ergeben, daß 46 Proz. aller Moskauer Buchdrucker noch eine selbständige Landwirtschaft (sei es persönlich, sei es durch Familienmitglieder) betreiben und daß weitere 16,4 Proz. sei es einen »Nadjel«, sei es lediglich eine Behausung auf dem flachen Lande besitzen<sup>34</sup>; nur 37,6 Proz. der Moskauer Buchdrucker haben also um diese Zeit bereits alle wirtschaftlichen (nicht aber alle persönlichen) Fäden, die sie mit dem Dorfe verbanden, abgeschnitten, 65 Proz. aller Moskauer Buchdrucker waren auf dem Lande geboren<sup>35</sup>.

Für die Kriegs- und Nachkriegsjahre liegen keine diesbezüglichen Zahlen vor. Es steht zwar außer Zweifel, daß gegenüber den Vorkriegsverhältnissen sich eine Verschiebung in der Richtung zu einer Loslösung der industriellen Arbeiterschaft vom flachen Lande vollzogen hat, die Verbindung des russischen industriellen Proletariats mit dem Dorfe bleibt aber immer noch sehr innig.

Daß durch diese enge Verbindung des Industrie proletariats mit dem flachen Lande die Eingliederung von neuen vom Lande zuströmenden Arbeitskräften in die Industrie wesentlich erleichtert wird, liegt wohl auf der Hand.

Diese Eingliederung von Zuwanderern in die städtischen Industriebetriebe vollzieht sich in Rußland in neuester Zeit in einer besonders charakteristischen Form. Von den beschäftigten Arbeitern werden bald einzelne, bald ganze Gruppen entlassen und die frei werdenden Stellen werden nach kurzer Zeit durch neue Arbeiter besetzt, wobei die kräftigeren, jüngeren und wohl auch anspruchloseren Zuwanderer vom flachen Lande bevorzugt werden. Es wird auf diese Weise eine systematische Aussiebung der Arbeiter vorgenommen, und ein bedeutender Teil der städtischen Arbeiterschaft wird in die Reihen der Arbeitslosen abgeschoben. Folgende vom Volkskommissariat für Arbeit berechneten Zahlen mögen diesen Fluktuationsprozeß in den russischen Industriebetrieben beleuchten:

33 Siehe Schestakow, »Die Arbeiter der Manufaktur von Emil Zindel«, Moskau, 1900, zitiert bei M. Tugan-Baranowski, »Die russische Fabrik in der Vergangenheit und in der Gegenwart«, Bd. 1, 3. Aufl., Petersburg, 1907, S. 448 (r.).

34 Siehe A. Swawizki und W. Scher, »Die Lage der Arbeiter des Buchdruckgewerbes in Moskau«, Petersburg, 1909, S. 8 bis 9 (r.).

35 Ibid. S. 5.

Die mittlere Zahl der in den Industrie- betrieben während der gegebenen Zeitperiode beschäftigten Arbeiter	Die Zahl der entlassenen Arbeiter	Die Zahl der eingestellten Arbeiter	
		in Tausenden	
1923/24	1582,7	1485,2	1699,9
1924/25	1797,4	1662,9	2026,9
1925/26, 1. Hälfte	2161,4	772,4	1031,2 <sup>36</sup>

36 Siehe S. Antropow, »Die Produktionsbedingungen und die Qualität der Arbeitskraft«, »Torgowo-Promysch. Gazeta« (»Handels- und Industrie-Zeitung«) vom 7. Oktober 1926 (r.).

Dies bedeutet, daß im Jahre 1923/1924 die Zahl der Entlassenen 93,8 Proz. der mittleren Jahreszahl der beschäftigten Arbeiter erreicht hat, im Jahre 1924/1925 entsprechend 92,5 Proz. Da die Zahl der beschäftigten Arbeiter in diesen Jahren stark im Wachsen begriffen war, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Zahl der im Laufe dieser Jahre Entlassenen jeweils die Zahl der Beschäftigten zu Anfang des betreffenden Jahres wesentlich überholt hat. In der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres 1925/1926 hat sich die Situation etwas gebessert, aber bereits in der zweiten Hälfte desselben Jahres, nach den Zeitungsberichten zu urteilen, wiederum sichtlich verschlechtert.

Daß dieser Fluktuationsprozeß mit einer Verdrängung eines bedeutenden Teiles der städtischen Arbeiterschaft durch die ländlichen Zuwanderer verbunden ist, läßt sich daraus ersehen, daß trotz eines bedeutenden Anwachsens während der letzten Jahre der Zahl der beschäftigten Lohnempfänger die Zahl der registrierten Arbeitslosen fast ununterbrochen wächst, wobei dieses riesenhafte Arbeitslosenheer sich fast durchweg aus den städtischen Arbeitslosen zusammensetzt. Der Sekretär des Zentralrates der russischen Gewerkschaften, Dogadow, hat in seinem Bericht auf dem letzten (7.) russischen Gewerkschaftskongreß im Dezember 1926 mit Besorgnis darauf hingewiesen, daß trotz des Anwachsens der Zahl der beschäftigten Lohnempfänger seit dem 6. Kongreß (im November 1924) um nahezu 40 Proz., die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder zu gleicher Zeit von 10 Proz. auf 13,5 Proz. der Mitgliedschaft gestiegen ist<sup>37</sup>. Die Statistik der Arbeitsnachweise weist ferner darauf hin, daß die Zahl der unmittelbar vom flachen Land zugewanderten Arbeitssuchenden unter den bei den Arbeitsnachweisen registrierten Arbeitslosen relativ sehr gering ist, zuletzt am 1. März 1926 nur 15,1 Proz., am 1. April 16,2 Proz.<sup>38</sup>.

Die Zahl der arbeitslosen ländlichen Zuwanderer in den Städten ist allerdings wesentlich höher, als es die Statistik der Arbeitsnachweise aufweist, da die große Mehrheit der ländlichen Zuwanderer sich nicht an die Arbeitsnachweise wenden und im Wege der Umschau Arbeit suchen und oft auch finden. Die offizielle Zahl von Arbeitslosen, die der registrierten Arbeitslosen, hat in der Sowjetunion zum 1. April 1926 1 057 500 erreicht<sup>39</sup>. Mag die wirkliche Zahl der Arbeitslosen in den Städten nahezu doppelt so groß sein<sup>40</sup>, in Anbetracht des Ausmaßes der ländlichen Ueberbevölkerung ist diese Arbeitslosigkeit noch relativ mäßig. Die Abwanderung in die Städte ist eben mit solchen Schwierigkeiten für die ärmsten

37 Siehe »Trud« (»Arbeit«) vom 9. Dezember 1926

38 Siehe J. Gindin, »Die Wirtschaftsrechnung und die Arbeitslosigkeit«, »Econom. Shisn« vom 19 August 1926.

39 Siehe »Statistika Truda« (»Arbeitsstatistik«), 1926, Nr. 4/5, Seite 20

40 Unter den registrierten Arbeitslosen zählte man zum 1. April 1926 509 400 gewerkschaftlich organisier-

Schichten der Bauernschaft verbunden, die Aussicht, die Arbeit zu bekommen, noch so unsicher, die Möglichkeit für den Zuwanderer, bis er Arbeit gefunden hat, irgendwie in der Stadt auszukommen, so gering (ist es doch gang und gäbe, daß die Zuwanderer auf den Bahnhöfen, in den öffentlichen Parkanlagen oder einfach in den Straßen nächtigen müssen), daß die große Mehrheit der möglichen Arbeitssuchenden noch auf dem flachen Lande verbleibt. Die Entwicklung der Industrie und die Hebung des Lebensniveaus der städtischen Arbeiterschaft wirken aber diesen Hemmungen entgegen und fördern den Zustrom von Arbeitskräften vom flachen Lande in die Städte in einem viel größeren Maßstabe, als die Industrie sie aufzunehmen vermag. Dies trat in den letzten Jahren in Rußland sehr klar in Erscheinung; und sollte die Entwicklung der Industrie hier weitere Fortschritte machen, so wird es in den nächsten Jahren noch klarer hervortreten. Damit wird der Arbeitslosigkeit in Rußland ein besonderer Charakter verliehen, der der Arbeitslosigkeit in den Staaten West- und Mitteleuropas völlig fremd ist. In den entwickelten Industriestaaten ist die Arbeitslosigkeit in erster Linie eine Konjunkturerscheinung: in den Perioden des wirtschaftlichen Aufschwungs geht sie zuweilen fast auf Null zurück, in den Zeiten der Krise und des wirtschaftlichen Niederganges wächst sie. Was die Arbeitslosigkeit in Rußland betrifft, so verschärft sie sich zwar auch hier in den Zeiten der Verschlechterung der wirtschaftlichen Konjunktur, aber auch in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs bleibt sie sehr hoch und weist oft eine aufsteigende Tendenz auf. Die Arbeitslosigkeit in Rußland ist eben viel zu tief in der allgemeinen Struktur und in dem allgemeinen Niveau der gesamten Volkswirtschaft verankert; in diesem Sinne ist die Arbeitslosigkeit in Rußland nicht so sehr eine Konjunktur- als eine Strukturerscheinung.

So ist die Massenarbeitslosigkeit in Rußland wie im Falle der wesentlichen Besserung der Konjunktur, so auch im Falle deren Verschlechterung auf Jahre hinaus unvermeidlich. Ohne eine grundlegende Umstellung der russischen Landwirtschaft, ohne eine bedeutende Hebung der landwirtschaftlichen Kultur, die es ermöglicht hätte, auf der gleichen Fläche wesentlich zahlreichere Arbeitskräfte zweckmäßig zu beschäftigen, ist die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit in Rußland unmöglich.

te Arbeitslose (»Statistika Truda«), 1926, Nr. 4/5, S. 20; die Statistik der Gewerkschaften zählte aber zu gleicher Zeit 1 187 500 arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder (»Trud« vom 9. Dezember 1926)

## ARNDT HOPFMANN

»...eine gewisse unrichtige  
Auffassung« –  
über »Einheit« und Reformfähigkeit

Arndt Hopfmann – Jg. 1956;  
Dr. oec., seit 1993 Mitglied  
der Redaktion von  
»UTOPIE kreativ«.

Ota Šik – 11.9.1919 (Pilsen);  
1941 Häftling in Mauthausen.  
Ende 1963 Leiter der Partei- und  
Staatlichen Kommission für Fragen  
der Wirtschaftsreform; die Kom-  
mission arbeitete bis zur Absetzung  
Chruschtschows; nach der Niederschlagung  
des »Prager Frühlings« 1968 in die  
Schweiz emigriert, im Oktober 1969  
Bitte um politisches Asyl; Mitarbeiter  
des Wirtschaftsforschungsinstituts  
in Basel, Vorlesungen in St. Gallen  
und Basel. Es erschienen in deutsch:  
»Argumente für den Dritten Weg«  
(Hamburg 1973) und »Für eine  
Wirtschaft ohne Dogma« (München  
1974); hier geht es vor allem um  
den in der Rubrik »Internationale  
Übersicht« in der »Einheit« 12-57  
veröffentlichten Artikel »Die  
vorgeschlagenen Veränderungen  
in der Planung und Leitung der  
tschechoslowakischen Industrie«  
(S. 1630-1647), der noch mit Otto Šik  
unterzeichnet ist. Alle in Klammern  
gesetzten Seitenangaben beziehen  
sich auf diesen Aufsatz.

Mitte der achtziger Jahre, als die »Einheit« – die »Zeitschrift für  
Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, herausgegeben  
vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« –  
schon längst jenseits aller theoretischen Ansprüche zum eher langweiligen  
»Organ« konservativer Arroganz mit dem Hauptzweck apologetischer  
Rechtfertigungen und Verklärung der neuesten wirtschaftspolitischen  
Durchhaltekonzepte der SED-Führung herabgesunken war, grub Jörn  
Schütrumpf in einer Nummer aus dem Jahre 1957 einen Artikel aus,  
der ihm damals bemerkenswert kritisch vorkam, weil darin tatsächlich  
noch Grundprobleme der Funktion sozialistischer Wirtschaftssysteme  
diskutiert wurden. Der Autor dieses Artikels – Otto Šik, der sich  
später Ota Šik nannte – war zudem als theoretischer Kopf des  
wirtschaftlichen Reformprogramms eine schillernde Figur des »Prager  
Frühlings« im Jahre 1968. Der Umstand freilich, daß besagter  
Ota (alias Otto) Šik einzig mit jenem erwähnten Aufsatz zu den  
»vorgeschlagenen Veränderungen in der Planung und Leitung der  
tschechoslowakischen Industrie« in der erhalten gebliebenen  
Autorenkartei der »Einheit« vermerkt ist, deutet bereits darauf hin,  
daß kritische Geister weder 1957 noch davor oder danach zu den  
bevorzugten Autoren dieser Zeitschrift gehörten. Wie der Aufsatz zur  
»Einheit« gelangte, wer sich für die Veröffentlichung einsetzte,  
wer für die Übersetzung verantwortlich war, und warum Šik  
später keine weiteren Artikel in dieser Zeitschrift veröffentlichte,  
obwohl die Reformbestrebungen unter der Ägide von Walter  
Ulbricht zunächst einen ganz ähnlichen Ansatz verfolgten  
(vgl. dazu den Beitrag von Jörg Roesler in diesem Heft),  
das alles hat sich als schwer recherchierbar erwiesen  
und liegt noch weitgehend im Dunkeln.

Als wir uns in Vorbereitung des Heft 99 wieder mal mit den  
historischen Wurzeln von »UTOPIE kreativ« beschäftigten,  
erinnerte sich Jörn jenes Aufsatzes von Šik und des positiven  
Eindrucks, den er einst hinterlassen hatte. Damals schien er  
zu belegen, daß es in der »Einheit« nicht immer  
apologetisch zugegangen, sondern statt dessen  
kurzzeitig sogar eine »Diskussion sozialistischer  
Alternativen« möglich gewesen war. Nun, für diesen  
Zweck kann der Artikel wohl kaum als unstreitiger  
Beleg gelten. Dazu ist nicht nur seine Diktion zu  
beschönigend, sondern vor allem die präsentierte  
Problemsicht entschieden zu verharmlosend.

Dafür, daß es sich lohnt, diesen Aufsatz  
dreißig Jahre nach seinem Erscheinen erneut  
kritisch zu reflektieren, sprechen nach

unserer Ansicht vor allem zwei Gründe. *Erstens* zeigt er, daß bereits die Art und Weise, wie ein drängendes gesellschaftliches Entwicklungsproblem *sprachlich* verhandelt wird, Entscheidendes über die Kritik- und Reformfähigkeit politischer Führungen aussagen kann. Und es ist ein offenes Geheimnis, daß gerade die Verklärung der Mißstände des Systems durch den gezielten Gebrauch euphemistischer Begriffe im »modernen« vereinigten Deutschland der »neuen Mitte« einem neuen Höhepunkt entgegenreißt. Da dürfen wir sicherlich noch einige begriffliche Neuschöpfungen erwarten, die die gängigen Beschönigungen – von ›Minuswachstum‹, über ›Konjunkturdelle‹, ›modernem Rentensystem‹, ›Gesundheitsreform‹ und ›Personalflexibilisierung‹ bis zum skrupellosen ›Umbau des Sozialstaates‹ – noch um einiges übertreffen dürften, wovon uns der grandiose ›Einstieg in die ökologische Steuerreform‹ (ohne die energieintensive Industrie und das noch immer kerosinsteuerfreie Flugwesen) bereits einen ersten Eindruck vermittelt.

*Zweitens* verdeutlicht der Text von Ota Šik geradezu exemplarisch *das entwickelte Problemverdrängungsvermögen sozialistischer Debatten* und die dazu kompatible Tendenz zum Festhalten an längst fragwürdigen Konzepten und Modellen. Offensichtlich müssen bestimmte grundsätzliche Kontroversen um ›individuelle und kollektive Interessen‹, um ›die Möglichkeiten und Grenzen von Wirtschaftsplanung‹, um die ›Rolle des Eigentums‹ und die ›Rationalitätsanforderungen an Wirtschaftsstrukturen‹ sozialistisch verfaßter Gesellschaften von Generation zu Generation erneut durchlaufen werden, ohne daß damit notwendigerweise ein realer Erkenntnisfortschritt gewonnen würde.

#### *Sprache und Problembewußtsein – ein Verdunklungszusammenhang*

Daß die Wortwahl verräterisch sein kann, ist gewiß keine neue Erkenntnis des massenmedialen Zeitalters. In jedem Gesellschaftssystem prägt die Weltsicht der Herrschenden maßgeblich den öffentlichen Sprachgebrauch. Auch wissen die Beherrschten in der Regel damit umzugehen, daß z.B. unter kapitalistischen Verhältnissen ›gute‹ Nachrichten für Börsianer oder Aktienbesitzer in der Regel ›schlechte‹ Neuigkeiten für Belegschaften wie Arbeitssuchende bedeuten. Die Frage ist nur, was bedeutet es für eine Gesellschaft, wenn die tatsächlichen Entwicklungsprobleme mit Hilfe von Sprachregelungen sogar vor jenen verdunkelt werden, die den eingeschlagenen Entwicklungsweg mittragen und mitgestalten sollen. Wenn das Relativieren und Verklären von Problemlagen permanent und ›mit Methode‹ betrieben wird, liegt der Verdacht nahe, daß die vermeintlich in allem Recht habende Avantgardepartei längst der ›organisierten‹ Selbsttäuschung erlegen ist.

Die Mängel und das Fehlerhafte im Rahmen des Planungssystems werden so auch im Text von Ota Šik – wahrscheinlich maßgeblich durch eine ›entsprechende Übersetzung‹, die der herrschenden SED-Diktion angepaßt wurde – grundsätzlich relativiert (oder auch bagatellisiert) und zeitlich in der Vergangenheit (also als erkannt und bereits überwunden) dargestellt: »Obwohl in der Etappe der Machtergreifung durch unsere Arbeiterklasse und der grundlegenden Eingriffe in die Produktionsverhältnisse *eine gewisse straffere*

*Zentralisierung* in der wirtschaftlichen Leitung und Planung notwendig war, kam es später zur *Übertreibung* dieser Zentralisierung, wobei sich dieser Fehler allmählich vergrößerte. Besonders durch den mächtigen Aufschwung der Produktivkräfte während unseres Fünfjahrplans entstand das Bedürfnis, verschiedene konkrete Formen unserer wirtschaftlichen Leitung zu ändern, die mehr oder weniger dem Anfangsstadium der Entwicklung unserer sozialistischen Produktion, nicht mehr aber der gegenwärtigen Entwicklungsstufe entsprechen. In der eine Zeitlang noch fortschreitenden übermäßigen Zentralisierung kam auch *eine gewisse unrichtige Auffassung* der planmäßigen Entfaltung zum Ausdruck, die man immer mehr mit der zentralen Bestimmung der gesamten Wirtschaftstätigkeit gleichsetzte.« (S. 1632; Hervorhebungen – AH.) »Während somit in den Unternehmen die selbständige Entscheidungsgewalt eingeschränkt war und ihr Interesse *nicht immer in ein ganz richtiges Fahrwasser geriet*, mußte die in genaue Einzelheiten gehende Entscheidungsgewalt, die immer mehr in der Richtung zum Zentrum erweitert worden war, *eine gewisse Unwirtschaftlichkeit und Disproportionen* hervorrufen, wegen einer ungenügend konkreten Kenntnis sowohl der Produktionsbedingungen als auch der Produktionsbedürfnisse.« (S. 1634; Hervorhebungen – AH.)

Besonders pikant wird es dann dort, wo Sik konstatiert, daß einige »ökonomische Anreize ... in *unrichtige Richtung*« (S. 1635) zu wirken begonnen hätten. Hier ist dann auch der letzte im »Lesen zwischen den Zeilen« geübte Genosse endlich völlig überfordert. Die Nebelwand vor den tatsächlichen Problemen wird undurchdringlich. Da weder Charakter noch Dimension der Irrtümer und Fehlentwicklungen ausgeführt werden, ist es schließlich auch nicht mehr möglich, zwischen wesentlichen und weniger wichtigen Problemen zu unterscheiden. Und bei genauerem Hinsehen ist dies auch gar nicht notwendig, denn »die« Partei hat alles längst im Griff. Entweder werden die »notwendigen Maßnahmen« so dargestellt, als ob sie bereits ergriffen wurden, oder die Lösungen werden als der Weisheit letzter Schluß befehlsmäßig durch »sollen« und »müssen« verordnet. Eine wirkliche Diskussion findet nicht statt und soll offenbar auch nicht stattfinden.

»Es genügt daher nicht, den Unternehmen lediglich bestimmte Rechte und Selbständigkeit in der Entscheidung über die Produktion zu gewähren, sondern *man muß* ebenfalls dafür sorgen, daß auch die konkreten Interessen der einzelnen Betriebskollektive, die in diesen Entscheidungen zum Ausdruck kommen werden, den Interessen der gesamten Gesellschaft entsprechen, das heißt den Aufschwung der Produktion in den einzelnen Unternehmen zum Nutzen der gesamten Gesellschaft verbürgen. (...) Steht die von den zentralen Plankennziffern in den Grundzügen festgelegte Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung im Einklang mit den Entwicklungsgesetzen der sozialistischen Ökonomik, *dann muß man dafür sorgen*, daß die Konkretisierung dieses Planes in den niederen Wirtschaftsorganen, in den Unternehmen und Betrieben sowie deren konkrete wirtschaftliche Tätigkeit nicht die Widersprüche in den ökonomischen Beziehungen vergrößern, sondern sich so konsequent wie möglich in der Richtung der Wirksamkeit der ökonomischen



mischen Gesetze entwickeln, allerdings mit Berücksichtigung der besonderen Produktionsbedingungen in den einzelnen Produktionsgebieten, Produktionszweigen, Unternehmen und Betrieben.« (S. 1640; Hervorhebungen - AH.)

»Oder, das geplante Verhältnis zwischen dem Ansteigen der Durchschnittslöhne und dem Ansteigen der Arbeitsproduktivität *muß* zwar aus der Notwendigkeit einer Interessierung der Werktätigen an der Erhöhung der Arbeitsproduktivität hervorgehen, *darf aber gleichzeitig nicht zulassen*, daß die Grundsätze einer Entlohnung nach Arbeitsleistung verletzt werden. Es *muß* also Rücksicht darauf nehmen, wie der wahrscheinliche Verlauf der technischen Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen vor sich gehen wird, *und muß* ein größeres Wachstum der Durchschnittslöhne bei einem Ansteigen der Arbeitsproduktivität zulassen, das vor allem das Ergebnis der eigenen Initiative der Werktätigen sowie auch des Ansteigens der Qualität ihrer Arbeit ist.« (S. 1642; Hervorhebungen - AH.)

Im gesamten Aufsatz von Šik findet sich ein einziger Absatz, in dem unter Verwendung des Konjunktivs Überlegungen zu einem möglichen Einsatz von »Prämienfonds« im Dienste einer Steigerung der materiellen Interessiertheit von Werktätigen wie Unternehmen angestellt werden: »So ähnlich *würde* es auch bei der Bestimmung des Verhältnisses zwischen dem Ansteigen des Reineinkommens und dem Prämienfonds des Unternehmens sein.

Die Existenz solcher langfristiger Normative wird ein größeres Interesse der Betriebe an einer so effektiv wie möglich technischen Entwicklung hervorgerufen sowie auch ihr Gefühl der Sicherheit, daß das Ergebnis ihrer außerordentlichen Initiative, die zu einer relativen Senkung der Produktionskosten führt, nicht eine Jahr für Jahr mechanisch vorgenommene Erhöhung der Fall war, sondern ein Ansteigen jener Wertanteile, die ihnen als bestimmter Prozentsatz im Verhältnis zum Ansteigen des Reineinkommens bestimmt wurden.

Es ist notwendig, kurz das Wesen der Prämienfonds zu klären, an dem die Unternehmen interessiert sein werden. In den Unternehmen *würde* der Lohnfonds geschaffen werden, der sich jedoch aus zwei Teilen zusammensetzen *würde*: dem grundlegenden Tariflohnfonds und dem Prämienfonds. Beide *wären* den Selbstkosten des Betriebes einverleibt. Während jedoch der Grundlohnfonds nach der notwendigen Zahl der Arbeitskräfte und nach den bestehenden Lohnvorschriften geplant *wäre*, *würde* der Prämienfonds in Zusammenhang mit dem Ansteigen des Reineinkommens und in einem bestimmten Verhältnis zu ihm bestimmt werden. Je höher das geplante Ansteigen der Arbeitsproduktivität und deshalb auch das Ansteigen des Reineinkommens, um so verhältnismäßig höher *würde* auch der geplante Prämienfonds sein.

Innerhalb des Unternehmens *würden* Prämien aus dem Prämienfonds nur jenen Werktätigen ausgezahlt, die sich tatsächlich mehr um das Ansteigen der Arbeitsproduktivität nach innerbetrieblichen Kennziffern der wirtschaftlichen Rechnungsführung verdient gemacht haben. Außerdem würden außerordentliche Belohnungen hervorragenden Einzelpersonen (Erfindern, Neuerern u.a.) ausgezahlt.

Dabei soll es sich aber wirklich um Prämien handeln und nicht

um Zulagen, die jeder Werktätige unterschiedslos erhält. Daran wird sowohl die Leitung als auch die gesamte Belegschaft Interesse haben. Nur ein wirkliches Ansteigen der Arbeitsproduktivität würde die Möglichkeit bieten, den Prämienfonds zu beanspruchen. Es gilt daher, die wirksame Interessiertheit der Werktätigen an einer solchen Steigerung der Arbeitsproduktivität zu schaffen.« (S. 1642f.; Hervorhebung – AH.)

Möglicherweise handelt es sich hier um den Teil des Beitrages, der nicht bereits parteioffizielle Linie war, sondern allein Vorstellungen von Šik behandelt. So neu die eine oder andere seiner Ideen 1957 auch erscheinen mochte, das Problem selbst, wie unter staatssozialistischen Verhältnissen wirtschaftliche Dynamik erreicht und gesichert werden kann, war bereits seit den dreißiger Jahren unter dem Schlagwort »Wirtschaftsrechnungsdebatte« Gegenstand scharfer theoretischer Kontroversen.

### *Sozialistische Theorie und Praxis – ein Circulus vitiosus*

Wenn Šik konstatiert, daß die »verschiedenen Mängel in der Planung«, vor allem aber die »übermäßige Zentralisierung« zu wachsender Unselbständigkeit der Betriebe bei gleichzeitig zunehmender »Unverantwortlichkeit« der Entscheidungsträger gegenüber der Produktion geführt hätten, und insgesamt eine Konstellation entstanden war, in der die »Interessen der Betriebskollektive« mit den »Interessen der gesamten Volkswirtschaft in Widerspruch gerieten« (S. 1633), dann ist er einem fundamentalen Problem sozialistischer Wirtschaftsentwicklung auf der Spur, das nie zufriedenstellend gelöst werden konnte. Bereits Anfang der dreißiger Jahre wurden von den beiden aus Österreich stammenden Ökonomen *Mises* und *Hayek* die grundlegenden Argumente zur Begründung einer »logischen und praktischen Undurchführbarkeit des Sozialismus« (*Mises*) in die wissenschaftliche Debatte eingeführt. Während *Mises* insbesondere die Unverzichtbarkeit des Privateigentums für eine rationale Kostenkalkulation unter Knappheitsverhältnissen hervorhob, rückte *Hayek* vor allem das Informationsproblem zentralstaatlicher Planung in den Mittelpunkt seiner Sozialismuskritik. *Hayek* sah es als unmöglich an, daß einer zentralen Wirtschaftsbehörde all die Informationen ständig verfügbar gemacht werden könnten, die diese für wirtschaftlich rationale Entscheidungen tatsächlich benötigen würde. Dies ist nach *Hayek* bereits durch die Eigeninteressen der Betriebe an »versteckten Reserven« bedingt. Aber selbst, wenn sämtliche Informationen tatsächlich zur Verfügung ständen, wäre die Planungsbehörde nicht in der Lage, diese Datenflut in angemessenen Reaktionszeiten zu sinnvollen Planungsvorgaben zu verarbeiten. Gegen diese grundlegende Kritik hat der polnische Ökonom *Lange* schließlich ins Feld geführt, daß das Rationalitätsprinzip des individuellen Kapitals – als historische Errungenschaft (!!!) – unter sozialistischen Bedingungen im Sinne Hegels »aufgehoben« (auf einer höheren gesellschaftlichen Stufenleiter reproduziert) werden könne. Mathematik, Ökonometrie und Kybernetik betrachtete *Lange* als Instrumente zur Durchsetzung gesamtgesellschaftlicher Rationalität. Die »Mises/Hayek/Lange-Kontroverse« wurde wissenschaftlich nie entschieden. Die offen-

Zur Mises/Hayek/Lange-Kontroverse um die mangelnde Funktionsfähigkeit zentral geplanter Wirtschaftssysteme vgl. u.a.: David Lavoie: *Rivalry and Central Planning – The Socialist Calculation Debate*, Cambridge 1985; Włodzimierz Brus und Kazimierz Laski: *From Marx to the Market. Socialism in Search of an Economic System*, New York 1991.

Ludwig von Mises – 29.9.1881 (Lemberg) - 10.10.1973 (New York); amerikanischer »altliberaler« oder »orthodoxer« Ökonom und Soziologe österreichischer Herkunft; gilt als entschiedener Gegner aller prosozialistischen Bewegungen und hat sich Zeit seines Lebens um den Nachweis der »logischen und praktischen Undurchführbarkeit des Sozialismus« bemüht; versammelte nach 1920 eine Gruppe junger Wissenschaftler in einem »Privatseminar« um sich, zu der auch F.A. von Hayek gehörte; im Zusammenhang mit der Kontroverse um ökonomische Rationalität und Planbarkeit wirtschaftlicher Ent-

sichtlichen Fortschritte in der Sowjetunion – und vor allem ihre entscheidende Rolle für den Ausgang des Zweiten Weltkriegs – ließen die formalen Argumente gegen die wirtschaftliche Effizienz sozialistischer Systeme zweitrangig erscheinen. Die kritische Auseinandersetzung mit den zweifellos problematischen »Konstruktionsprinzipien« staatssozialistischer Wirtschaftssysteme wurden auch im bürgerlichen Lager mehr und mehr an den Rand wissenschaftlicher Debatten gedrängt.

Daß ökonomisch-theoretische Überlegungen allerdings allein durch außergewöhnliche Ereignisse des historischen Prozesses (wie Weltkriege sie darstellen) nicht gegenstandslos werden, zeigt mit die von Ota Šik konstatierte Lage in der Tschechoslowakei Mitte der fünfziger Jahre:

»Wir hatten jedoch nicht nur die Zentralisierung übertrieben und die selbständige Entscheidungsgewalt der Betriebsorgane beschränkt, sondern auch durch unrichtige Kriterien des erfolgreichen Wirtschaftens der Betriebe, an die zugleich bestimmte Prämien für die Betriebe gebunden waren, Interessen der Betriebskollektive erweckt, die mit den Interessen des gesamten Volkes in Widerspruch gerieten. Ein solches grundlegendes Kriterium war z.B. »die Überschreitung der geplanten Bruttoproduktion«, für welche die Betriebe nicht nur Lob ernteten, sondern auch Prämien erhielten.

Was mußte die unausbleibliche Folge einer solchen Einstellung sein? Erstens, daß die Unternehmen bemüht waren, einen möglichst niedrigen Plan vorgeschrieben zu bekommen, um diesen so leicht wie möglich zu überschreiten. Deshalb verheimlichten sie ihre Reserven, verschwiegen ihre tatsächlichen Produktionsmöglichkeiten und kämpften für minimale Pläne. Zweitens – und dies war noch viel ärger – waren sie bestrebt, ihre Produktion um solche Produkte zu erweitern, die soviel Rohstoffe wie möglich enthielten, die das Ergebnis von ausgedehnter und auch überflüssiger Kooperation waren, die die günstigsten Preise hatten u. dgl. Zugleich suchten sie auch einen möglichst großen Stand von begonnenen, aber noch nicht vollendeten Produkten zu erzielen, auch auf Kosten und durch Störung der Organisation und Technologie der Produktion; denn eine solche eingeleitete, aber nicht vollendete Produktion wurde in die Planerfüllung eingerechnet. Kurz, die Unternehmen waren daran interessiert, den Plan der Bruttoproduktion auch um den Preis der Senkung der Wirtschaftlichkeit und des tatsächlichen Effekts für die Gesellschaft zu überschreiten.

Um eine solche unrichtige Wirtschaftstätigkeit zu verhüten, die immer mehr in Widerspruch zu den Interessen der gesamten Gesellschaft geriet, stellten wir immer weitere Gesichtspunkte für die Wertung der Unternehmen und die Sonderentlohnung der Mitarbeiter auf, wobei jedoch zugleich entgegengesetzte Tendenzen auftraten, die Wirksamkeit der einen Prämie durch eine andere Prämienkennziffer negiert wurde u.ä. Hierbei wurde die Wertung des Wirtschaftens des Unternehmens immer schwieriger, und die übergeordneten Organe erweiterten ihre Kontroll- und Inspektionsbefugnisse. Sie waren aber zumeist nicht imstande, die tatsächlich verborgenen Möglichkeiten und Reserven der Unternehmen aufzudecken, sondern prüften lediglich oberflächlich die Erfüllung

wicklung besonders wichtig: »Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus« (1932/1981).

Friedrich August von Hayek – 8.5.1899 (Wien) - 23.3.1992 (New York); Ökonom und Nobelpreisträger 1974, gilt als bedeutender Vertreter des orthodoxen Liberalismus und der Theorie des »freien Unternehmertums«, in seiner Sozialismuskritik bezog er sich vor allem auf die von Mises ausgelöste »Wirtschaftsrechnungsdebatte« und rückte insbesondere das Informationsproblem in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen zu den inhärenten Defekten von Planwirtschaften; wichtige Veröffentlichungen: »Der Weg zur Knechtschaft« (dt. 1945), »Die Verfassung der Freiheit« (1991).

Oskar Lange – 27. 7.1904 (Tomaszów Mazowiecki) - 2.10.1965 (London); polnischer Ökonom und Statistiker; trat 1938 mit der Schrift »On the economic theory of socialism« (zusammen mit F.M. Taylor) in die Debatte um die Möglichkeiten und Grenzen einer geplanten sozialistischen Wirtschaft ein, begründete die Überlegenheit des sozialistischen Systems aus den Möglichkeiten der Erreichung maximalen Wohlstands für die Gesellschaftsmitglieder und der vollständigen Berücksichtigung aller Aufwandspositionen, einschließlich der gesellschaftlichen Kosten, in einem sozialistischen Preissystem, versuchte durch die Anwendung mathematischer und kybernetischer Methoden das Planungs- und Leitungssystem sozialistischer Volkswirtschaften zu verbessern; weitere wichtige Publikation: »Politische Ökonomie« (2 Bde./dt. 1969).

Wenn es heute in linken Debatten ›Mode‹ ist, über eine Symbiose von Plan und Markt nachzudenken, dann muß jedes sozialistische Modell mit einigem Realitätsanspruch sich der Lösung eines Fundamentalproblems stellen: Es gilt den Egoismus individueller Interessen, der durch die auf Konkurrenz fußende Funktionsweise von Märkten bedingt ist, zurückzubinden in eine ›Fähigkeit zur Selbstbegrenzung‹ (Kallscheuer), um mit ›weniger Konsum besser leben und arbeiten zu können‹ (Gorz).

der vorgeschriebenen Direktiven und Kennziffern.« (S. 1633f.)

»Die *grundlegenden* Interessen aller Werktätigen im Sozialismus sind zwar als Ausdruck des Bestehens des sozialistischen Eigentums einheitlich. Diese grundlegenden Interessen treten jedoch in mannigfachen und verschiedenen konkreten Formen bei der Masse von Individuen auf, die viel mannigfaltiger sind als ihre gemeinsamen grundlegenden Interessen. Die einzelnen Seiten dieser individuellen Interessen geraten dann unter den Bedingungen des Anwachsens bestimmter Widersprüche in der Ökonomik, insbesondere des Anwachsens von Widersprüchen in der Verteilung, auch in wachsenden Widerspruch zum sozialistischen Wesen dieser Interessen. Dies ruft vorübergehend und bei manchen Leuten eine Handlungsweise hervor, die nicht den Interessen der Gesellschaft entspricht und somit rückwirkend die Widersprüche in der Ökonomik verschärft.« (S. 1639f.)

Sik sieht zwar dieselben Probleme, die nicht nur von Mises und Hayek vorausgeahnt wurden – die vorgängige wissenschaftliche Debatte dazu reflektiert er jedoch nicht. Die von ihm präsentierten Lösungen, die fast durchgängig im Stile unabänderlicher Weisheiten abgefaßt sind, kranken daher nicht nur an einer verengten, ›unterentwickelten‹ (mit Bezug auf den Stand der wissenschaftlichen Debatte ›rückständigen‹) Problemsicht. Die unkritische und unbedingte Übernahme von unumstößlichen Dogmen verhindert schließlich sogar eine konsistente Argumentation innerhalb seines eigenen theoretischen Bezugssystems.

»Wir gehen vor allem von der Erkenntnis aus, daß sich die sozialistische Wirtschaft planmäßig entwickeln muß und daß gerade die bewußte, planmäßige Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus eine weitaus schnellere Entfaltung der Produktivkräfte gewährleistet als irgendwelche elementar wirkenden ökonomischen Beziehungen zwischen den Menschen. Deshalb lehnen wir entschieden alle Tendenzen ab, die auf eine Schwächung der sozialistischen Planmäßigkeit hinzielen. Wir erstreben im Gegenteil eine Vertiefung und Vervollkommnung der planmäßigen Entwicklung unserer Wirtschaft.« (S. 1635)

»Gleichzeitig könnte er, wie bereits gesagt, einen bestimmten Prozentsatz vom Reineinkommen erhalten, den er auch für die Erweiterung und Vervollkommnung seines Prämienfonds verwenden könnte. Das Unternehmen hätte also die Möglichkeit, durch seine Initiative und durch eine besonders effektive Erneuerung und Erweiterung seiner Produktionsfonds, durch die Verbesserung seiner Technik und Produktionstechnologie, durch die bessere Arbeitsorganisation u.ä. Voraussetzungen für ein noch schnelleres Wachstum der Arbeitsproduktivität zu schaffen, als gegebenenfalls das Zentralorgan im Perspektivplan vorausgesetzt hat, im Zusammenhang damit die Möglichkeit, ein noch schnelleres Ansteigen der Löhne, des Prämienfonds und der für Produktionszwecke bestimmten Beträge zu erreichen.« (S. 1644)

Wenn nämlich konsequent und vor allem ›richtig‹ geplant wird, und wenn es über die Einführung eines stimulierenden Prämienfonds tatsächlich gelänge, jeden Betrieb daran zu interessieren, »seine Reserven und Möglichkeiten bereits bei der Planaufstellung

zu enthüllen« (S. 1643), wird das reale materielle Endergebnis der Produktion sehr nahe am geplanten (und verplanten!) Ergebnis liegen. Es wäre unter diesen Bedingungen völlig unnützlich, den überdurchschnittlich produktiven Betrieben »einen bestimmten Prozentsatz des Reineinkommens (?? - AH.)« zu überlassen, um eine (ungeplante!) zusätzliche »Erweiterung und Vervollkommnung seines Produktionsfonds« vornehmen zu wollen. Denn, wo realitätsnah geplant wurde – d. h. (fast) alle erzeugten Produkte gebrauchswertmäßig als Produktions- oder Konsumgut bereits Nutzern/Verbrauchern zugeordnet sind –, kann niemand, auch nicht die produktivsten Unternehmen, zusätzliche Produktionsmittel für ›Einkommen‹ (also für Geld!!) kaufen. Eine außerordentliche Ausdehnung der Produktion kann dann nur durch die Eigenerzeugung der dafür benötigten Arbeitsmittel und -gegenstände erfolgen – eine Situation, die aus dem eigenbetrieblichen ›Rationalisierungsmittelbau‹ in der DDR gut bekannt ist.

Ähnlich logisch inkonsistent sind auch die Ideen, die Šik zum Problem der Bildung geplanter Preise entwickelt: »je richtiger die Preise geplant sein werden, um so weniger Gegensätze wird es in den Unternehmen geben« (S. 1647). Was in bezug auf Preise ›richtig‹ ist und was ›falsch‹, ist durchaus keine Frage des ›richtigen theoretischen und methodischen Herantretens an die Dinge‹ (S. 1646), sondern in allen Gesellschaften eine zentrale Frage der Politik. Das wird nicht zuletzt durch einen Blick in den schier undurchdringlichen Dschungel aus direkten und indirekten Steuern und ihrer Kehrseite – den Subventionen – in der heutigen BRD einsichtig.

Aus der Warte späterer Versuche zur »Vervollkommnung des sozialistischen Systems der Planung und Leitung« sind jedoch weniger die Fragen, an denen Šik (und nicht nur er) gescheitert ist, von Interesse, als vielmehr die von ihm vorgeschlagenen Instrumente. Sowohl die Gründung »sozialistischer Kombinate« (S. 1636) als auch die Konzentration auf wenige Kennziffern – von denen die wichtigste bei Šik »reales Produktionsergebnis« (S. 1637) und unter Mittag in der DDR zwanzig Jahre später »verteilbares Endprodukt« hieß – werden als Reformelemente bereits 1957 von Šik benannt. Genau genommen ist die gesamte staatssozialistische Reformprogrammatische bis zum Kollaps des Systems also faktisch nie über Ideen hinausgekommen, die bereits zu einem vergleichsweise frühen Zeitpunkt vorlagen.

Wenn die Grundlagen eines sozialistischen Gesellschaftsprojekts heute neu gedacht und schließlich mit politisch-praktischen Implikationen neu bestimmt werden sollen, kommt es daher vor allem darauf an, den bereits seit langem eingetretenen theoretischen Stillstand zu überwinden und die bereits vorhandenen Einsichten und Erkenntnisse ›alter‹ Kontroversen und ›historischer Lehren‹ dabei im Hegelschen Sinne ›aufzuheben‹ (und mitzunehmen).

JÖRG ROESLER

## Ulbricht contra Dubček? Einverständnis und Mißverständnis zwischen zwei Reformern

Zu den landläufigen Erkenntnissen der offiziellen »nachwendischen« Geschichtsschreibung über die DDR gehört die Meinung, daß Walter Ulbricht »von Anfang an« zu den erbittertsten Gegnern des tschechoslowakischen Reformprozesses gezählt habe<sup>1</sup>. Bereits die Entscheidung des Januarplenums des KPC, in der Tschechoslowakei das höchste Partei- und Staatsamt zu trennen, Dubček zum Ersten Sekretär der Partei zu ernennen und den bisherigen KPC-Chef Novotny auf das Präsidentenamts zu beschränken, hätte Ulbrichts »politischen Unmut« erregt.<sup>2</sup>

Auffassungen wie diese stimmen auffallend mit der Charakteristik der Haltung Ulbrichts durch Alexander Dubček selbst in seinen 1993 posthum erschienenen Memoiren überein. Er schrieb – ich zitiere aus der deutschen Übersetzung des amerikanischen Originals: »In Ostberlin reagierten Walter Ulbricht und sein Politbüro auf unsere Reformen bereits im Januar mit Nervosität.....«<sup>3</sup>

Der zitierten Einschätzung der zeitgeistkonformen Geschichtsschreibung über die DDR – aber auch den Erinnerungen Dubčeks – steht ein Dokument gegenüber, das erstmals im Februar 1989 eine streng ausgewählte Leserschaft – es handelte sich um die Mitglieder des Politbüros – einsehen durfte und das heutzutage der historischen Forschung allgemein zugänglich ist. Es handelt sich um eine mit der Überschrift »Zur Korrektur der Wirtschaftspolitik Walter Ulbrichts auf der 14. Tagung des ZK der SED 1970« versehene Sammlung von Anschuldigungen gegen den Ersten Sekretär des ZK der SED, die vermutlich von Honecker zusammengestellt wurde. Bezüglich des Verhältnisses Ulbrichts zur Reform in der CSSR im allgemeinen und zu Dubček im besonderen heißt es in dem Papier: »Nach seiner Rückkehr im Februar 1968 aus Prag äußerte er seine tiefe Befriedigung darüber, daß mit dem Einsatz A. Dubčeks als Erster Sekretär des ZK der KPC die Beseitigung der Dogmatiker in der Führung der KPC eingeleitet worden wäre. Er selbst habe Dubček, so sagte Ulbricht, den Vorschlag gemacht, weitere 5 Dogmatiker aus dem Präsidium des ZK der KPC zu entfernen und durch junge Kräfte aus der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zu ersetzen.«<sup>4</sup>

Die offensichtliche Unverträglichkeit der zuerst zitierten Einschätzungen mit dieser war für mich der Anlaß, nachzuforschen, wie die Beziehungen zwischen Ulbricht und Dubček im Jahre 1968 tatsächlich aussahen. Ich habe sie als Beziehungen zwischen zwei Reformern bezeichnet, denn es waren die unter ihrer Parteiführerschaft in der DDR und der CSSR durchgeführten Reformen, die das

Jörg Roesler – Jg. 1940,  
Prof. Dr., Berlin.  
Studium der Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin;  
Forschungen zur  
Wirtschaftsgeschichte der  
DDR und der osteuropäischen Länder.

Vom späten Walter Ulbricht bin ich beeindruckt. Er versuchte nach dem Mauerbau eine neue Politik, mit Wissenschaftlern, mit Pragmatikern, so etwas wie eine Wirtschaftsreform. Carola Stern, erste Ulbricht-Biographin im ND-Interview v. 19.- 20.9. 1998.

Verhältnis zwischen beiden Persönlichkeiten im Jahre 1968 bestimmen sollten. Daß das – zumindest in den ersten Monaten der Führung der KPC durch Dubček – grundlegende Einverständnis der Parteiführer der DDR und der CSSR von vornherein auch durch Mißverständnisse geprägt war, erklärt den Titel, den ich für meinen Beitrag gewählt habe, dann auch zur Gänze.

*Ulbricht im Einverständnis mit Dubček: Januar und Februar 1968*

Ulbricht und Dubček dürften sich persönlich erstmals Ende Februar 1968 gesehen haben, als die SED-Führung anlässlich des 20. Jahrestages der »Februarereignisse« in Prag 1948<sup>5</sup> mit der neu-gewählten KPC-Spitze zusammentraf. Ulbricht hatte damals – nach Aussagen seines Wirtschaftsberaters und engen Vertrauten Berger – gegenüber Dubček keinerlei Vorbehalte. Es kamen auch während der in Prag geführten Gespräche bei Ulbricht keine Dissonanzen auf.<sup>6</sup>

Das war eigentlich auch nicht zu erwarten gewesen, denn Ulbricht war gegenüber Dubček sozusagen positiv voreingenommen. Das resultierte aus der Rolle Dubčeks als Widersacher, Herausforderer, schließlich als Sieger über Novotny<sup>7</sup>, den bis dahin mächtigsten Mann im Lande. Gegen Novotny hegte Ulbricht eine tiefe Antipathie. Diese rührte nicht aus einer charakterlichen Unverträglichkeit beider Persönlichkeiten oder daraus, daß der tschechoslowakische und der DDR-Parteiführer etwa einem unterschiedlichen Milieu entstammten oder eine unterschiedliche Karriere gemacht hatten – im Gegenteil. Beide gehörten einer Generation an, hatten schon in den fünfziger Jahren die Geschehnisse ihres Landes bestimmt, beide fühlten sich mit »den Arbeitern« eng verbunden. Was Ulbricht und Novotny trennte, waren ihre unterschiedlichen Auffassungen über die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik unter den veränderten Bedingungen der sechziger Jahre. »Ulbricht hat schon 1963 Novotny und andre Dogmatiker in der Parteiführung der CSSR heftig kritisiert,« erinnerte sich Anfang der neunziger Jahre Berger.<sup>8</sup> Über den Inhalt seiner kritischen Haltung zur langjährigen Führung der KPC zwischen 1963 und 1967 hat sich Ulbricht wiederholt geäußert. So schrieb er in Vorbereitung auf den 1970 abzuhaltenden SED-Parteitag: »Die frühere Führung der KPC trägt die Verantwortung dafür, daß die objektiv herangereiften Fragen auf dem Gebiet des Kampfes um den wissenschaftlich-technischen Höchststand..., die Durchführung der Wirtschaftsreform, die Bildungsreform usw. nicht rechtzeitig aufgegriffen wurden, daß große Zeitverluste entstanden und daß statt der wissenschaftlichen schöpferischen Auseinandersetzung mit den echten neuen Problemen das starre Festhalten an überholten Erfahrungen dominierte.«<sup>9</sup>

Ulbrichts – teilweise überzogene<sup>10</sup> – Kritik an Novotny entsprach in vieler Hinsicht dem, was auch Dubček über Novotnys Herrschaftsmethoden dachte.<sup>11</sup> Die Übereinstimmung beider betraf auch des KPC-Führers Mißachtung der Rechte der Slowaken<sup>12</sup>, auf die Dubček als slowakischer Parteivorsitzender der KPC besonders empfindlich reagierte.<sup>13</sup> Von den Novotny-Leuten sagte Ulbricht: »Sie glaubten, sie könnten auch in der nationalen Frage, in der Behandlung der Slowaken, einen solchen Sprung machen, daß sie

Sie haben 1960 den Sieg des Sozialismus und den Beginn des Übergangs zum Kommunismus verkündet. Die Folge davon war, daß die Partei den ideologischen Kampf und die ideologische Erziehung breiter Massen vernachlässigte und auch die Probleme der Geschichte der Tschechoslowakei, der Abrechnung mit dem kleinbürgerlichen Benes-Sozialismus vernachlässigt hat.

Ulbrichts interne Abrechnung mit Novotny und seiner Mannschaft auf der 5. Tagung des ZK der SED vom 21. März 1968, SAPMO-BArch, ZPA IV 2/1/212.

Wir müssen feststellen, daß die Taktik oppositioneller und feindlicher Kräfte weiter anhält und fortgesetzt wird, über eine ständige Fehlerdiskussion und die fortschreitende Ablösung führender Funktionäre Zug um Zug zu einer Änderung der Linie der Partei zu gelangen.

Hermann Axen in einem Diskussionsbeitrag auf der 5. Tagung des ZK der SED vom 21. März 1968, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/1/212.

die nationalen Rechte der Slowaken einschränkten, indem sie praktisch von Prag aus die staatlichen Organe in der Slowakei administrativ leiteten. In Bratislava saß eine Regierung; die hatte bloß nicht viel zu sagen.«<sup>14</sup>

Angesichts der Ungereimtheiten der Politik Novotnys war Ulbricht besorgt. Als Peter Florin 1967 zum Botschafter der DDR in Prag ernannt wurde, informierte man ihn in Berlin über die Situation beim südlichen Nachbarn. »Die vielen ungelösten Probleme, wie z.B. die Jugendpolitik und vor allem das schlechte Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken, werden zu politischen Widersprüchen führen, die ausmünden werden in Veränderungen der Führung. Das war die Annahme in Berlin, wobei Ulbricht die Meinung vertrat, je schneller desto besser.« Ulbricht war davon überzeugt, Novotny sei »nicht zu Veränderungen fähig«, von »ihm wären keine wirklichen Reformen zu erwarten.«<sup>15</sup>

Es war daher nicht verwunderlich, daß Ulbricht für Dubček, dem es gelungen war, Novotny von den Hebeln der Macht zu verdrängen und der von einer konsequenten Fortführung der zuvor in Angriff genommenen, noch unzulänglichen Reformen sprach, Sympathien hegte. Die Prager Botschaft sollte sich auf Ulbrichts Anweisung um ein »möglichst vernünftiges politisches Verhältnis« zu Dubček und seiner Mannschaft bemühen, denn »nunmehr könnte sich in der Tschechoslowakei eine Entwicklung breitmachen, die positiv für die CSSR sein wird.«<sup>16</sup>

Dubček selbst mögen die wohlwollend väterlichen Ratschläge des 28 Jahre älteren Ulbricht, mit denen dieser, wie es seine Art war, bereits bei seiner ersten Begegnung mit dem KPC-Führer Ende Februar 1968 herausplatzt, auf die Nerven gegangen sein. Vier Jahre zuvor hatte sich Ulbricht mit dem aufdringlichen Vortragen seiner »Wir wissen schon, wo es lang geht«-Weisheiten bei Brežnev alle persönlichen Sympathien verschert – wie wir heute wissen.<sup>17</sup> »Es gibt bei Ihnen eine gewisse Überheblichkeit gegenüber anderen sozialistischen Ländern, ihren Erfahrungen, Methoden der Leitung usw.«, warf Brežnev in einem Gespräch mit Honecker im Juli 1970 Ulbricht und seiner Mannschaft vor.<sup>18</sup> Dubček schreibt in seinen Memoiren ähnlich über den Ersten Sekretär des ZK der SED, spricht von Ulbrichts Arroganz.<sup>19</sup>

#### *Das Ende der uneingeschränkten Zustimmung: März 1968*

Die Bemerkung über Ulbrichts Arroganz befindet sich in dem Teil von Dubčeks Memoiren, in dem er auf das Treffen der sogenannten »Fünf« – Sowjetunion, DDR, Polen, Ungarn und Bulgarien – mit der Spitze der KPC-Führung in Dresden am 23. März 1968 eingeht. Dubček, der beim Besuch der Parteichefs der osteuropäischen Staaten in Prag anlässlich des 50. Jahrestages der tschechoslowakischen »Februarereignisse« von Gomułka einen weit besseren Eindruck gewonnen hatte als von Ulbricht, vermerkt in seinen Memoiren »mit Bedauern«, »daß Gomułka mich am schärfsten kritisierte.« Dubček fügte, diesem Satz, seine Meinung von Ulbricht auch in Dresden bestätigt sehend, hinzu: »Ulbricht stand (Gomułka) freilich an Arroganz kaum nach.«<sup>20</sup>

Entgegen dem ausdrücklichen Wunsche von Brežnev wurde von



der Dresdener Tagung ein Tonbandprotokoll aufgenommen und davon eine 271-seitige stenographische Niederschrift angefertigt.<sup>21</sup> Diese bestätigt Dubčeks Darstellung von der harten Kritik Gomułkas an der Situation in der Tschechoslowakei. Der erste Sekretär der PVAP warf der KPC-Führung »entfesselten Nationalismus« vor und warnte vor dem Bestreben, »die ganze bürgerliche Demokratie übernehmen« zu wollen.<sup>22</sup> Während Gomułka bereits von einer marschierenden Konterrevolution in der CSSR sprach, meinte Kadar, für die ungarische KP sprechend, die Entwicklung in der Tschechoslowakei sei »äußerst ähnlich dem Prolog der ungarischen Konterrevolution zu der Zeit, als die noch keine Konterrevolution war«.<sup>23</sup>

Verglichen mit Gomułka, aber selbst mit Kadar war Ulbrichts Urteil über die tschechoslowakische Entwicklung auf der Konferenz in Dresden gemäßigt. »Die Umwandlung« – ein im damaligen Sprachgebrauch häufig als Synonym für Reform benutztes Wort – »bei euch, auch die kadermäßigen Veränderungen, waren meiner Meinung nach unvermeidlich«. Allerdings fügte Ulbricht hinzu: »Aber nicht in dieser Weise, wie das jetzt geschehen ist.«<sup>24</sup>

Im Vergleich zur väterlich-wohlwollenden Haltung, die Ulbricht Ende Februar gegenüber Dubček gezeigt hatte, zeugten seine Worte einen Monat später bereits von einer gewissen Distanzierung, bei allem Verständnis dafür, daß in der Führung und Politik der KPC wesentliche Veränderungen vorgenommen werden mußten.

Typisch für Ulbrichts nunmehr vorsichtig distanzierte Haltung war, wie der Erste Sekretär der SED Ende März 1968 die Diskussionen um das Aktionsprogramm der KPC bewertete. »Die führenden Genossen mit dem Genossen Dubček an der Spitze versuchen jetzt, unter der Losung ›sozialistische Demokratie‹ vorwärts zu kommen und ein Aktionsprogramm auszuarbeiten, um den Weg für die Lösung der Aufgaben zu weisen.«<sup>25</sup>

Nachvollziehbar wird der Wandel bei Ulbricht nur, wenn wir die Entwicklung der Wirtschaftsreformkonzeption in der CSSR verfolgen und mit der Entwicklung des NÖS bzw. ÖSS in der DDR vergleichen. Denn nirgendwo fühlte sich Ulbricht kompetenter als auf diesem Gebiet.<sup>26</sup>

Die an der Tschechischen Akademie der Wissenschaften unter Leitung von Ota Sik zum Herbst 1964 ausgearbeitete Reformtrug von der Art und Weise ihrer Ingangsetzung her deutlich technokratische Züge<sup>27</sup>. Inhaltlich hat sie der Nestor der tschechischen Wirtschaftsgechichtsschreibung, Vaclav Prucha, als »Symbiose von Plan und Markt« gekennzeichnet<sup>28</sup>; eine Charakteristik, die sicher auch auf das NÖS zutrif.<sup>29</sup> Die dem NÖS-Konzept eigene Mischung von staatlicher Lenkung über den Plan und Selbstregulierung der Betriebe über den Markt hatte Ulbricht noch einmal auf dem VII. Parteitag der SED im April 1967 unterstrichen, als er erklärte: »Die gesellschaftlichen Erfordernisse sind (zwar) grundlegender und umfassender als die Markterfordernisse. Aber wer den Markterfordernissen nicht genügt, kann auch den gesellschaftlichen Erfordernissen nicht entsprechen.«<sup>30</sup>

Ein Teil der Absetzungen hängt damit zusammen, daß einige von denen, die eingesperrt waren und jetzt frei sind, die anderen absetzen. Man kann nicht immer sagen, wie die Entwicklung in der Praxis geht. Deswegen mischen wir uns auch nicht ein.

Ulbricht zur Verteidigung seiner gemäßigten Politik gegenüber den mit den Reformbemühungen der KPC-Führung verbundenen Kaderveränderungen in Prag auf der 5. Tagung, ebenda.

Wir brauchen kein neues Modell; bei uns läuft die Sache ganz gut. Ulbricht zu Dubčeks Vorstellungen der Verbindung von wirtschaftlicher und politischer Reform auf der 7. Tagung des ZK der SED am 7. August 1968. SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/1/217.

*Gegen politische Reformen: April - Juli 1968*

Šik und andere tschechoslowakische Wirtschaftsreformer analysierten jedoch im Unterschied zu den DDR-Reformern genauer, warum die 1966 und 1967 eingeführten Maßnahmen in der Wirtschaft nicht das bewirkten, was das Reformkonzept eigentlich bezweckte. Sie sprachen offen Probleme an, was Ulbricht und die Reformen in der DDR seinerzeit verdrängten und kamen zu Einschätzungen und Schlußfolgerungen, die auch Dubček teilte. In Dubčeks Memoiren heißt es über die tschechoslowakische Wirtschaftsreform: »Die Durchsetzung dieser Reformprogramms war ein mühsamer Kampf. Änderungen der wirtschaftlichen Führungsmethoden bedrohten die Macht des Parteiapparates und der Ministerialbürokratie. Diese festgefahrenen und widerstrebenden Kräfte zögerten die Wirtschaftsreform mit allen möglichen Mitteln hinaus, und schließlich gelang es ihnen, den Umfang des »Neuen Ökonomischen Modells« auf eine unscheinbare kleine »experimentelle« Variante zu reduzieren, die dann im Januar 1967 gestartet wurde. Dieser Versuch wurde das »vollkommene Wirtschaftssystem« genannt, aber schon bald zeichnete sich ab, daß es in seiner amputierten Form keinerlei Erfolgsaussichten hatte.« »Damals«, schreibt Dubček weiter, »wurde mir immer klarer, daß wir zuerst Reformen auf politischem Gebiet durchführen mußten, bevor wir die Wirtschaft reformieren konnten. Ich war überzeugt davon, daß die ständige Einmischung des zentralen Parteiapparates in die Leitung der Wirtschaft aufhören und daß es eine strikte Trennung der Funktionen von Partei- und Staatsorganen geben müsse.«<sup>31</sup>

Ähnlich wie Dubček plädierten Šik und viele ursprünglich »Nur-Wirtschaftsreformer« 1968 dafür, »die Gesellschaftsordnung zu einer echten Demokratie... zu machen und den freien Ideenkampf wieder walten zu lassen.«<sup>32</sup> Der Wirtschaftsreformer Šik war damit zum Verbündeten der politischen Reformen innerhalb der KPC-Führung um Dubček geworden. Kein Wunder also, wenn Ota Šik das Aktionsprogramm der KPC vom April 1968 bereits in Staats- und Parteifunktionen mittrug. Im Aktionsprogramm war formuliert worden: »Die unterschiedlichen Interessen sozialer Gruppen und einzelner sowie ihre Vereinigung zur Geltung zu bringen erfordert, ein neues politisches System unseres Lebens, ein neues Modell der sozialistischen Demokratie auszuarbeiten und anzuwenden. Die Partei wird sich um eine solche Entwicklung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bemühen, wie sie den tatsächlichen Interessen der einzelnen Gruppen und Schichten unserer Gesellschaft entspricht und wie sie es ermöglichen würde, ihre Interessen von ihren Organisationen auszudrücken und so ihre Stimme im öffentlichen Leben geltend zu machen.«<sup>33</sup>

Die Schlußfolgerung Dubčeks und der tschechoslowakischen Wirtschaftsreformer aus der unzureichenden Verwirklichung des ursprünglichen Wirtschaftsreformkonzepts, daß in der Gesellschaft Demokratie und damit ideologische Freizügigkeit und Offenheit gebraucht wurde, wenn ökonomische Hebel und Markt greifen sollten, haben Ulbricht und die um ihn versammelten DDR-Reformer nie mitgetragen.

Ulbrichts bei aller weiterhin geltenden Großzügigkeit hinsichtlich der in der CSSR diskutierten wirtschaftlichen Reformmaßnahmen eindeutige Mißbilligung des Verlassens des technokratischen Weges der Wirtschaftsreform, der auf der »kollektiven Weisheit« und Definitionsmacht einer von Wissenschaftlern und Technikern beratenen Parteiführung beruhte, und seine Ersetzung durch eine demokratische und pluralistische Bestimmung des weiteren Reformpfades, formulierte Ulbricht auf dem 7. Plenum des ZK der SED Anfang August 1968: »Da die Entwicklungsbedingungen in jedem Land anders sind, gibt es kein einheitliches Modell, sondern es gibt Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus, die in den einzelnen Ländern schöpferisch angewandt werden müssen. Das ökonomische System des Sozialismus sieht in der DDR anders aus als in Ungarn, Polen oder Bulgarien und wird sich anders entwickeln. Aber die marxistisch-leninistischen Grundprinzipien gelten für alle...«.<sup>34</sup>

#### *Der Bruch: August 1968*

Anders als die sich immer deutlicher um Honecker scharenden Konservativen im ZK der SED war Ulbricht noch im April, Mai, Juni und Juli 1968 der Meinung, daß man Dubček davon überzeugen könnte, das – in Ulbrichts Augen – Positive zu tun, d.h. die Wirtschaft zu reformieren und das Negative zu lassen – d.h. auf politische Reformen zu verzichten.<sup>35</sup> Ende Juli glaubte er sogar, daß es ihm und den übrigen Vertretern der »Fünf« gelungen sei, Dubček auf den »richtigen« Reformweg zurückzubringen. Nach dem Treffen der »Fünf« in Bratislava vom 2. bis 3. August, dem sowjetischen-tschechoslowakische Verhandlungen in Čierna nad Tisou vom 29. Juli bis 1. August vorangegangen waren, berichtete Ulbricht dem ZK der SED erleichtert über das verabredete Konsenspapier »Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder«, als »dem ersten marxistisch-leninistischen Dokument« seit langem, dem die KPC-Führung zugestimmt habe.

Seine eigenen Gefühle für die der gesamten SED-Delegation haltend, äußerte Ulbricht über das Treffen: »Wir waren sehr zufrieden,... Wir waren die fröhlichste Delegation in Bratislava.«<sup>36</sup> Ulbrichts Erleichterung, daß Dubček und die anderen »Genossen der KPC-Führung« den Weg zu einer marxistisch-leninistischen Beurteilung der Lage zurückgefunden und sich bereit erklärt hatten, eine Reihe von »Konterrevolutionären« in der eigenen Führung abzusetzen, läßt sich im Protokoll des 7. Plenums eindeutig feststellen. Der Leiter der tschechoslowakischen Regierungskommission zur Analyse der Jahre 1967 bis 1970, Vojtech Mencl, hat 1992 eingeschätzt, daß die Treffen in Čierna und Bratislava nur ein Ablenkungsmanöver der sowjetischen Seite waren.<sup>37</sup> Wenn das so war, dann war Ulbricht offensichtlich von Brežnev nicht informiert worden. Lutz Priß und Manfred Wilke kamen bei ihrer Analyse der Treffen von Čierna und in der Hauptstadt der Slowakei in ihren Analysen zu der Auffassung, die Erklärung von Bratislava »täuschte wahrscheinlich beide am Konflikt beteiligten Seiten.«<sup>38</sup>

Dubček, sich in seinen Memoiren des jenem Treffen bald

Jüngere und kompetente Bürokraten waren im Grund genommen Technokraten. Sie haben die dringende Nötigkeit einer Wendung begriffen. So wollten das politische und wirtschaftliche System rationalisieren, ohne es zu demokratisieren. In dem Maße, in welchem die Forderung nach der Demokratie und nach der Souveränität (der Tschechoslowakei gegenüber der Sowjetunion) stärker wurde, haben einzelne Schichten der Technokraten die Reformbewegung verlassen.

Der Prager Historiker Barta über die tschechoslowakischen Wirtschaftsreformer, die Ulbrichts Bild entsprachen.

Milos Barta: Der Prager Frühling und die gesellschaftlichen Kräfte im Hintergrund. Abstrakt eines Referates auf der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz 1998, S. 3.

Die Reformdemokraten verlangten die Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, einschließlich der Demokratisierung der Macht. Sie verlangten die Verbindung des Sozialismus mit der Demokratie, oder wie man es damals als ihre Hauptlösung ausdrückte, einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Ebenda.

folgenden Einmarsches der Warschauer Pakttruppen erinnernd, schreibt: »Ich war einfach nicht auf die Falschheit gefaßt, die sie bald an den Tag legen sollten.«<sup>39</sup>

Ulbricht sah sich im Laufe des Augusts in seinen Erwartungen an Dubček völlig getäuscht. »Der Weg zur politischen Lösung,« erklärte er am 23. August den versammelten Mitgliedern des ZK der SED, die die Militäraktion im Nachhinein zu billigen hatten, »hat zu keinem Ergebnis geführt, da die rechten Kräfte im Präsidium der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei es abgelehnt haben, die in Čierna na Tisou getroffenen Vereinbarungen durchzuführen.«<sup>40</sup>

Für den Ersten Sekretär des ZK der SED bedeutete Dubčeks, nach Ulbrichts Meinung nicht gehaltenes Versprechen, dessen endgültige Distanzierung von dem acht Monate zuvor fast mit Überschwang begrüßten neuen KPC-Chef. Nicht mehr vom »Genossen Dubček und seiner Mannschaft« war in Ulbrichts Ausführung auf der 8. Tagung des ZK der SED die Rede, sondern von der konterrevolutionären »Gruppe Dubček.«<sup>41</sup>

Ulbricht und Dubček waren jeweils Protagonisten von unterschiedlich konzeptionierten Reformbestrebungen in den sozialistischen Ländern. Nach der ersten Konzeption sollte die Effizienzsteigerung des Systems auf die Wirtschaft beschränkt bleiben, auf politischem Gebiet sollte zumindest die Herrschaft der Partei nicht angetastet werden. Nach der zweiten Konzeption bildete die Beseitigung der traditionellen politischen Strukturen die unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaftsreform.<sup>42</sup> Was sich 1968 zwischen Ulbricht und Dubček an Einverständnis, Mißverständnis, an Distanz bis Gegnerschaft beobachten ließ, traf auch für das Verhältnis von Kadar und Dubček zu, aber auch auf das Verhältnis von Gorbatschow und Deng. Die Frage, warum »technokratische« und »demokratische« Reformen anscheinend generell miteinander »nicht konnten«, aber auch die weitergehende Frage, warum die »technokratischen« Reformen die gesellschaftliche Realität länger vertrugen (und teilweise noch vertragen), als die »demokratischen«, bleibt noch zu beantworten. Für eine erste Sicht in diese Richtung mag diese kleine Studie über die Beziehungen zwischen Ulbricht und Dubček nicht ohne Bedeutung sein.

Ein selbständiger Bestandteil der Reformbewegung war eine zahlenmäßig schwache und politisch nur wenig bedeutende Gruppierung. Diese Gruppierung, in der Vaclav Havel eine bedeutende Rolle spielte, hat nicht Demokratisierung, sondern Demokratie verlangt, d. h. eine pluralistische Demokratie mit Wettbewerb der Parteien. Ebenda.

1 Rüdiger Wenzke: Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung., Berlin 1995, S. 69.

2 Lutz Prieß/Vaclav Kural/Manfred Wilke: Die SED und der »Prager Frühling«. Politik gegen einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«, Berlin 1996, S. 45.

3 Alexander Dubček. Leben für die Freiheit (Übertragung aus dem Amerikanischen), München 19093, S. 208.

4 Zur Korrektur der Wirtschaftspolitik Walter Ulbrichts auf der 14. Tagung des ZK der SED 1970, in: SAPMO-BArch, ZPA, DY 30 J NL 2/32.

5 Zur offiziellen Darstellung dieser Ereignisse während der fünfziger Jahre und bis 1968 vgl. Jindrich Vesely, Prag -Februar 1948, Berlin 1959.

6 Interview des Autors und Jochen Cerny's mit Wolfgang Berger vom 31.1.1991.

7 Zu den Auseinandersetzungen zwischen Dubček und Novotny während der sechziger Jahre vgl. Alexander Dubček: Leben für die Freiheit (Übertragung aus dem Amerikanischen), München 1993, S.138-145;171-192.

8 Berger: Zu den Hauptursachen des Untergangs der DDR, in: Weißenseer Blätter 4/1992, S. 32, 34.

9 SAPMO- BArch , ZPA, DY30/J NL 182/866.

10 Der Historiker Barta von der Masarykova Denicka Akademie Prag hat kürzlich festgestellt, daß Novotny keinesfalls ein »kommunistischer Fundamentalist« war. Die tschechoslowaki-

- schen Fundamentalisten »fühlten sich von dem Regime Novotnys , der zögernd und folgewidrig die stalinistische Praxis verließ, zurückgesetzt. Sie brandmarkten Novotny als einen Liberalen ...« (Milos Barta: Der Prager Frühling und die gesellschaftlichen Kräfte in seinem Hintergrund, Abstract des Referates, Prag 1998, S. 2).
- 11 Vgl. Dubček: *Leben für die Freiheit*, S. 147 -168
- 12 Vgl. Alice Teichova: *The Czechoslovak Economy 1918-1980*, London/New York 1988, S. 156.
- 13 Vgl. Dubček: *Leben für die Freiheit*, S. 138-139.
- 14 SAPMO-BArch, ZPA, DY30/JIV 2/1/212.
- 15 Zitiert in: Monika Kaiser: *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997, S. 288.
- 16 Ebenda.
- 17 Vgl. Protokoll einer Unterredung zwischen L. I. Breznev und Erich Honecker am 28. Juli 1970, in: Peter Przybyski: *Tatort Politbüro. Die Akte Honecker*, Berlin 1991, S. 285.
- 18 Ebenda, S. 284.
- 19 Dubček: *Leben für die Freiheit*, S. 210-211.
- 20 Ebenda.
- 21 Vgl. Kaiser, *Machtwechsel*, S. 245.
- 22 SAPMO-BArch ZPA , DY 30, J IV 2/201/ 777.
- 23 Ebenda.
- 24 Ebenda..
- 25 SAPMO-BArch, ZPA, DY30/J IV 2/1/212.
- 26 Die bedeutende Rolle Ulbrichts beim Zustandekommen der Wirtschaftsreform in der DDR wurde nach der Wende von Reformern in ihren Erinnerungen wiederholt hervorgehoben. (Vgl. Herbert Wolf: *Hatte die DDR je eine Chance?*, Hamburg 1991, S. 29-30; Claus Krömke: *das »Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft«* und die Wandlungen des Günter Mittag (hefte zur ddr-geschichte 37, Berlin 1996, S. 12-13).
- 27 Von einer Wirtschaftsreform »technokratischen Zuschnitts« spricht einer der profundesten Kenner des Prager Frühlings in Deutschland, Bollinger. (Stefan Bollinger: *Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling* (hefte zur ddr- Geschichte 5), Berlin 1993, S. 25.
- 28 Prucha: *Continuity and Discontinuity in the Economic Development of Czechoslovakia, 1918-1991*, in: Alice Teichova (Hrsg.): *Central Europe in the Twentieth Century. An Economic History Perspective*, Aldershot/Brookfield/Singapore/Sydney 1997, S. 31.
- 29 Vgl. Jörg Roesler: *Das Neue Ökonomische System - Dekorations- oder Paradigmawechsel?* (hefte zur ddr-Geschichte 3, Berlin 1993, S. 9-18).
- 30 Walter Ulbricht: *Zum ökonomischen System des Sozialismus*, Bd. 2, Berlin 1969, S. 263.
- 31 Dubček, *Leben für die Freiheit*, S. 158.
- 32 Ota Sik: *Wirtschaftsmodell des demokratischen Sozialismus*, in: Udo Bernbach/Franz Nuscheler (Hrsg.), *Sozialistischer Pluralismus. Texte der Theorie und Praxis sozialistischer Gesellschaften*, Hamburg 1973, S. 309.
- 33 Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, in: *Prag 1968 – Dokumente*, Berlin 1968, S. 59.
- 34 SAPMO-BArch , ZPA, DY30/J IV 2/1/217.
- 35 Vgl. dazu: Stefan Bollinger: *Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance*, Berlin 1995.
- 36 Stenografische Niederschrift der 7. Tagung des ZK der SED. Schlußwort von Walter Ulbricht, in: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/1/217.
- 37 Vojtech Mencl: *Die Unterdrückung des Prager Frühlings*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 36/1992, S. 8.
- 38 Lutz Prieß/ Manfred Wilke: *Die DDR und die Besetzung der Tschechoslowakei am 21. August 1968*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36/1992, S. 26-34. S. 32.
- 39 Dubček: *Leben für die Freiheit*, S. 242-243.
- 40 Stenografische Niederschrift der 8. Tagung des ZK der SED. Bericht des Politbüros: *Berichterstatter: Walter Ulbricht*, in: SAPMO- BArch CY 30/JU IV 2/219.
- 41 Ebenda.
- 42 Vgl. dazu jüngst: Stefan Bollinger: *Jahr der vertanen Chancen*, in: *UTOPIE kreativ* 94/1998, S. 40-44.

Die Tatsache, daß Moskau die Reformbewegung und den Widerstand der ganzen Gesellschaft gegen die fremde Okkupation auch mit den Händen der reformkommunistischen Technokraten und reformkommunistischen slowakischen Nationalisten zerbrochen hat, beendete die Rolle der Reformkommunisten in der tschechischen und slowakischen Gesellschaft.  
Ebenda, S. 4.

## WOLFRAM ADOLPHI

# Klammheimliches Verwachsen. Gedanken beim Lesen (m)eines deutsch-deutschen Geschichtsbuches

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Diplom-Staatswissenschaftler, Dr. sc. phil. mit Arbeiten zur Außenpolitik der VR China und zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen; freiberuflich tätiger Journalist, Mitglied der Redaktion »UTOPIE kreativ«.

Die Formen des Verschwindens von DDR-Gesellschaftswissenschaft sind vielfältig. Ich weiß nicht, ob es bereits Untersuchungen oder aussagefähige Statistiken gibt, die zeitlich über das – freilich entscheidende – Ereignis der stattgehabten gründlichen Abwicklung der nach Tausenden zählenden Arbeitsplätze in Forschung und Lehre und das Verschwinden von Verlagen, Buchreihen und Zeitschriften hinausgehen. Mir scheint aber, daß es lohnend ist, so etwas in Angriff zu nehmen. Wie gründlich war der Abwicklungsschnitt qualitativ? Was ist danach passiert – mit den Menschen, die sich hinter den abgewickelten Stellen verbergen, mit ihrer Denkkultur, ihrer Problemsicht, ihrer Methode und Erfahrung?

Relativ leicht fiel solche Untersuchung, nähme sie sich Inseln der Publikationslandschaft zum Gegenstand, von denen eine zum Beispiel »UTOPIE kreativ« ist. »UTOPIE kreativ« gibt eindeutig und ausdrücklich Zeugnis vom Weiterdenken und Weiterschreiben von DDR-Autorinnen und -Autoren. Nicht, weil sie sich etwa auf den Abdruck von Beiträgen aus dem Osten beschränkte – das tut sie nicht, und das ist nie ihr Ziel gewesen. Wohl aber, weil sie – von Leuten aus der Linken des Ostens gemacht – ihren Autorinnen und Autoren keine Anpassung an den so übermächtig westlich geprägten »Zeitgeist« und die ihm gemäße Sprache abverlangt und außerdem etwas tut, was ich mir für Publikationen heute in Deutschland generell wünschte: Sie informiert in Kürze über das Woher und das heutige Dasein derer, die da schreiben.

Aber wo das nicht so klar ausgewiesen ist? Da wird es für den nicht langjährig Eingeweihten schwierig, überhaupt darauf zu kommen, daß und wie es sich um ein Fortleben von DDR-Wissenschaft handeln könnte. Ich will ein Beispiel dafür schildern – ein Beispiel, dessen Besonderheit darin besteht, daß es eigentlich ein außerordentlich positives ist, denn es entstammt nicht der sonst so überwiegenden Konfrontation und Ausgrenzung, sondern wohlwollender Zusammenarbeit. Es geht um ein deutsch-deutsches Geschichtsbuch, das auch meinen Namen trägt.

»Deutschland und China 1937-1949. Politik – Militär – Wirtschaft – Kultur. Eine Quellensammlung« ist sein ausführlicher Titel. »Herausgegeben von Mechthild Leutner, bearbeitet von Wolfram Adolphi und Peter Merker« steht in der Unterzeile. Mehr ist über die Herausgeberin und die Autoren nicht zu erfahren. Nichts über ihr Woher, nichts über ihr Wohin. Es ist ein ganz normales deutsches Buch, erschienen im Akademie Verlag GmbH Berlin 1998, 543 Seiten stark.

Deutschland und China  
1937-1949. Politik – Militär –  
Wirtschaft – Kultur. Eine  
Quellensammlung. Heraus-  
gegeben von Mechthild  
Leutner, bearbeitet von  
Wolfram Adolphi und Peter  
Merker, Akademie Verlag  
GmbH Berlin 1998, 543 S.

Ein ganz normales deutsches Buch? Ich nehme Gelegenheit, mehr dazu zu Protokoll zu geben. Weil auch in der Einleitung des Buches nichts darauf hinweist, daß dieses Buch ein deutsch-deutsches ist, und daher Rezensentinnen und Rezensenten wie auch mit oben angeregter Untersuchung Befasste kaum auf die Idee kommen können, entsprechende Nachfragen zu stellen.

### *Glücksfall Zusammenarbeit*

Die Idee zur achtbändigen Edition »Quellen zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen 1897-1995«, zu der das hier in Rede stehende Buch für die Jahre 1937-1949 als Band 4 gehört, entstand in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Chinawissenschaftler und Historiker aus der DDR und der BRD wie auch Deutschlandspezialisten und Historiker aus der VR China hatten ungefähr gleichzeitig erkannt, daß die Bedingungen für eine gründliche kooperative Erforschung der Beziehungsgeschichte herangereift waren, und da die Protagonisten von entsprechenden DDR- wie auch BRD-Forschungsprojekten in China auf die gleichen Partner stießen, war es wohl unvermeidlich, daß man bald an die Frage stieß, ob denn diese Forschungen nicht auch in trilateraler Zusammenarbeit betrieben werden könnten.

Im September 1988 kam es auf der Jahrestagung der EACS, der Europäischen Vereinigung der Chinawissenschaftler, die in jenem Jahr in Weimar (DDR) stattfand, auch zu recht umfangreichen gegenseitigen Informationen der betreffenden BRD- und DDR-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler über ihre Arbeitsergebnisse. Und schon wenige Tage nach dem Fall der Mauer saßen im November 1989 Professorin Mechthild Leutner (Freie Universität Berlin [West]) und die Professoren Kuo Heng-yü (ebenfalls Freie Universität) und Roland Felber (Humboldt-Universität Berlin [Ost]) zusammen, um über eine gemeinsame Fortführung der Forschungen zu beraten.

Die Projektentwicklung Quellenedition gelang dann rasch. Und verdient mehr als eine nur beiläufige Kenntnisnahme, denn – ich zitiere aus dem Vorwort von Herausgeberin Mechthild Leutner, die nicht nur für den Band 1937-1949, sondern auch für die Quellensammlung insgesamt verantwortlich zeichnet –: »Vergleichbares liegt weder für das Verhältnis Deutschlands zu anderen Ländern noch für Chinas Kontakte zu anderen westlichen Ländern vor«.<sup>1</sup>

Und Unvergleichbares leisteten Mechthild Leutner und Kuo Heng-yü auch, weil sie – gegen den Strom der zeitgeiststimmigen Totalabwicklung schwimmend – die Träger der einschlägigen DDR-Forschung nicht abstiegen, sondern einbezogen. So gelangte auch ich ins Projekt, und ich will mich in der Folge auf meine persönlichen Erfahrungen beschränken, weil mir Einblick in die Arbeitsweise und Zusammenarbeitsbedingungen der anderen eingebundenen DDR-Wissenschaftler – so auch meines Lehrers Roland Felber, der als Herausgeber die Verantwortung für zwei andere Bände der Edition trägt, und meines Ko-Bearbeiters –, des zur Generation meiner Studenten gehörenden Sinologen und Wirtschaftshistorikers Peter Merker<sup>2</sup> – nicht gegeben ist.

Grundlage des Angebotes der Projektentwickler an mich zur Mitarbeit auf Werkvertragsbasis – ich bin seit Entlassung aus der

1 Deutschland und China 1937-1949. Politik – Militär – Wirtschaft – Kultur. Eine Quellensammlung, hrsgg. von Mechthild Leutner, bearbeitet von Wolfram Adolphi und Peter Merker, Berlin 1998, S. 10

2 Peter Merkers Mitarbeit gründet sich auf seine bemerkenswerte Dissertation „Deutsch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen und Großunternehmen 1933-1939. Im Blickpunkt: Die Eisengroßhandlung Otto Wolff und die I.G. Farbenindustrie AG“, Humboldt-Universität zu Berlin 1996 (unveröffentlicht). Siehe auch: Merker, Peter: Die Absatzorganisation der deutschen Wirtschaft in China an der Wende von den 20er zu den 30er Jahren, in: Leutner, Mechthild (Hrsg.): Politik, Wirtschaft, Kultur: Studien zu den deutsch-chinesischen Beziehungen, Münster 1996, S. 271-296.

3 Adolphi, Wolfram: Die Chinapolitik des faschistischen Deutschland 1937-1945, Dissertation B, Humboldt-Universität zu Berlin (DDR) 1989 (unveröffentlicht).

4 Diese Aufsätze sind in der Literaturliste von »Deutschland und China 1937-1949« aufgeführt. Nennen will ich an dieser Stelle nur die Arbeit »Das faschistische Deutschland als ‚Freund‘. Archivalien in der VR China zu den Erfahrungen der Guomindangregierung 1935-1941«, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin (DDR), Nr. 3/1989, S. 211-227, die 1989 auch in chinesischer Übersetzung unter der Überschrift »Faxisi Deguo shi ‚pengyou‘ ma - cun yu Zhonghua Renmin Gongheguo youguan 1935 zhi 1941 nianjian Guomindang zhengfude dang’an« in der in Nanjing erscheinenden Zeitschrift »Minguo Dang’an« (Archivalien aus der Zeit der Republik China), Heft 2/1989, gedruckt worden ist, sowie die Aufsätze »Quellen zur Geschichte Chinas 1937-1945 im Aktenbestand ‚Deutsche Botschaft China‘ des Zentralen Staatsarchivs der DDR in Potsdam. Zu einigen Problemen ihrer Bewertung und Einordnung« und »Diplomatenberichte aus Nanjing, Beijing und anderen ‚Dienststellen der Deutschen Botschaft China‘ aus den Jahren 1937-1945 als Quellen zur Geschichte Chinas. Eine Auswahl«, beide in: Zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen (1900-1949), Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin (DDR), Reihe Gesellschaftswissenschaften, 2/1988, S. 173-182 u. 183-193.

Humboldt-Universität Berlin (Ost), in der ich bis Februar 1990 an der Sektion Asienwissenschaften tätig war und bis Sommer 1991 als seinerzeitiger Landesvorsitzender der PDS ein ruhendes Arbeitsverhältnis hatte, freiberuflich tätig – waren meine Dissertation B »Die Chinapolitik des faschistischen Deutschland 1937-1945«, die ich im Juni 1989 an der Humboldt-Universität Berlin (Ost) verteidigt hatte,<sup>3</sup> und einige zum Thema dieser Dissertation in der DDR und der VR China gedruckte Aufsätze.<sup>4</sup> Im Sommer 1994 konnte ich auf einer deutsch-chinesischen Tagung zur Geschichte der bilateralen Beziehungen an der Freien Universität über einen ausgewählten Aspekt dieser Politik referieren,<sup>5</sup> und im Herbst des gleichen Jahres begann die zielgerichtete Zusammenarbeit.

Es gibt aus meiner Sicht eine Fülle von Resultaten, die es gestatten, vom in dieser Zusammenarbeit entstandenen Buch als einem ausgesprochenen Glücksfall zu sprechen. Denn das unterschiedliche Herkommen von Herausgeberin und Bearbeitern war nicht nur ein gesellschaftliches, sondern auch ein wissenschaftliches, und aus dem Bestreben, das unterschiedliche gesellschaftliche Herkommen produktiv zu nutzen, ergab sich eine verstärkt interessierte und tolerante Aufmerksamkeit für die unterschiedlichen wissenschaftlichen Ansätze.

So gelang vor allem zweierlei:

*Erstens* ein so bis dahin weder in der DDR noch in der alten BRD entwickelter Blick auf beide Seiten – Deutschland und China – als auch in dieser Weltkriegszeit jeweils eigenständige Akteure der Beziehungen. Die Gründe dafür, daß dieser Blick neu zu gewinnen war, sind in der – im übrigen ohnehin nur wenige Titel umfassenden – einschlägigen Monographienliteratur der DDR und der alten BRD jeweils unterschiedliche: Hatten westdeutsche Autoren wie Fritz van Briessen, Uwe G. Fabritzek und Bernd Ruland in ihren oft eher holzschnittartigen Übersichten<sup>6</sup> China in traditionell westeuropäischer Sicht noch kaum als gleichberechtigt handelndes Völkerrechtssubjekt wahrgenommen und Deutschland als zwar handelnd, keineswegs aber etwa als schuldig betrachtet, und tiefer lodende westdeutsche Wissenschaftler wie Bernd Martin und Udo Ratenhof<sup>7</sup> die chinesische Seite zwar aktiver ins Spiel gebracht, an der aus meiner Sicht zu vorsichtiger Beurteilung der deutschen Schuld und Mitverantwortung aber zu wenig geändert, so waren die Arbeiten von Joachim Peck und Karl Drechsler in der DDR<sup>8</sup> vor allem von der Herausarbeitung eben dieser deutschen Mitschuld an der japanischen Aggression gegen China geprägt und hatten daher China nur als leidend, duldend oder in auf andere Weise holzschnittartiger Polemik gegen Chiang Kaishek im Blick. In Fortführung solcher Sichtweise und in Auseinandersetzung mit den genannten westdeutschen Arbeiten hatte auch ich in meiner Dissertation »Die Chinapolitik des faschistischen Deutschland« ganz dominant Deutschland als handelnd, China als erdulnd beschrieben. Und so richtig das im Hinblick auf die Rolle Deutschlands im Zweiten Weltkrieg im allgemeinen und als Verbündeter des Aggressors Japan und damit als antichinesische Achsenmacht im besonderen ist – es versperrt, wie uns im Laufe der Arbeit immer klarer wurde, den Blick dafür, wie sowohl die chinesische Nationalregierung unter Chiang Kaishek als auch die von der KP Chinas geführten politischen Kräfte



in diesem Krieg allmählich in eine am Ende sogar weltpolitisch bedeutsame Offensive gelangen konnten.

Und *zweitens* gelang eine wesentliche Erweiterung des Begriffes »Quelle«: Nicht nur diplomatische und wirtschafts- oder handelspolitische Dokumente aus Deutschland und China sind im Band vereinigt, sondern auch Berichte aus dem wissenschafts- und kulturpolitischen Bereich, ferner zeitgenössische Zeitungs- und Zeitschriftenartikel und schließlich auch Auszüge aus Erinnerungen von Akteurinnen und Akteuren der Beziehungen – und zwar auch solchen, die fern außerhalb dessen standen, was gemeinhin in der Beziehungsgeschichte Berücksichtigung findet. So finden sich unter den 155 im Band versammelten Dokumenten zum Beispiel auch Auszüge aus Erinnerungen der chinesischen Deutschland-Studenten Ji Xianlin (Dok. 114) und Liu Shengya (Dok. 115), der seinerzeit in China lebenden deutschen Antifaschistin Anna Wang (Dok. 129) sowie der deutsch-jüdischen Shanghai-Emigranten Hans Heinz Hinzemann (Dok. 123), Genia und Günter Nobel (Dok. 124) und Alfred Dreifuß (Dok. 134).

Mit dieser Methode der Ausweitung des Quellenbegriffs – entschieden vorangetrieben von Mechthild Leutner, die nicht von der Diplomatie- oder Wirtschaftsgeschichte herkommt, sondern sich zuvor mit Arbeiten zur chinesischen Alltagskultur, zu chinesischen Lebensbildern, zur Geschichte der deutsch-chinesischen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen und zur Problematik der deutschen China- und der chinesischen Deutschlandsicht einen Namen gemacht hatte<sup>9</sup> – wurde es möglich, drei bisher entweder nur sporadisch oder selektiv betrachtete, in ihrem Wesen ganz und gar unterschiedliche Kapitel der deutsch-chinesischen Beziehungen integrativ und ihrem Gewicht entsprechend in die Gesamtbetrachtung einzubeziehen: zum einen das Schicksal der seinerzeit in Deutschland lebenden chinesischen Studenten (ihre Zahl betrug 1941 bis 1945 knapp Hundert) und kleinen Händler (deren Zahl auf einige Hundert geschätzt wird); dann das der nahezu 20.000 jüdischen Deutschen, denen es zwischen 1938 und 1940 gelang, der in Deutschland drohenden Vernichtung durch Flucht nach China zu entkommen; schließlich das Wirken der NSDAP in der 4.000 Menschen umfassenden Gruppe der »Chinadeutschen« – der zum Teil schon seit Jahrzehnten in China lebenden deutschen Kaufleute, Diplomaten, Journalisten, Wissenschaftler, Techniker, Gewerbetreibenden und Lehrer – und in der Einflußnahme auf chinesische und japanische Politik. Aber auch »reguläre« Beziehungsfelder wie die Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturbeziehungen werden im Buch durch Auszüge aus Erinnerungen und Aufzeichnungen reichhaltiger als üblich dargestellt.

Die Gliederung des Buches macht deutlich, daß dies alles nicht unter Weglassung oder Geringschätzung jener Politik- und Beziehungsfelder stattfindet, die traditionell als Säulen eines bilateralen Verhältnisses beschrieben werden, sondern daß im Gegenteil auch bei deren Behandlung etliches Neuland beschritten wurde\*.

### *Problemfall Integration*

Alles in allem also ist wirklich Neues entstanden in dieser deutsch-

5 Adolphi, Wolfram: China-pläne der deutschen Wirtschaft 1941-1943: Träume oder Kalkül?, in: Leutner, Mechthild (Hrsg.): Politik, Wirtschaft, Kultur: Studien zu den deutsch-chinesischen Beziehungen, Münster 1996 (Berliner China-Studien; 31), S. 349-354.

6 van Briessen, Fritz: Grundzüge der deutsch-chinesischen Beziehungen, Darmstadt (BRD) 1977, 206 S.; Fabritzek, Uwe G.: Gelber Drache – Schwarzer Adler. Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen, München-Gütersloh (BRD)-Wien 1973, 320 S.; Ruland, Bernd: Deutsche Botschaft Peking. Das Jahrhundert deutsch-chinesischen Schicksals, Bayreuth (BRD) 1973, 398 S.

7 Martin, Bernd (Hrsg.): Die deutsche Beraterschaft in China 1927-1938. Militär-Wirtschaft-Außenpolitik, Düsseldorf (BRD) 1981, 504 S.; ders.: Das Deutsche Reich und Guomindang-China, 1927-1941, in: Kuo Heng-yü (Hrsg.): Von der Kolonialpolitik zur Kooperation. Studien zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen, München (BRD) 1986, S. 325-276; Rattenhof, Udo: Die Chinapolitik des Deutschen Reiches 1871-1945. Wirtschaft-Rüstung-Militär, Boppard am Rhein (BRD) 1987, 630 S.

\* Kapitel 1 beschäftigt sich mit »Deutschland und China 1937/1938« (u.a. mit – ich zitiere aus der kurzen Kapitelbeschreibung im Inhaltsverzeichnis – den Problemkreisen »Kriegsbeginn und deutsche »Neutralität«, »Die »Briefträgerrolle« und ihr Scheitern«, »Die Anerkennung Manzhouguos« und »Abzug der Berater«);

Kapitel 2 mit den »politischen Beziehungen zwischen Deutschland und China 1938-1941« (darunter mit einem »Friedensvorschlag aus deutschen Oppositionskreisen« [von Adam von Trott zu Solz], mit »außenpolitischen Richtungskämpfen und prodeutschen Positionen in Chongqing 1938/39«, mit dem »deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag als Ausgangspunkt neuer chinesischer Hoffnungen 1939/40« und der »Belebung der Beziehungen im Frühjahr/Sommer 1940«); Kapitel 3 hat »Deutschlands Bindung an das japanisch besetzte China 1938-1941« zum Gegenstand (und dabei auch »Japanische Kriegsverbrechen von 1937/38: Das »Nanjing-Massaker« und der mutige Einsatz von John Rabe«); Kapitel 4 beschäftigt sich mit »Deutschland im Bündnis mit der Marionettenregierung in Nanjing 1941-1945« (darunter mit dem »Kriegszustand mit China«); in Kapitel 5 geht es um »Die deutsche Wirtschaft und China 1937-1945«; in Kapitel 6 um »Kultur und Propaganda« (dabei u.a. um »Träger chinabezogener Kulturpolitik«, »Deutsche und chinesische Propaganda« und »Deutsche Missionsarbeit in China«). Kapitel 7 widmet sich dann ganz ausführlich dem Thema »Deutsche in China – Chinesen in Deutschland« (siehe oben), und Kapitel 8 behandelt bisher in der Forschung weitgehend unbeachtet gebliebene Jahre: »Deutschland und China nach Kriegsende« mit den Schwerpunkten »Die Deutschen in China vom 8. Mai bis zum 2. September 1945«, »Repatriierung und Abwanderung der Emigranten aus Shanghai«, »Repatriierung der Chinadeutschen«,

deutschen Zusammenarbeit, und die schwierigen Debatten und komplizierten Auseinandersetzungen haben sich mehr als gelohnt.

Dennoch bleibt mir erhebliches Unbehagen. Jede Zusammenarbeit verschiedener Menschen braucht den Kompromiß, hier aber sind – was nicht zuletzt der eindeutigen Hierarchie: westdeutsche verbeamtete Professorin als Herausgeberin hie und ostdeutsche Honorar- bzw. projektbefristete Bearbeiter da geschuldet ist – dessen Wurzeln und Ausgangspunkte weitgehend unkenntlich geworden.

Wobei das gar nicht immer bewußt herbeigeführt wurde. So ist eben in der Literaturliste des Buches, in der unter den insgesamt rund 600 Titeln auch nahezu alles Einschlägige aus der DDR genannt ist, ganz einfach dem Üblichen gefolgt worden, dem Erscheinungsort von Büchern und Artikeln keinen Vermerk zu BRD oder DDR beizugeben. So wird dem Leser – wenn er denn überhaupt auf die Idee des genaueren Nachfragens kommen sollte – genaue Kenntnis der geographischen Verhältnisse abverlangt. Solche Kenntnis führt bei Leipzig und Frankfurt/M. noch zum Erfolg – wenn gleichzeitig immer gegenwärtig ist, daß diese Städte von 1949 bis 1990 in unterschiedlichen Staaten lagen, 1948 aber nicht –, aber bei der einfachen Ortsangabe »Berlin« wird es problematisch. »Werner, Ruth: Sonjas Rapport, Berlin 1977«; »Stoeker, Helmuth (Hrsg.): Handbuch der Verträge 1871-1964, Berlin 1968«; »Meyer, Hektor: Die Entwicklung der kommunistischen Streitkräfte in China von 1927-1949. Dokumente und Kommentar, Berlin 1982«: Nur der Eingeweihte weiß noch, daß die ersten beiden Bücher aus der DDR stammen, das dritte aber in Berlin (West) entstand. Bei Zeitschriften fehlt der Erscheinungsort ganz. So sind »Nobel, Günther und Genia: Als politische Emigranten in Shanghai, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 6, 1979, S. 882-894« und »Menzel, Johanna: Der geheime deutsch-japanische Notenaustausch zum Dreimächtepakt, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2, 1957, S. 182-193« nicht mehr als zur DDR oder zur BRD gehörig identifizierbar.

Auf diese Weise passiert etwas ganz Merkwürdiges: Einerseits findet Zusammenführung von West- und Ostgeschichtswissenschaft und deren Dokumentation in bibliographischen Zusammenstellungen in den allermeisten Fällen heutiger Publizistik überhaupt nicht statt – »begründet« mit dem Verdikt, »echte« Geschichts- oder andere Gesellschaftswissenschaft habe es in der DDR gar nicht gegeben. Wo solche Zusammenführung aber in einem Falle wie dem hier besprochenen dann doch stattfindet, verwächst DDR-Wissenschaft – oder in diesem Falle auch DDR-Erinnerungsliteratur – klammheimlich mit der westdeutschen. Ausgerechnet da, wo sie in einem deutsch-deutschen Autorengremium tatsächlich ernst genommen wurde! Nein, wird man dem jüngeren oder weniger eingeweihten Leser also erläutern müssen, die – übrigens von ostdeutschen Wissenschaftlern bis heute fortgeführte – Zeitschrift »Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung« mit – unter anderem – ihrer ausdrücklichen Würdigung der Lebenswege und Lebensleistungen von Kommunistinnen und Kommunisten gehörte keineswegs in den Kulturkreis der alten BRD, und Helmuth Stöckers Dokumentenedition verfolgte einen

anderen Anspruch als gleichzeitig publizierte westdeutsche Arbeiten.

Noch schwieriger wird die Sache freilich im Inhalt eines solchen gemeinsamen Buches. Gewiß: Direkte Textübernahmen aus meiner »Chinapolitik des faschistischen Deutschland 1937-1945« waren für eine gemeinsame Arbeit nicht denkbar. Zu sehr – das mußte ich im Laufe der Arbeit immer klarer erkennen – war mein damaliges Schreiben geprägt von in »Kampfbegriffen« geronnenen Gewißheiten. Zudem war meine Dissertation eine ausführliche Abhandlung mit genügend Raum für Erörterung und Polemik, hier, bei »Deutschland und China 1937-1949«, mußte sich das Erörtern auf jeweils 8 bis 10 Druckseiten Einleitung je Kapitel beschränken. Also war völlig zu Recht größte Nüchternheit in der Wortwahl angemahnt. Und dennoch befriedigt es mich nicht, daß zum Beispiel der Begriff »faschistisches Deutschland« in größeren Runden, an denen auch die (überwiegend westdeutschen) Autorinnen und Autoren anderer Bände der Quellensammlung teilnahmen, mit dem Verweis darauf abgelehnt wurde, es sei »doch nun ein für allemal geklärt, daß der Begriff »Faschismus« für das Dritte Reich nicht zutrefte«, und im übrigen verkleinere dieser Begriff auch das tatsächliche Ausmaß dieser deutschen Diktatur, die darum eben treffender als »nationalsozialistische Diktatur« oder »NS-Regime« zu bezeichnen sei. Zu kurz war die Zeit, ausführlich zu diskutieren, daß in anderen Ohren vielleicht »NS-Regime« verkleinernd klingen könne – und daß »endgültige« Begriffsfestlegungen wohl offensichtlich nicht nur in DDR-, sondern auch in BRD-Spielart existieren.

Daß demgegenüber der Begriff des Antifaschismus unbedrängt ins Buch gelangte, zeigt, wie unschlüssig und verworren die – natürlich weit über das vorliegende Buch hinausgehende – Debatte noch und immer wieder ist. (Auf Seite 317 übrigens, in der Einleitung zum Kapitel »Kultur und Propaganda«, ist der Begriff »das faschistische Deutschland« so stehengeblieben. Ein Problem? Natürlich nicht. Im »Spiegel« vom 9. November 1998 schreibt Paul Kennedy in »Supermacht USA« über die Zeit Ende der dreißiger/Anfang der vierziger Jahre: »Und tatsächlich, die Zeit der USA war gekommen. Nur sie hatten die industrielle Kraft, den faschistischen Staaten materiell zu trotzen ...«.<sup>10</sup>) Gäbe es nun Gelegenheit, ein Buch wie das vorliegende nicht als »normales« herauszubringen, sondern als eines, das nicht verbirgt, sondern ausdrücklich erkennen läßt, daß es aus unterschiedlichen Wissenschafts- und Denkkulturen heraus entstanden ist und über unterschiedliche Wurzeln verfügt – wie fruchtbar und anregend könnte das auch für andere Projekte sein!

Denn natürlich stehen hinter der Verwendung der Begriffe »faschistisches Deutschland« oder »NS-Regime« unterschiedliche Vorstellungen und Forschungskonzepte. Für mich zum Beispiel verbindet sich mit »faschistisches Deutschland« eine komplexere Sicht auf das Land insgesamt, als ich sie in einschlägigen westdeutschen Arbeiten vorfinde – und damit verbunden ist eine kritischere Sicht auf den Anteil der Wirtschaft und der Banken an der Entwicklung von Staat und Politik und im hier vorliegenden Falle also auch an der Gestaltung der Beziehungen zu China und Japan. Auf dem Gebiet der Dokumentation dieser Zusammenhänge ist in der DDR Vorbildliches geleistet worden<sup>11</sup> – in »Deutschland und

»Shanghaier US-Militärprozeß gegen das »Büro Ehrhardt« und »Die chinesische Militärmission und die chinesische Gemeinde in Berlin«.

8 Peck, Joachim: Kolonialismus ohne Kolonien. Der deutsche Imperialismus und China 1937, Berlin (DDR) 1961; Drechsler, Karl: Deutschland-China-Japan 1933-1939. Das Dilemma der deutschen Fernostpolitik, Berlin 1964, 180 S.; ders.: Das Bündnis der Rivalen. Der Pakt Berlin-Tokio. Neue Dokumente zur Ost- und Südostasienpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, Berlin (DDR) 1978, 178 S.

9 Auch Mechthild Leutners einschlägige Arbeiten sind ausführlich in der Literaturliste von »Deutschland und China 1937-1949« aufgeführt. Genannt seien hier nur als eine Auswahl: Leutner, Mechthild: Deutsche Vorstellungen über China und die Chinesen und über die Rolle der Deutschen in China, 1890-1945, in: Kuo Heng-yü (Hrsg.): Von der Kolonialpolitik zur Kooperation, München (BRD) 1986, S. 401-442; dies.: Hegemonie und Gleichrangigkeit in Darstellungen zu den deutsch-chinesischen Beziehungen, in: Leutner, Mechthild (Hrsg.): Politik, Wirtschaft, Kultur: Studien zu den deutsch-chinesischen Beziehungen, Münster 1996, S. 447-460.

10 Kennedy, Paul: Supermacht USA, in: Der Spiegel 46/1998 v. 9.11.1998, S. 172.

11 Siehe z.B. Drechsler, Karl (Hrsg.): Das Bündnis der Rivalen. Der Pakt Berlin-Tokio. Neue Dokumente

zur Ost- und Südostasienpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, Berlin (DDR) 1978.

12 Vgl. »Deutschland und China 1937-1949«, S. 123-126 u. S. 106.

13 Adolphi, Wolfram: Mehr über »Asiaticus«, in: Die Weltbühne, Berlin (DDR), Nr. 14/1989, S. 427-429.

»In der Asymmetrie der biographischen Strukturierung von Geschichtserfahrung ist nach 1989 eine Unterschiedlichkeit der Ausprägung von kritischem Geschichtsbewußtsein zu konstatieren, das, wie es scheint, ein Gefälle zwischen Ost und West aufweist. Es wäre an der Zeit, daß sich auch Westler einem Lernprozeß unterziehen. Doch das vielbeschwerene Lernen aus der Geschichte und ein Voneinanderlernen nach der Wende wird wahrscheinlich erst gelingen können, wenn die Zeitgenossen beginnen, sich bedingungslos und kritisch auf ihre disparaten Vergangenheiten als einem wechselseitigen Wirkungsprozeß einzulassen: wenn sie nicht mehr nur übereinander reden, sondern im Dialog versuchen, über unterschiedliche Geschichtserfahrungen und Geschichtsbewertungen miteinander zu sprechen. Das käme einem Lernprozeß gleich, an den wir uns erst noch gewöhnen müßten.«

Lothar Steinbach : DDR-Historie zwischen Wissenschaftlichkeit und Politik. Anmerkungen zu unterschiedlichen Forschungsansätzen und kontroversen Bewertungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament), B 45/98 v. 30. Oktober 1998, S. 44.

China 1937-1949« wird dieser Faden für meine Begriffe zu kraftlos aufgenommen, und der Bezug zu den wissenschaftlichen Vorleistungen bleibt zu schwach und unbestimmt. Das bedeutet unterm Strich: Die Mitschuld Deutschlands an der Aggression Japans gegen China, die Mitschuld damit am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Asien bereits am 7. Juli 1937 – sie wird zu wenig scharf und eindeutig herausgearbeitet.

Auch an anderer Stelle der Zusammenarbeit habe ich erlebt, was ich in der DDR bereits zur Genüge an vorausseilender Selbstzensur kennengelernt habe: die Anpassung an das zu erwartende – wenn gleich gar nicht unbedingt so konkret bestimmbar – Echo der Deutungsmächtigen. Bei Forschungen im britischen Public Record Office fand ich 1995 ein bisher im Original nicht gedrucktes Memorandum »Fernöstliche Möglichkeiten« des später im Kreisauer Kreis aktiven und nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten Hitler-Gegners Adam von Trott zu Solz, geschrieben in Peking im Juni 1938 während eines von der britischen Rhodes-Stiftung bezahlten Studienaufenthaltes. Es ist in meiner Übersetzung aus dem Englischen als Dokument 25 in Auszügen im Buch gedruckt und in der Kapiteleinleitung unter »Friedensvorschlag aus deutschen Oppositionskreisen« ausführlich beschrieben.<sup>12</sup> Ein anderes Dokument des Widerstandes, von mir 1986 im Bestand »Deutsche Botschaft China« des damaligen Zentralen Staatsarchivs der DDR in Potsdam (heute Bestandteil des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde) entdeckt, in der »Weltbühne« 1989 in einigen knappen Zitaten vorgestellt<sup>13</sup> und von mir in Übersetzung aus dem Englischen für »Deutschland und China 1937-1949« vorbereitet, ist dagegen leider aus der Endfassung des Buches wieder verschwunden: Ein Artikel des deutschen Kommunisten Heinz Grzyb, der seit den späten zwanziger Jahren unter dem Namen Xi Bo in China lebte, in der »Weltbühne« unter »Asiaticus« schrieb, sich am antijapanischen Widerstandskrieg beteiligte und dabei 1941 ums Leben kam. Am 10. April 1937 hatte Grzyb unter dem Namen »M. G. Shippe« in der von dem Amerikaner John Powell in Shanghai herausgegebenen Zeitschrift »The China Weekly Review« einen Aufsatz veröffentlicht, den er mit »Die Nazi-Nippon-Allianz ist die gefährlichste Bedrohung der Souveränität Chinas« überschrieb. Die deutsche Botschaft in China unternahm erhebliche, aber erfolglose Anstrengungen, dem Autor dieses ebenso entlarvenden wie unerhört weitsichtigen Textes auf die Spur zu kommen.

Ich hätte sie gern nebeneinander im Buch gesehen: die gleichermaßen wichtigen Widerstandsschriften des bürgerlichen Juristen und des Kommunisten.

RUTH ANDEXEL

## Wie ich allen auf den Wecker falle

Unter meinen unangenehmsten Eigenschaften sticht die der Pingeligkeit hervor. In einer »plattdütsch«  
sprechenden Umgebung von meiner Lehrerin-Tante zum »einwandfreien«  
Gebrauch der hochdeutschen Sprache erzogen, bestand eine meiner ersten »Amtshandlungen«  
als Junglehrerin darin, den ersten an mich gerichteten Liebesbrief mit Rotstift zu korrigieren.  
– Aus war's mit der Liebe, das Laster ist geblieben.

Nach meinen kritischen Äußerungen über die vielen Druckfehler in den ansonsten interessanten Beiträgen des jungen hoffnungsvollen Jahrhundertwerkes UTOPIE fand ich mich Korrektur lesend in der Redaktion wieder. Nach kurzer Zeit riß ich auch den Postein- und -ausgang sowie die Bestellung der Rezensionsbücher und die nervtötende Anmahnung der fälligen und überfälligen Rezensionen an mich.

Kurz: Ich bin das zu jeder guten Institution gehörende alte Faktotum, das dauernd die überaus kreativ und hart arbeitenden Autoren und vor allem Redakteure anmahnt und den dem Kollegen Computer geschuldeten Druckfehlern nachjagt. Noch erträgt mich die Redaktion – mal sehen, wie lange.

P.S. In der illustren Redakteursrunde fehlt mein Bild, weil mit zunehmendem Alter auch die Eitelkeit und damit die Abneigung wächst, photographiert zu werden.

ARNDT HOPFMANN

## Über das Rezensionsunwesen. Eine Ermutigung für den gehässigen Rezensenten

Bereits ein nur flüchtiger Blick in die Niederungen des Buchbesprechungswesens offenbart, daß hierzulande fast nur Freundliches und Belangloses über Bücher im allgemeinen und über solche mit wissenschaftlichem Anspruch insbesondere geschrieben wird. Während die professionelle Kritik der belle-lettres hin und wieder mal ein Skandälchen – Marcel Reich-Ranicki sei Dank – hervorbringt, dominiert auf dem Gebiete der Besprechung wissenschaftlicher Bücher die nachsichtigste (um nicht zu sagen einfältigste) Freundlichkeit – wo doch gerade hier das größte Bedürfnis nach Auseinandersetzung mit dem geistig-theoretischen Widersacher erwartet werden dürfte. Statt bissiger Kommentare und vernichtender Polemik werden der ›verehrenswerten‹ Kollegin bzw. dem ›allerwertesten‹ Kollegen so ziemlich alle Stümpereien und Schludrigkeiten großherzig nachgesehen. Sei es das überaus weitverbreitete Eigenlob der Autorinnen und Autoren, seien es ihre noch so unlogischen Geistesverrenkungen in Tateinheit mit historischen wie theoretischen Fehlleistungen oder eine gar zu schlampige Orthographie und Grammatik – alles geht durch und die größte nur denkbare Bestrafung scheint schon in der Nicht-Erwähnung der genannten und weiterer Defekte zu bestehen.

Da nun ernsthaft befürchtet werden muß, daß angesichts der wenigen noch verbliebenen Rezensenten kritischer Schule diese Gattung von Schreiberlingen demnächst gänzlich ausstirbt, sollen hier einige hinweisende Ermutigungen für gehässige oder gar niederträchtige Rezensenten und solche die es werden wollen, in die Öffentlichkeit entlassen werden.

Der ›normale‹ Rezensent, der zumindestens gehässig, wenn nicht gar niederträchtig werden will, muß zunächst seine tief verinnerlichte, gewohnt wohlwollende Grundeinstellung über Bord werfen – was bereits ein hartes Stück Selbsterziehung ist, weil es einige Überwindung erfordert. Seine größte Herausforderung ist natürlich das nahezu perfekte Buch, das womöglich auch noch von einem allgemein geschätzten Kollegen verfaßt wurde. Allein dieser, an sich ›glückliche‹ Umstand sollte nun schon das innerste Verlangen nach Vergeltung für die Unverfrorenheit der Veröffentlichung einer in der Sache anspruchsvollen und womöglich auch noch gut lesbaren Schrift entfachen.

Der derart aufgeputzte Rezensent in spe nimmt also das ›Opfer‹-Buch nicht interessiert, sondern bereits sichtlich angeekelt zur Hand, murmelt etwas wie ›daß sich dieser Idiot (der ›Opfer‹-

Arndt Hopfmann – Jg. 1956; arbeitet seit Ende 1992 in der Redaktion von »UTOPIE kreativ« mit und hat dort inzwischen fast 50 Rezensionen veröffentlicht, alle erbosten Leserbriefe, die die Redaktion bisher zu Buchbesprechungen erhalten hat, bezogen sich auf Rezensionen von ihm.

»Aber wie gesagt, niemand verlangt vom Rezensenten, daß er mit den Ansichten des Autors übereinstimmt. Aber Einfühlung, sofern es sich nicht um einen politischen Gegner handelt, sollte man doch walten lassen.«

Aus einem Brief von Dr. Gertraud Golme am 12. März 1997 an die Redaktion von UTOPIE kreativ.

Autor) noch getraut, derart dicke Bücher und überhaupt noch zu veröffentlichen< und wirft den ›Schinken‹ angewidert erst einmal mit kühnem Schwung in die nächstgelegene Ecke. Noch weitaus größere Vorgehensweisen, wie z.B. das gleichsam vernichtende Spalten des zu verwerfenden Œuvres mit Hilfe des eigenen Kopfes, sind zwar effektiv, lassen sich in der Regel aber kaum verschriftlichen und bleiben in den seltensten Fällen ohne ernste Folgewirkungen für die eigene Geisteskraft sowie die körperliche Unversehrtheit überhaupt!

Durch die physische Mißhandlung des ›Opfer‹-Buches bereits leicht in Rage versetzt, läßt sich der merklich grimmiger werdende Rezensent in den nächststehenden Sessel fallen und beschließt: ›Das Ding wird verrissen!‹ An dieser Stelle (noch ehe das Buch tatsächlich gelesen wird) ist es nun ratsam – bevor der gehässige Rezensent gänzlich vor Verreißwut überkocht –, daß er sich noch kurz jene Vorwürfe und Unzulänglichkeiten notiert, die er dem ›Opfer‹-Autor auf jeden Fall anhängen wird. Diese Methode erleichtert das spätere gezielte Auffinden von Belegstellen im ›Opfer‹-Buch ungemein. Sollten sich zudem beim Lesen des Buches noch weitere Schwächen herausstellen – tant pis für den ›Opfer‹-Autor und sein Werk!

Allerdings ist streng darauf zu achten, daß sich die Hauptvorwürfe unter keinen Umständen im Inkriminieren von leicht nachzuvollziehenden Mängeln in der Gliederung oder in ›frommen‹ Wünschen bezüglich ›unverständlicher Weise nicht berücksichtigter Gesichtspunkte‹ erschöpfen, denn auch wohlwollende Rezensenten kommen mitunter nicht umhin, an derartigen Bagatellen herumzukriteln. Der Hauptstoß des Verrisses ist vielmehr auf jene Stellen zu richten, bei denen es der ›Opfer‹-Autor am wenigsten erwartet, weil er sich dort als Experte dünkt. Handelt es sich beim ›Opfer‹-Werk z.B. um ein Lehrbuch, macht sich der radikale Vorwurf der ›Unsystematik‹ sowie der Verweis auf eine mehr oder minder große Zahl von ›weitgehend unverständlichen Textpassagen‹ besonders apart. Handelt es sich um einen neuen theoretischen Ansatz, wäre dieser beiläufig als ›längst bekannt und schon von den alten Sumerern (wenn möglich, sogar von noch weit voralttestamentarischen Hochkulturen) verworfen‹ oder als intellektuell höchst dürftig, mit gebührender Häme abzutun. Gut machen sich auch penible Hinweise darauf, daß diese oder jene Idee von anderen Autoren – natürlich als Plagiat! – ›freizügig übernommen‹ wurde.

Aus Gründen einer effektvollen Rezensionsstrategie sollte jedoch stets bedacht werden, daß die späteren Leser wie auch das ›Opfer‹ zunächst angeködert und geneigt gemacht werden müssen. Deshalb sind an den Anfang der Besprechung immer einige lobende Floskeln zu stellen, die sich so überaus ausufernd in allen herkömmlichen Rezensionen finden und die zur Zeitersparnis umstandslos von dort übernommen werden können.

Will sich nun der bereits als gehässig bekannte Rezensent auf die Stufe der Niederträchtigkeit aufschwingen, so sollte er sich unbedingt die Aura des Auftragstatters zulegen. Der ›Auftragstatter‹ (sozusagen ›der gedungene Schmierfink‹) ist nicht deshalb Rezensent, weil er selbst etwas von der Sache versteht, nein, er

›Ihre Meinung und die der Redaktion, daß die Rezension des Herrn Hopfmann gewissermaßen eine übliche, nicht aus dem Rahmen fallende kritische Wertung sei, auf die ich vielleicht überempfindlich reagierte, kann ich nicht teilen. Mir selbst ist auch niemand begegnet, der zu dieser Rezension eine im Grunde andere Meinung hätte als ich. Ich habe meine Erwiderung nicht aus einer Augenblicks-Aufregung heraus geschrieben; wie ich auch glaube, daß dieses üble Pamphlet des Herrn Hopfmann sehr überlegt verfaßt worden ist.«  
Aus einem Brief von Prof. Dr. Harry Nick am 28. November 1994 an die Redaktion von UTOPIE kreativ.

handelt aus niederen Motiven und vor allem auf Weisung sowie im Interesse einer mehr oder weniger großen Gruppe von Dunkelmännern (bzw. -frauen), die ihn, der sich stellvertretend für die eigentlichen Verschwörer vorwagt, stützt und anstachelt. Damit wird die veröffentlichte Einzelmeinung zum intellektuellen Hinterhalt. Der ›Opfer‹-Autor fühlt sich nunmehr von vermeintlich hinterlistigen Kollegen umzingelt, wird höchst mißtrauisch gegen jedermann und erleidet so noch größere Beschädigungen an seinem Ego.

Das alles stört natürlich unseren Helden, den gehässigen oder gar niederträchtigen Rezensenten, nicht im geringsten. Auch wenn er selbst die Öffentlichkeit nicht mit substantiellen Werken aus der eigenen Feder beglückt, so ist er doch eine in Expertenkreisen gefürchtete Person – viel Feind, viel Ehr!



ULLA PLENER

## Meine drei Begegnungen mit Marx an einem Nachmittag in London oder: das unerwartete Erlebnis der politischen Kultur im Ausland

Das war am 8. Juni 1991: Mein erster – eintägiger – Besuch in London. Die obligatorische Stadtrundfahrt führte an viele aus Geschichte, Literatur und Englisch-Unterricht dem Namen nach bekannte Städten, die ich nun in natura in Augenschein nehmen konnte. Doch ein mit Marx verbundener Ort war nicht darunter, nicht einmal das Britische Museum. Gerade darauf hatte ich es aber abgesehen. Ich verließ also die Reisegruppe und ging allein auf Erkundungstour.

Gegen 16.45 erreichte ich das Britische Museum und lief sogleich zum Reading Room. Aber zu spät! Der uniformierte Wächter vor der Eingangstür wies auf die Uhr – um 17 Uhr werde geschlossen und also niemand mehr hereingelassen. Ich versuchte zu erklären, daß ich ja gar nicht arbeiten, sondern nur einen Blick hineinwerfen, mich nur einmal darin umschauen wolle. Es half nicht. Eine ältere Dame, aus dem Lesesaal kommend und mit einem hohen Bücherstapel beladen, hörte mir eine Weile zu und fragte plötzlich: You are Russian? (Mein Englisch! Das Grundwissen hatte ich vor vielen Jahren an der Moskauer Universität erworben...) Ich überlegte nur eine Sekunde und sagte: Yes. Da faßte sie mich am Arm – die Bücher ließ sie sich nicht abnehmen –, ging mit mir zur Aufsicht und sprach auf diese energisch ein. Kurz darauf stand ich wieder an der Tür zum Lesesaal – und durfte ‘rein.

Mein Blick wanderte durch den mit Büchern von oben bis unten vollgestellten hohen Rundbau mit der hellblauen Kuppel – die bücherbeladene Dame neben mir. Da faßte sie mich wieder am Arm und sagte: »Dort rechts, in der vierten Reihe, am Fenster saß seinerzeit gewöhnlich Karl Marx bei seinen Studien.« ...

Nun wollte ich unbedingt noch Marxens Grab sehen. Also auf in den Norden Londons zum Highgate-Friedhof. Die U-Bahn war halbleer. Mir schräg gegenüber saß ein Herr – kluges Gesicht, hager, korrekt gekleidet, ungefähr mein Alter, ein Buch unter dem Arm, ganz so, als käme er gerade aus dem Lesesaal der British Library. Wenn er auch bis Archway fährt, fragst du ihn nach dem Weg zum Friedhof, nahm ich mir vor. Er stieg tatsächlich dort aus, ich holte ihn oben ein und trug mein Anliegen vor. Er sah auf seine Uhr: »Oh! Sie werden zu spät kommen, der Friedhof wird schon geschlossen sein.« Das mache nichts, erwiderte ich, er möchte mir den Weg trotzdem beschreiben. Das tat er dann, ich bedankte mich und stürmte los. Da hörte ich noch einmal seine Stimme: Er rief mich zurück und fragte: »Könnte es sein, Sie wollen die Grabstätte von Karl Marx sehen?« Mir blieben die Worte weg – ich konnte

Ulla Plener – Jg.1933,  
Historikerin, Dr. sc. phil.,  
Berlin.  
Zahlreiche Publikationen,  
u.a. zur Geschichte der  
deutschen Sozialdemokratie.  
Seit 1993 Mitarbeit in der  
Redaktion.

nur noch bejahen. »Dann haben sie eventuell eine Chance!«, sagte der Mann. – »Neben dem Friedhof befindet sich der Eingang zum Waterlow-Park. Gehen Sie da hinein und laufen den Weg unweit des Friedhofszaunes; nach einigen -zig Metern werden Sie durch den Zaun hindurch den Marx-Kopf vielleicht sehen können.« ...

Kurz darauf war ich am Ziel, aber – o weh! Links ein Friedhof, rechts ein Friedhof, welcher ist der richtige? Ich schaute mich um – es war niemand da, den ich fragen konnte. Aber dann sah ich ein Mädchen kommen: etwa 20 Jahre alt, in tiefes Schwarz gekleidet, ein schwarzer Hut mit sehr breiter Krämpe – es war fortan und bleibt »mein Grufti-Mädchen«. Ich ging auf sie zu und fragte diesmal selbst geradeheraus, ob sie wüßte, auf welchem der Friedhöfe sich Marxens Grab befände. Kein Entsetzen, keine Distanz, sie wußte es nur nicht, bedauerte und sagte dann entschlossen: »Aber das finden wir heraus!« Zwischen den Bäumen sahen wir einen Friedhofsarbeiter – sie winkte ihn heran und stellte ihm meine Frage. Das Grab befand sich auf dem Friedhof linker Hand. Wir gingen zusammen zum Tor – es war schon abgeschlossen. Sie war fast mehr enttäuscht als ich. Da erzählte ich ihr vom Waterlow-Park und meiner Chance. Auf dem Parkweg trafen wir ihren Freund, und sie entschied für sie beide: Wir kommen mit!

Zu dritt erreichten wir sehr bald die Stelle am Zaun, von der aus tatsächlich Marxens Bronzekopf gut zu sehen war – dreißig (oder vierzig?) Meter entfernt. Das ging mir wider den Strich: wenn schon am Grabe von Marx, dann richtig; ich muß also über diese ca. zwei Meter hohen Gußeisenstäbe. Nach einigem Zögern teilte ich das meinen zwei jungen Begleitern mit. Jetzt erst zeigte ihr Gesicht so etwas wie Erstaunen (immerhin wird sie mir angesehen haben, daß ich gut und gern ihre Mutter hätte sein können). Im Sport war ich zwar keine Niete, aber Klimmzüge gehörten nicht zu meiner Stärke, nicht einen einzigen hatte ich je zustandegebracht. Woher mir die Kraft zuwuchs (vielleicht aus dem Staunen meines Grufti-Mädchens?), weiß ich nicht – jedenfalls stand ich zwei-drei Minuten später auf der anderen Seite des Zauns. »Aber Sie müssen doch noch zurück!« rief mein Grufti-Mädchen fast entsetzt. Das werde sich finden, sagte ich gewollt gelassen. »Wir warten hier auf Sie!« gab sie mir auf den Weg.

Nun blickte ich mich um. Ein alter englischer Friedhof: Bäume, Sträucher, Gräser wild und hoch und durcheinander gewachsen, fast wie im Urwald. Aber da: ein schmaler Trampelpfad, vom Zaun in Richtung Marx! Ich war also beiweitem nicht die erste, die diesen Weg genommen hat... Die Grabstätte sah sorgfältig gepflegt aus, auf dem Sockel ein kleines Gebinde frischer Blumen. (Foto vorhanden!) Nach einer kurzen Weile kehrte ich um.

Mein Pärchen hatte inzwischen eine Schadstelle im Zaun ausfindig gemacht und half mir herüber, ein zweiter Klimmzug war nicht nötig. Du mußt dich ihnen erklären, dachte ich. Ich käme aus Ost-Deutschland, das einmal DDR war und sich sozialistisch nannte, berichtete ich; ich habe mich bei Marx entschuldigen wollen dafür, was wir in seinem Namen angerichtet hatten; dieser unser Sozialismus sei gescheitert – aber Marx könne nichts dafür. Da sah mich mein Grufti-Mädchen sehr ernst an, schlug sich auf die Brust und sagte – auf deutsch: »Das meine ich auch!«

ARNOLD SCHÖLZEL

## Eine Episode aus dem Beginn des laufenden Vereinigungskrieges

In der Kladde, in der ich im Winter 1989/90 Vorträge mitschrieb oder Notizen von Beratungen festhielt, liegt zwischen Aufzeichnungen vom Dezember 1989 eine kleiner Zettel, auf dem in Maschinenschrift steht: »Donnerstag, 10.00 Uhr / Gespräch bei Gen. Höpcke / Zimmer 2112«. In diesem Gespräch sollte ich offiziell die Aufgabe übernehmen, als ehrenamtlicher Chefredakteur eine theoretische Zeitschrift der SED/PDS, wie die Partei seit dem 10. Dezember 1989 hieß, aufzubauen.

Wann dieses Gespräch stattgefunden hat, läßt sich in meinen Unterlagen nicht mehr genau feststellen, vermutlich war es der 14. Dezember 1989. Zustandegekommen war es auf Vermittlung von Michael Brie, der ebenso wie ich seit Jahren an der Sektion marxistisch-leninistische Philosophie der Humboldt-Universität arbeitete. Er hatte mich nach meiner Erinnerung zwischen Tür und Angel gefragt, ob ich nicht Lust hätte, die Leitung einer solchen Zeitschrift zu übernehmen, und den Kontakt zu Klaus Höpcke, dem zuständigen Mitglied des Parteivorstandes, hergestellt.

Das »Zimmer 2112« befand sich im Gebäude des früheren Zentralkomitees der SED – ehemals das Arbeitszimmer eines Politbüromitglieds. Klaus Höpcke und ich verständigten uns kurz über das, was zu tun war. Die Zeitschrift sollte ein Forum für theoretische Debatten der europäischen Linken sein, ein ehrenamtliches Gremium von Wissenschaftlern das Profil bestimmen. Von der Redaktion der »Einheit«, die noch im selben Haus untergebracht war, sollte die technische Basis übernommen, aber die Anzahl der Mitarbeiter – es waren wohl ursprünglich 24 – stark reduziert werden. Es zeichnete sich bereits ab, daß die Mehrheit der über 2,3 Millionen SED-Mitglieder aus der umbenannten Partei austreten würde und die Finanzierung der Zeitschrift unsicher war. Wir waren uns einig, daß die Zeitschrift möglichst unabhängig von Parteivorstand und Parteiapparat arbeiten sollte. Mit dem Chefredakteur der »Einheit«, Manfred Banaschak, der in Rente ging, verabredeten wir, daß im Januar nach dem Weihnachtsurlaub eine Übergabe stattfinden sollte.

In den nächsten Tagen kümmerte ich mich nicht weiter um die Zeitschrift, sondern mehr um meine familiären Pflichten – unsere Kinder waren fünf bzw. drei Jahre alt und meine Frau auf Dienstreise in der Sowjetunion. Die Lehrverpflichtungen waren in den Wochen zuvor gewachsen. Aus verschiedensten Einrichtungen gab es Anfragen nach Vorlesungsreihen über »neuste« Philosophie,

Arnold Schölzel – Jg. 1947, Promovierter Philosophiehistoriker, Berlin. Seit 1990 Mitarbeit in der Redaktion.

meine laufenden Vorlesungen und Seminare an der eigenen Sektion und an der Sektion Theologie mußten gehalten werden. Mein Kalender verzeichnet Vorlesungen an der Musikhochschule, an der Hochschule für Ökonomie und anderswo. Dazu kam die Teilnahme an der Ringvorlesung im Rahmen des »Sozialismus«-Projektes, das vor allem von Dieter Klein und Michael Brie an der Humboldt-Universität getragen wurde. Außerdem entstanden verschiedene Editionsprojekte zur Geschichte der Philosophie, an die früher schon wegen Papiermangel nicht zu denken war. Es war ein Winter der Projekte: Der arbeitsteilige Krakeel von Bürgerrechtlern und bundesdeutschen Medien beherrschte zwar die innenpolitische Szene, aber noch war unbekannt und für die meisten unvorstellbar, daß Gorbatschow und Bush die Übergabe der DDR an die NATO in Malta in großen Zügen bereits abgesprochen hatten.

Es kam jedoch bereits im Dezember zu einem Ereignis, das mir deutlich machte, welche Schwierigkeiten auf jene in der DDR zukommen würden, die an einer sozialistischen bzw. marxistischen Konzeption festhalten wollten. Am 19. Dezember nahm ich zusammen mit Kollegen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften an einer Veranstaltung des Instituts für Soziologie an der Freien Universität teil, die von den dortigen DDR-Forschern durchgeführt wurde. Wie sich herausstellte, interessierten sie sich vor allem für das »Sozialismus«-Projekt an der Humboldt-Universität, über das ich Auskunft gab, soweit ich informiert und einbezogen war. Die Westberliner Wissenschaftler analysierten, so entnehme ich meinen Aufzeichnungen, aus ihrer Sicht die Situation von DDR und SED/PDS. So bezeichnete es Professor Glaeßner als strategischen Fehler, daß sich die Partei auf dem Parteitag am 9./10. Dezember nicht gespalten habe bzw. keinen institutionellen Bruch mit der SED vollzogen habe. Was man sich unter demokratischem Sozialismus vorstelle, sei nicht formuliert worden. Dr. Zimmermann konstatierte, daß der Parteitag die innere Situation der DDR nicht verändert habe, das Mißtrauen der Gesellschaft gegenüber der Partei sei geblieben. In allen Bereichen der Gesellschaft vollzögen sich Erosionsprozesse und gleichzeitig Neuformierungen zahlreicher Organisationen. Die Blockparteien blieben dabei im Windschatten der Kritik an der SED. Der Staatsapparat sei funktionsunfähig, wobei Hans Modrow als Ministerpräsident ein »Glücksfall« sei. Allerdings sei das Fehlen der Legitimität des Staates auch durch den Runden Tisch nicht kompensiert worden. Wichtig sei es, möglichst schnell zu Wahlen und damit zu Entscheidungen zu kommen. Er wies darauf hin, daß die Austrittswelle aus SED und FDGB am stärksten unter den Arbeitern sei. Als Problem hielt er fest, daß in der DDR eine politische Rechte fehle, die in ein Parteienspektrum eingebunden sei. Die Volksbewegung in der DDR habe schließlich eine starke antikommunistische Komponente. Er plädiere dafür, eine »DDR-Eigentümlichkeit« zu erhalten wie z. B. den dort gängigen Begriff von sozialer Gerechtigkeit, der Einkommen aus Kapital nicht einschließe.

Es war eine Variante von DDR-Analyse und -Forschung, die ihre beste Zeit in den Jahren der Entspannungspolitik hatte. Im Zuge der Neueröffnung des Kalten Krieges gegen die DDR nach

1990 sollte sie rasch ihre Basis verlieren und hinter jenem Getöse von »Totalitarismus« und »Unrechtsstaat« verschwinden, das weitgehend an die Stelle seriöser Forschung getreten ist. Um die Jahreswende 1989/90 hatten diese Spielmarken noch keine rechte Konjunktur. Die Entwicklung in der DDR, die Reaktion des Staates und seiner Einrichtungen auf die Volksbewegung Richtung deutsche Einheit, stand offenbar in zu starkem Kontrast zur Realität. Die DDR benahm sich nach der Protestwelle gegen Demonstranten im Oktober einfach nicht wie ein herkömmlicher Polizeistaat – vermutlich einer der Gründe, warum diese Phase der DDR-Geschichte in der herrschenden Geschichtsschreibung ganz ausgeblendet oder nicht auch als Resultat der vorangegangenen 40 Jahre DDR-Geschichte untersucht wird. Das Entsetzen über den friedlichen Verlauf der Ereignisse hält bekanntlich im westlichen Teil der heutigen Bundesrepublik an, wie dem SF-Spektakel Guido Knopps im ZDF über die Auslösung eines Atomkrieges durch ballerende DDR-Grenzer im SS-Outfit Anfang Dezember 1998 zu entnehmen ist.

Veranstaltungen wie die in Dahlem, in denen in ruhiger, aber entschiedener Weise diskutiert wurde, mißfielen dort schon damals. Nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub erfuhr ich, daß im »Tagespiegel« ein merkwürdiger Bericht über die Veranstaltung und ein geharnischter Leserbrief dazu veröffentlicht worden seien. Der Artikel stellte mich als Mitträger des »Sozialismus«-Projektes vor und bezog sich u. a. auf das von mir Gesagte. Das veranlaßte den Mitarbeiter eines DDR-Akademie-Institutes, der Zeitung mitzuteilen, daß ich mit dem Projekt nichts zu tun habe und ansonsten als Vertreter eines Hardcore-Marxismus-Leninismus anzusehen und als solcher berichtigt sei.

Früh färbte sich so, was ein DDR-Einschwärzer werden wollte. Ich teilte dem Herrn, der mir bis dahin trotz langer Bekanntschaft aus der Arbeit im Bereich Geschichte der Philosophie seine Ansichten über meine Tätigkeit nie mitgeteilt hatte, meine Verwunderung über seine Aufführung telefonisch mit und auch meine Ahnung, daß seine Methode »wissenschaftlicher« Auseinandersetzung, sollte sie sich verbreiten, für die Zukunft Übles ahnen ließ. Er hat seither diese Prognose glänzend bestätigt. Das Bemühen, in der neuen Hackordnung rechtzeitig auf einem der besseren Plätze anzukommen, beherrschte weitgehend auch den Betrieb an der Universität. Über jenen Kollegen, der nach ca. 40 Jahren in der SED und verschiedenen Funktionen in der Kampfgruppe im Dezember auf einer Parteiversammlung erklärt hatte, im Grunde sei er schon immer Sozialdemokrat gewesen, hatte ich noch gelacht. Der Anwurf in der West-Gazette, die im Bewußtsein vieler an die Stelle der DDR-üblichen Petzinstanzen getreten war, schien vor allem peinlich. Daß diese Peinlichkeit Hebel der quantitativ größten Wissenschaftlerverdrängung in der Geschichte werden sollte, war noch nicht absehbar.

Der letzte Schritt folgte dann sehr schnell: Der amtierende Sektionsdirektor, ebenfalls einige Jahrzehnte Mitglied der SED, trat an mich heran mit der Aufforderung, die Chefredaktion der Zeitschrift nicht zu übernehmen. Es sei nicht gut für die Sektion,

wenn es zu einer solchen Verbindung komme. Ich verstand den sozial feinfühlig vorgetragenen Hinweis gut und erklärte, daß sich schon eine Lösung finden werde.

Zunächst traf ich mich mit Manfred Banaschak, um die Übergabe der Redaktionsgeschäfte in die Wege zu leiten, lernte die verbliebenen Redaktionsmitarbeiter kennen und knüpfte Kontakte, um das neue Redaktionskollegium zu bilden, konsultierte mich erneut mit Klaus Höpcke: Ich würde einen neuen Chefredakteur gewinnen, aber im neuen Redaktionskollegium mitarbeiten. Inzwischen war bereits offen, ob es die Zeitschrift überhaupt geben würde. Die Entscheidung darüber sollte erst nach den Volkskammerwahlen am 18. März fallen, wenn klar war, was aus der PDS werden würde. Bis dahin sollten der neue Name der Zeitschrift gefunden sein und das Konzept stehen.

Auf dem Soziologie-Kongreß der DDR, der vom 6. bis zum 8. Februar in Berlin tagte, kamen Helmut Steiner und ich überein, daß er die Leitung der Zeitschrift übernehmen würde. So geschah es dann auch.

# MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE

## UTOPIE konkret – wie diese Zeitschrift ihren Namen erhielt

1975 hörte ich zum ersten Mal den Namen Ernst Blochs. Bis dahin hatte ich schon viele Jahre fleißig gelesen und gelernt. Und wie ich damals glaubte, das Richtige.

Ich hörte diesen Namen nicht etwa in der DDR, sondern in Leningrad, wo ich an der Philosophischen Fakultät der Staatlichen Universität studierte. An dieser Fakultät existierte ein Forschungsbereich »Wissenschaftlicher Atheismus«, ein sowjetisches Spezifikum. Sein Leiter sah nicht nur aus, wie sich Jean Effel den lieben Gott vorstellte – Moisej Samoilowitsch Schachnowitsch war ein Professor alter Schule von wirklicher Güte und Weisheit. Außerdem leitete er noch das »Museum für Geschichte der Religion und des Atheismus«, damals am Newski Prospekt im Kasaner Dom.

Schachnowitsch hatte sich mit der Frage an mich gewandt, ob ich nicht Interesse hätte, eine Jahresarbeit über den deutschen Philosophen Ernst Bloch zu schreiben. Dieses Thema sei von großem Interesse und die Blochsche Sprache ein großes Problem für die sowjetischen Studenten. Schachnowitsch's Chuzpe begriff ich erst viele Jahre später. Mit Aufträgen an mich und einen Mitstudenten (dem er eine Arbeit über Ernst Troeltsch vorschlug) sah er die Möglichkeit gekommen, auf eine vorsichtige Art und Weise »Neuland« zu betreten.

Ich hatte natürlich keine Ahnung, worauf ich mich einließ und welche weitreichenden Folgen das noch haben würde. Doch meine Neugier war erst einmal geweckt. Als ich dann die ersten Versuche unternahm, etwas über Bloch in der philosophischen Literatur der DDR nachzulesen, begann ich zu begreifen, daß es nicht nur die Blochsche Sprache war, die den Umgang mit seinem Denken schwierig machen würde. Nicht nur in Leningrad brauchte ich eine Sondergenehmigung des Dekans der Fakultät, um die wenigen Bücher von und über Bloch lesen zu können, in der DDR war es nicht anders.

Schachnowitsch hatte eine junge Wissenschaftlerin, die sehr gut deutsch sprach (sie hatte ein Jahr in Heidelberg gearbeitet und eine Dissertation zu Karl Jaspers geschrieben), mit meiner Betreuung beauftragt. Anna und ich verstanden uns gut, und ich fand mit ihrer Hilfe nach einigen Gesprächen über das von mir Gelesene mein Thema: »Kritik des religiösen Charakters der Philosophie Ernst Blochs«.

Es mag heute abwegig, ja absurd klingen, sich Bloch von dieser Seite zu nähern. Damals war es ein erster, aber wichtiger Schritt, das »unbekannte« Werk Blochs aufzuarbeiten.

Zwei Jahre später war ich mit meiner Diplomarbeit den an das Thema gestellten Erwartungen meines Professors offensichtlich

Marion Schütrumpf-Kunze –  
Jg. 1954, seit 1990 Redakteurin bei UTOPIE kreativ.

gerecht geworden: Sie wurde als beste Arbeit des Jahres 1978 ausgezeichnet, zum VII. Gesellschaftswissenschaftlichen Unionswettbewerb der UdSSR eingereicht und dort prämiert. Davon bekam selbstverständlich die Botschaft der DDR Kenntnis, und so erhielt ich die Mitteilung, daß meine Arbeit zur VII. Zentralen Leistungsschau der Studenten und jungen Wissenschaftler (MMM) im Winter 1979 in Leipzig ausgestellt werden soll.

Dies alles wäre kaum wert, erwähnt zu werden wenn nicht, bestärkt durch das allseitige Interesse und die Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema Bloch, mein Wunsch gewachsen wäre, weiter daran zu arbeiten. Der Empfehlung meines alten Professors Schachnowitsch folgend, wollte ich zu Hause eine Dissertation über die Blochsche Philosophie schreiben. Kenner der damaligen DDR-Philosophieszene werden über solche grenzenlose Naivität sehr erstaunt sein, war doch das Thema Bloch mit einem Tabu belegt. Diese Erfahrung mußte ich sehr schnell machen, als ich als Assistentin an der Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie der Jenaer Universität zu arbeiten begann: Selbstbewußt und mit dem Diplom und den Auszeichnungen »ausgestattet« war ich entschlossen, um »meinen Bloch« zu kämpfen. Unterstützung fand ich nicht gleich, eher im Gegenteil: Von den in Frage kommenden Betreuern verstand niemand, warum ausgerechnet Bloch und warum ausgerechnet er die Arbeit betreuen sollte. So arbeitete ich viele Monate allein, fuhr nach Leipzig in die DB, ausgestattet auch hier mit einer Sondergenehmigung des Sektionsdirektors, um an die gewünschte Literatur zu kommen. Als ich soweit war, eine Konzeption für meine Dissertation zu schreiben, erhielt ich Unterstützung von einem Mitarbeiter der Sektion, der wie ich im Arbeitskreis »Wissenschaftlicher Atheismus« mitarbeitete. Er gab mir in langen Gesprächen viele gute Hinweise und die nötige moralische Unterstützung, nicht aufzugeben. Ein wissenschaftlicher Betreuer konnte er aber nicht sein, da er sich selber mit Bloch nur am Rande beschäftigt hatte.

Da kam mir der Zufall zur Hilfe: In Gestalt eines Professors aus Berlin, der 1981 unsere Sektion besuchte. Am Schluß der Veranstaltung sprach ich ihn an und stellte ihm mein Problem dar: Ich suche einen Betreuer für meine Dissertation. Auf seine ahnungslose Frage, was denn das Thema sei, antwortete ich, daß ich seit fünf Jahren über Ernst Bloch arbeite und nun allein nicht mehr weiterkomme. Später – er war dann tatsächlich mein Betreuer geworden – gestand er mir, daß er das in diesem Moment zuerst für einen Scherz gehalten habe. Er konnte sich nicht vorstellen, daß in der Provinz eine junge Absolventin völlig auf sich allein gestellt an einer Dissertation über Ernst Bloch arbeitet!

Unsere Zusammenarbeit begann dann erst ein Jahr später, als ich nach Berlin umzog. Dank meiner Hartnäckigkeit und eines geeigneten Lebenslaufes wurde ich 1982 Assistentin an der »Gewi-Akademie« im Forschungsbereich »Kritik der bürgerlichen Philosophie« des Instituts für Philosophie. Ich glaubte damals tatsächlich, am Ziel meiner Wünsche angekommen zu sein, und daß ich nun alle Möglichkeiten erhalten würde, über Ernst Bloch zu arbeiten. Wo, wenn nicht hier?

Ich war als Assistentin eingestellt, hatte also eine Reihe Aufgaben für den Forschungsbereich und das Institut zu erfüllen. An mei-



ner Dissertation arbeitete ich nebenbei, jedoch mit einem Zeitplan und einer Konzeption – eingebunden in den Forschungsplan der Akademie. Der Schwerpunkt meiner Forschungen lag deshalb jetzt bei der »Marxismusrezeption« Blochs. Leider wurde meine Bitte, z.B. in das Ernst-Bloch-Archiv nach Ludwigshafen zu fahren, um aktuelles Material zu studieren, stets abgelehnt. So viel Vertrauen hatte man in die ausgewählten Kader nun auch wieder nicht. Daß auch in den Archiven der DDR brisantes und unerschlossenes Material lag, war mir klar – ebenso klar war, daß ich es nicht hätte einsehen dürfen.

1985 war das Jahr des 100. Geburtstages von Ernst Bloch. In allen Medien der Bundesrepublik konnte man sein Bild sehen, über ihn hören und lesen, eine Unmenge wissenschaftlicher Publikationen erschien. Für die DDR-Chefideologen mit Kurt Hager an der Spitze war eine Situation entstanden, in der man Stellung beziehen mußte zu Blochs Wirken in der DDR und zur Haltung der SED ihm gegenüber. Deshalb traf ich mit meinen bescheidenen Vorarbeiten auf offizielles, allerdings begrenztes – politisches – Interesse: Durch die Entspannungspolitik war ein anderer Umgang mit linken und kapitalismuskritischen Kräften möglich geworden und erwünscht. Nun bestätigte Hager, der 1957 auf Wunsch Ulbrichts Blochs Kaltstellung durchgesetzt hatte, zum ersten Mal ein Dissertationsthema zu Ernst Bloch.

Im Dezember 1987 verteidigte ich in Berlin meine Dissertation über das Blochsche utopische Denken und seine Rezeption im radikaldemokratischen Alternativdenken – die »konkrete Utopie« war auch in der DDR wieder da.

Der Wunsch, nun wissenschaftlich weiterzuarbeiten, erwies sich allerdings als illusorisch – das Jubiläum war vorbei, das Thema abgehakt. An der »Gewi-Akademie« war für mich angeblich keine Stelle mehr frei: nun wurde ich mit Parteauftrag zur Redaktion der »Einheit« weitergegeben. Allerdings hatte ich noch eine kurze Frist: Für ein Jahr konnte ich im Berliner Verlag in der außenpolitischen Zeitschrift »Horizont« als Praktikantin arbeiten. In dieser Zeit, die dann bis zum Mai 1989 dauerte, lernte ich, wie man in einer Redaktion arbeitet. Das sollte mir schon bald sehr nützlich sein, aber anders, als ich damals dachte. Denn am Ende dieses Jahres war die Zeit der »Einheit« und ihrer ideologischen Väter endgültig vorbei.

Im Januar 1990 entstand die Idee einer neuen theoretischen Zeitschrift, die sich als Blatt einer Ökumene der Linken verstehen wollte. So gab ich also meine kurzfristigen Pläne, der Wissenschaft und angrenzenden Bereichen den Rücken zu kehren und zur Krankenschwester umzuschulen, auf und nahm das Angebot von Helmut Steiner gern an. Zu den ersten Überlegungen gehörte auch, nach einem programmatischen Namen für unsere neue Zeitschrift zu suchen – er sollte den inhaltlichen Intentionen klar Ausdruck verleihen. Lange fiel uns nichts ein, bis ich blitzartig die Idee hatte: Blochs »konkrete Utopie« konnte unserem Vorhaben den Namen geben, denn seine Vorstellungen einer humanen, gerechten, sozialistischen Gesellschaft waren in dieser Situation des Neuanfangs ein für viele Linke akzeptables Gedankengebäude.

»UTOPIE konkret – Diskussion sozialistischer Alternativen« ging an den Start.

Nach der Wende, ich arbeitete seit einigen Monaten bei dieser Zeitschrift, fanden Jörn Schütrumpf und ich im Archiv des Kulturbundes die Sitzungsprotokolle des Präsidialrates vom Dezember 1957, in denen ein Tribunal gegen Ernst Bloch durch Kurt Hager u.a. inszeniert wurde. In einem Brief an Hager baten wir um einen Kommentar, den wir auch bekamen: er könne sich nicht an eine derartige Rede erinnern.

# WOLFGANG SABATH

## Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Erstaunliche Nachricht kam im Berichtszeitraum aus den Vereinigten Staaten: Außenministerin Albright räumte öffentlich Fehler in der einstigen US-amerikanischen Lateinamerikapolitik ein. Altgediente DDR-Zeitungsleser mögen sich durch die in diesem Zusammenhang in den Zeitungen erwähnten »Fälle« Guatemala, Panama, Grenada, El Salvador, Chile und andere noch nachträglich in ihrer Weltsicht bestätigt gefühlt haben. Doch der Witz an dieser von allen deutschen Blättern zur Kenntnis genommenen Albright'schen Selbstkritik war ja der, daß die uns glauben machen sollte, daß eine derartige, sich machtpolitisch verstehende Außenpolitik, ein historischer Fehler der USA sei. Wer so denkt, denkt leichtfertig. Dafür lieferte der Berliner »Tagesspiegel« ein klitzekleines, nichtsdestoweniger bemerkenswertes Indiz: Neben einem vierspaltigen Seitenaufmacher unter der Überschrift »Die USA, Pinochet und eine Schuhschachtel voller Würmer«, fällt die kleine neunzeilige Meldung zunächst kaum auf; hier ihr Wortlaut: »USA wollen »Regimewechsel«. Atlanta (AFP). Die USA haben ihre Irak-Politik nach den Worten von Außenministerin Madeleine Albright geändert und wollen einen »Regimewechsel« in Bagdad erreichen. Bislang habe sich Washington damit begnügt, den irakischen Staatschef Saddam Hussein im Zaum zu halten, sagte Albright. Deshalb arbeite die US-Regierung mit irakischen Oppositionsgruppen zusammen.«

Hat hier jemand was von Einmischung gesagt? Aber vielleicht hat sich der die Seite bauende Redakteur sogar etwas gedacht bei der Nebeneinanderplazierung der beiden Vorgänge. Dann hätten wir es mit einem erstaunlichen Fall von Politpffigkeit zu tun. Doch vielleicht sollten wir über ganz etwas anderes staunen:

Darüber, daß gerade jene Blätter, die »damals«, als sie noch »Westzeiten« waren, jegliches Vorgehen ihrer amerikanischen Freunde guthießen – ob gegen Arbenz in Guatemala oder gegen Allende in Chile –, heute die Sicht der amerikanischen Außenministerin teilen. So, wie sie einst eben die Sichten jeglicher anderer US-Außenminister teilten. Jedenfalls immer, solange die im Amte waren. Da hat sich nichts geändert. Womit wir zum Wunder Nr. 2 kommen:

Auf der Meinungsseite des Blattes äußerte sich Dr. Keßler, Mitglied der Historischen Kommission der PDS, zum sogenannten Amnestiegesetz. Ich will hier den bedenkenswerten Leserbrief Mario Keßlers nicht referieren, aber wie er auf die Idee zu folgendem Anliegen kommt, bleibt mir schleierhaft; auf Auseinandersetzungen in der PDS eingehend, schreibt er: »(...) Der Tagesspiegel kann durchaus jenen demokratisch-sozialistischen Stimmen Platz für die Darlegung ihrer Ansichten einräumen, die es in der PDS – immer noch – gibt und die eine kritische Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte statt einer DDR-Nostalgie wollen und anmahnen.«

Natürlich könnte der »Tagesspiegel« das – aber warum sollte er? Die Rettung sozialistischer Ideen ist doch nun wahrlich nicht sein Ding. Selbst, wenn wir es eine Nummer kleiner angingen und nur auf so eine Art Chronistenpflicht abhoben: Bisher konnten Keßler und die vielen anderen noch so viele Bände voller »DDR-Aufarbeitungen« veröffentlichen, sie wurden bisher außerhalb ihrer Reihen kaum zur Kenntnis genommen. Denn nur so funktioniert weiterhin das Kriegsgeschrei, die PDS solle endlich beginnen, die SED-Vergangenheit aufzuarbeiten. Übrigens besonders schön nachzulesen regelmäßig auch auf den Lesermeinung-Seiten des »Tagesspiegel«.

Die von mir angesichts der allseitigen Privatisierungsschübe schon mehrmals angeregte Abschaffung des Staates schreitet weiter voran. Der Berliner »Stadtzeitung« (Scheinschlag) entnehmen wir, daß die Berliner Verwaltungsmitarbeiter zu Weihnachten eine Broschüre mit den wichtigsten Regeln der neuen Rechtschreibung erhalten sollen: »Als Weihnachtsmann tritt der Kaufhausbesitzer Peter Dussmann auf, der die von der Innenverwaltung in Auftrag gegebene Broschüre bezahlt.«

Innensenator Werthebach habe sich artig für das Sponsoring des zwölfseitigen Heftleins, das auch eine Abbildung des Dussmann-Kulturkaufhauses ziere, bedankt. Schreibt die »Stadtzeitung«. Der privat finanzierte Senatsduden erscheint in 90 000 Exemplaren.

Aber es ist ja nicht so, daß der Senat nun über gar kein Geld mehr verfügt. Dussmanns finanzielle Verhältnisse ließen es zwar sicher zu, auch für den für Berlin angeheuerten Wiener Theaterleiter Peymann aufzukommen, aber im Falle Peymann will sich der Senat der deutschen Hauptstadt denn doch nicht lumpen lassen. »Der Tagesspiegel« – wollen wir mal nicht so sein... – wußte zu dem Vorgang eine treffliche Anekdote beizusteuern, die wir unter das Rubrum »Das Theater als moralische Anstalt« stellen können: Peymann habe sich vor Vertragsabschluß die Gehälter der anderen Berliner Theaterleiter nennen lassen und dann für sich zehntausend Mark mehr veranschlagt. Mit dem sozial empfindsamen Kommentar: »Abstand muß sein!« »Der Tagesspiegel« bedauerte, nicht zu wissen, ob Peymann Jahr oder Monat meinte.

Andrea Komlosy, Christof Parnreiter, Irene Stacher, Susan Zimmermann (Hrsg.): Ungeregelt und unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft, Historische Sozialkunde 11, Brandes & Aspel / Südwind Frankfurt/M. 1997, 249 S. (39,80 DM)

Nachdem der Siegeszug der ›monetaristisch-neoliberalen Konterrevolution‹ in den achtziger Jahren landauf landab zu einer Entregulierung der Ökonomien geführt hat, ist auch eine Reihe von Phänomenen in die gesellschaftliche Wirklichkeit zurückgekehrt, die im keynesianisch-fordistischen Kapitalismus längst gebändigt und für immer in die ›frühkapitalistische Vergangenheit abgedrängt schien. Zu den auffälligsten und wahrscheinlich folgenreichsten dieser déjà-vu-Erscheinungen gehört zweifellos die rasche Ausbreitung verschiedenster Formen prekärer Arbeitsverhältnisse und informeller Wirtschaft, die selbst in den Industrieländern keineswegs auf Nebenschauplätze – wie Schwarzarbeit und organisierte Kriminalität – beschränkt werden können, sondern längst volkswirtschaftliche Kernbereiche und nicht zuletzt auch den soziokulturellen Raum durchdringen. »Mit zunehmender Flexibilisierung und Deregulierung wuchert die Informalität auch im sozialpartnerschaftlichen, von Gewerkschaften durchzogenen Kerneuropa und wird somit langsam zur Normalität« (Hofbauer, S. 194).

Im vorliegenden Buch versuchen nun zwölf Autorinnen und Autoren in dreizehn Beiträgen sich der Realität informeller Wirtschaft weltweit und der neuzeitlichen ›Rückkehr‹ von Informalität in den Alltag kapitalistischer ›Wohlstands‹gesellschaften mit einem analytischen Konzept anzunähern, das auf der zentralen Kategorie »informeller Sektor« basiert. Mit diesem sperrigen Konzept sollen einem breiten Leserkreis – vor allem aber Lehrern der Fächer Geschichte und Sozialkunde sowie Studierenden sozialwissenschaftlicher Fachrichtungen – die unterschiedlichsten historischen wie aktuellen Befunde sozialer Entscheidung erklärt und ihnen eine Orientierungshilfe im Irrgarten vielfältiger Formen kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse an die Hand

gegeben werden. Als besonders für diesen Zweck geeignet erweist sich vor allem der erste Beitrag, der in sehr gedrängter Form Konzepte, Widersprüche und Debatten zum »informellen Sektor« umreißt und in dem sich die Autorinnen (Komlosy, Stacher und Zimmermann) sowie der Autor (Parnreiter) mehr oder weniger einmütig zum Weltsystemansatz von Immanuel Wallerstein – »Der informelle Sektor als Bestandteil von asymmetrischer Arbeitsteilung und ungleicher Entwicklung« – bekennen (vgl. S. 21ff.). Wallersteins Welt-systemtheorie, in der Kapitalismus bekanntlich ein eher der Zirkulationssphäre verhaftetes Phänomen des »ungleichen Tausches« zwischen Peripherien, Semiperipherien und Zentren der Weltwirtschaft denn ein Ensemble formationstypischer Produktionsverhältnisse ist, erweist sich als geradezu idealer Rahmen, in dem die unterschiedlichsten Bestimmungen des »informellen Sektors« untergebracht werden können (vgl. z.B. Komlosy, S. 64; Holzer, S. 118; Evers, S. 136; Stacher, S. 151; Schubert, S. 174f.; Parnreiter, S. 204, 213; Langthaler, S. 224).

Allerdings erschöpfen sich die Gemeinsamkeiten in den Auffassungen zu diesem »Sektor« unter den Autorinnen und Autoren in etwa darin, daß »zur ›grauen Ökonomie‹, wie der informelle Sektor genannt wird, ... alle Spielarten des vor allem steuerlich, aber auch gewerbe- und handwerklich nicht oder nur teilweise erfaßten Wirtschaftens ... (gehören)« (Hofbauer, S. 193). Schon in bezug auf die Entwicklungstendenzen des »informellen Sektors« ergeben sich höchst kontroverse Sichten. Während Evers die Tendenz zur »Formalisierung des informellen Sektors« (S. 141) für dominant hält, entdecken Parnreiter und Sassen (wie auch Zimmermann, Schubert und Stacher) einen deutlichen »Trend zur Informalisierung, also zur verstärkten Inanspruchnahme ungeschützter und unregulierter Arbeitsverhältnisse« (Parnreiter, S. 203). Als noch widersprüchlicher erweist sich das Konzept »informeller Sektor« dort, wo in ein und demselben Aufsatz einerseits konstatiert wird, daß es sich bei diesem »Sektor« um Tätigkeiten handeln soll, »die außerhalb gesellschaftlich *vorherrschender* (Hervorhebung - AH.) Regelungen des Produktions- und Arbeitsprozesses« (Komlosy, S. 64) stehen. Andererseits

wird im selben Absatz dann jedoch herausgestellt, daß »wir es mit einer Grundkonstante kapitalistischer Rationalität zu tun haben« (ebenda), die weltweit die dominierende Form kapitalistischer Arbeitsverhältnisse darstellt. Überhaupt verdeutlicht der in den ersten Beiträgen des Bandes unternommene Versuch, die historische und globale Dimension der Unsicherheit und Ungeregeltheit von Arbeitsverhältnissen in der kapitalistischen Weltwirtschaft zu beschreiben, wie wenig dafür das Konzept des »informellen Sektors« geeignet ist. Wenn nämlich z.B. die Kombination von Selbstversorgungswirtschaft und Plantagenökonomie beim Vordringen kapitalistischer Produktion in der Karibik (vgl. Füllberg-Stolberg, S. 48) oder das Verlagssystem der Baumwollmanufaktur im Europa des 18. Jahrhunderts (vgl. Komlosy, S. 73) als Herausbildung eines »informellen Sektors« beschrieben werden, dann gerät die dem historischen Entwicklungsprozeß eigene Dialektik von Formalität und Informalität wenn schon nicht völlig aus dem Blick so doch in ein fragwürdiges Licht. Nicht allein der Umstand, daß in einer bestimmten historischen Phase Arbeitsverhältnisse (relativ) ungerichtet und ungesichert sind, macht sie bereits zu informellen Arbeitsverhältnissen. Es kommt auf den jeweiligen historischen Kontext an. Erst die Tatsache, »daß in der Zwischenzeit (auf einer bestimmten Entwicklungsstufe - AH.) eine Reihe von Vorschriften zum Schutze der Gesundheit erlassen sowie arbeitsrechtliche Regelungen getroffen werden« (Sassen, S. 238), die als gesellschaftlich anerkannte, »typische« Form der Ausgestaltung von Arbeitsverhältnissen gelten, begründet die Einordnung von sweatshops, Gelegenheits- und Schwarzarbeit usw. als informelle Strukturelemente moderner Ökonomien. Dies schließt natürlich ein, daß Arbeitsverhältnisse, die zu einem bestimmten Zeitpunkt als »informell« charakterisiert wurden, im Laufe kapitalistischer Entwicklung durchaus die Qualität von Formalität erlangen können und umgekehrt. Insofern ist Informalität zunächst nur eine Negativbestimmung, die die Abweichung vom bestehenden Standard anzeigt. Sollte sich jedoch ein vorläufig als informell verstandenes Phänomen gesellschaftlich durchsetzen – zur »Norm« werden –, wäre auch eine entsprechende positive Be-

schreibung des »neuen gesellschaftlichen Standards« zu leisten.

In welchem starkem Maße die neuesten Entwicklungen im kapitalistischen System auf die Herausbildung von derartigen »neuen Standards« drängen, zeigen nicht nur die Kontroversen zum »Umbau des Sozialstaats«, bei der bezeichnenderweise genau die politisch-staatlich verordnete Einführung von informellen Elementen (zumeist euphemistisch getarnt als größere Verantwortung des einzelnen für seine soziale Absicherung) einen prominenten Platz einnimmt, sondern auch die weltweite Tendenzen zur Informalisierung ganzer Gesellschaften (vgl. dazu den sehr aufschlußreichen Beitrag von Schubert, S. 169ff.). Vieles spricht jedenfalls dafür, das analytische Konzept »informeller Sektor« im Interesse größeren Erkenntnisgewinns gegen ein Konzept von »Informalität« auszuwechseln, das Informalisierung als einen Prozeß begreift, »dessen besonderer empirisch begründeter Inhalt Änderungen unterworfen ist, dessen analytische Bedeutung jedoch ziemlich konstant bleibt« (Sassen, S. 239). Und es sind genau diese inhaltlichen Änderungen, die heute im Zuge von Deregulierungs- und Flexibilisierungsstrategien die Brisanz von Informalisierungstendenzen ausmachen. Von aktueller analytischer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang vor allem jene gesellschaftlichen Polarisierungsprozesse, die durch die Entsicherung und Entregulierung von einst »formellen« Arbeitsverhältnissen (und damit deren Informalisierung) vorangetrieben werden. »Informalisierung ist Ausdruck einer bestimmten Art, den Staat für besondere Gesellschaftsinteressen zu instrumentalisieren. Informalität kann daher nicht unabhängig von den in den jeweiligen Staaten vorhandenen Herrschafts- und Machtstrukturen verstanden werden« (Schubert, S. 180).

ARNDT HOPFMANN

**Pierre Bourdieu:**  
**Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns.** Aus dem Französischen von Hella Beister, Suhrkamp Verlag (= edition suhrkamp - Neue Folge Bd. 985), Frankfurt/M. 1998, 226 S. (19,80 DM)

In diesem schmalen Bändchen sind Vorlesungen und Vorträge des populären französischen Soziologen aus den Jahren 1988 bis 1994 versammelt, die den gesellschaftskritischen Ruf seines Autors bestätigen. Es sind eher philosophische Texte, in denen Bourdieu einige seiner ausführlicheren Schriften, wie »Die feinen Unterschiede« und »Sozialer Sinn«, näher zu erläutern sucht. Sie sind eine eigentümliche Melange kultur- und politiktheoretischer, wissenssoziologischer, gruppenpsychologischer wie ökonomischer Facetten, die den Politik-, Wissenschafts- und Kulturbetrieb, aber auch Kirche und Religion nicht nur in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft näher beleuchten. B. bestimmt den Kern seines Denkens in einer »Wissenschaftsphilosophie, die man insofern relational nennen könnte, als sie vom Primat der Relationen ausgeht«. Die aber würde nur zu selten angewandt, »wohl weil sie in sehr direktem Gegensatz zu den Routinen des gewöhnlichen (oder pseudowissenschaftlichen) Nachdenkens über die soziale Welt steht, das sich lieber an substantielle ›Realitäten‹, Individuen, Gruppen usw. hält als an objektive Relationen, die man nicht herzeigen und nicht anfassen kann, sondern durch wissenschaftliche Arbeit erobern, konstruieren und verifizieren muß« (S. 7).

Gelegentlich wirken seine geistreichen Denkangebote aber auch unscharf, ermöglichen unkonventionelle Sichten ein wenig Resignation gegenüber dem scheinbar zu schwer Faßbaren und damit kaum Veränderbaren.

Hier seien angesichts der vielen Anregungen vor allem jene Überlegungen herausgegriffen, die für die politischen und sozialen Praxen anwendbar sein könnten. B. sieht sie namentlich in den Überlegungen zur sozialen Differenziertheit, ja Klassenspaltung der Gesellschaft, im Verständnis von politischer Macht und ihren Räumen, in der Herausarbei-

tung der Selbständigkeit von Interessengruppen und ihrer scheinbaren Ablösung von Machtpositionen und Interesse. Das ist bei B. alles etwas exotisch formuliert, dürfte aber auch im Kontext der Marxschen »Entfremdung« und »Fetischisierung« oder Gramscis »Hegemonie« und auf jeden Fall allen »ökonomismusernen« Positionen verständlich sein.

Eine zentrale Überlegung B.'s ist die über den »sozialen Raum«, in dem die Akteure oder Gruppen entsprechend ihrer Verfügung über ökonomisches und kulturelles Kapital den ihnen gemäßen Platz finden. Insofern geht es ihm schon um die Individuen, allerdings als handelnde Individuen mit einem bestimmten »Habitus« im Sinne von verinnerlichten Normen und Werten. Diese Räume unterscheiden sich nach dem Gesamtvolumen des Kapitals wie nach dessen Struktur mit dem relativen Gewicht der Kapitalsorten. Entsprechend ordnet er politisches Wahlverhalten zu. So kann er den »zentrale(n) Gedanken« bestimmen, »daß in einem Raum existieren, ... ein Punkt in einem Raum sein heißt, sich unterscheiden, unterschiedlich sein« (S. 22). In der Konsequenz können daraus »theoretische Klassen« konstruiert werden (S. 23). B. warnt zwar davor, diese Klassen als reale anzunehmen und mobilisieren zu wollen (wie die Marxisten). Aber er benutzt seinen Zugang bewußt gegen die Konservativen, die von einer homogenen Gesellschaft und damit vom Fehlen von Unterschieden, Widersprüchen und Konflikten ausgehen. Er wendet dieses Modell auch als Erklärungsmuster für die Krise des Realsozialismus an. Hier führt er den Begriff des »politischen Kapitals« ein, welches »seinen Besitzern eine Art private Aneignung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen ... sichert« (S. 30).

Verständlicherweise wird in einer solchen Betrachtung das kulturelle Kapital und seine konstitutiven Bedingungen – also der Zugang zu Bildung – zum zentralen Punkt für Überlegungen, wie Gesellschaften sich wandeln und neuzeitliche Konflikte (z.B. die Studentenbewegung 1968) herausbilden. B. erwartet im Wissen um die französischen oder japanischen Eliteuniversitäten, daß in diesem Feld künftig die großen Konflikte zwischen »dem hohen und dem niederen Beamtenadel« ausbrechen werden (S. 47).

Ein weiterer Schlüsselbegriff ist das »Feld

der Macht«. Anschaulicher als in Gramscis Hegemonie-Konzept beschreibt er dieses Feld als eines der Dynamik und der Wertigkeit sehr unterschiedlicher Komponenten: »Es ist der Raum der Machtverhältnisse zwischen verschiedenen Akteuren, die in ausreichendem Maße mit einer der verschiedenen Kapitalsorten versehen sind, um gegebenenfalls das entsprechende Feld beherrschen zu können, und deren Kämpfe immer dann an Intensität zunehmen, wenn der relative Wert der verschiedenen Kapitalsorten (zum Beispiel der ›Wechselkurs‹ zwischen kulturellem und ökonomischem Kapital) ins Wanken gerät« (S. 51). Berechtigt warnt er davor, sich beim Nachdenken über den Staat genau jener Kategorien und Denkschablonen zu bedienen, die der Staat und seine wissenschaftlichen Diener als scheinbar einzige Analysemittel feilbieten. Gerade diese »symbolische Produktion« von staatsfixierten Kategorien, aber auch von »sozialen Problemen«, die nur noch durch die Wissenschaftler bestätigt werden müssen, aber nicht in Frage gestellt werden. Er fordert den radikalen Zweifel an diesem Denken. Aus dieser Sicht geht es ihm bei Herrschaft nicht mehr im klassischen Sinne um die Kontrolle über und den Einsatz von »Überbau«-Komponenten oder des »Kapitals der physischen Gewalt«, sondern um die ganze Fülle von »Kapitalsorten«, »eines komplexen Bündels von Handlungen« (S. 52), die alle gesellschaftlichen Bereiche, nicht zuletzt die geistig-kulturellen erfaßt, die Herrschaft konstituieren.

Den Staat sieht B. als »Ergebnis der Konzentration verschiedener Kapitalsorten«, die allein schon den Staat in eine beherrschende Rolle gegenüber den anderen Kapitalsorten und ihren Besitzern bringt (S. 100). Gerade deshalb hält B. es für wichtig, nach den Interessen der Akteure zu fragen. Das schließt z.B. die Interessen der Staatsbediensteten ein, die nicht zuletzt »sich mit der Errichtung des Staates zum Adel des performativen Diskurses über den Staat« erhoben haben (S. 122), um damit ihre Rechtfertigungs- und Legimationsbedürfnisse zu sichern. Bedeutungsvoll ist dabei der Hinweis, daß diese Interessen weder auf bewußte Zwecksetzungen oder das nackte ökonomische Interesse zu reduzieren sind. Bewußt stellt B. die Rolle symbolischer Interessen oder des Interesses an der Allge-

meinheit etwa in der Bürokratie heraus. »Es ist eine Schwierigkeit des politischen Kampfes heute, daß das Interesse der Herrschenden, der rechten wie der linken Technokraten oder Epistemokraten, bei der Vernunft und beim Allgemeinen liegt: Wir bewegen uns auf Universen zu, in denen das Herrschen immer mehr der technischen, rationalen Begründungen bedarf und in denen, da sich die Herrschenden bei der Ausübung ihrer Herrschaft immer nachdrücklicher auf die Vernunft und auf die Wissenschaft berufen, auch die Beherrschten sich immer mehr der Vernunft bedienen müssen, um sich gegen die Herrschaft zu wehren.« (S. 156/157) Fürwahr, die »Sachzwänge« treffen alle, nur, ob dies allein zur Erkenntnis genügt, ist denn doch zu bezweifeln. Ein typischer Fall von B.s Unschärfe, der bei aller notwendigen Polemik gegen die ökonomischen Interessen (oder die nach Karriere, Selbstbefriedigung, Machtbesessenheit oder wie auch immer) nicht außer acht gelassen werden sollte. Mit dieser Einschränkung ist das Buch durchaus eine Bereicherung des kritischen Analyseinstrumentariums für moderne bürgerliche Gesellschaften. B.s Vision ist das Ringen um eine »Politik der Moral« durch »Aufdeckungs-, Ernüchterungs-, Aufklärungsarbeit«. Möglich soll das alles werden durch das Schaffen der »institutionellen Mittel« einer solchen Politik. Das ist das Feld der Intellektuellen, der Kampf um jene Kapitalsorten, die die Herrschaft erneuern (oder aufzuheben) vermögen. Die anderen sozialen Gruppen sollten da aber nicht vergessen werden. Sonst bleiben Aufklärer sehr einsam.

STEFAN BOLLINGER

Heinz D. Kurz:  
 Ökonomisches Denken in  
 klassischer Tradition,  
 Metropolis Verlag Marburg 1998,  
 592 S. (79,80 DM)

Heinz D. Kurz, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Graz, ist der Fachwelt vor allem als Herausgeber des »European Journal of the History of Economic Thought« und der Zeitschrift »Metroeconomica« be-

kannt. Ferner durch Bücher wie »Capital, Distribution And Effective Demand«, »Adam Smith (1723-1790) – Ein Werk und seine Wirkungsgeschichte« sowie »United Germany And the New Europe«. Darüber hinaus machte er sich einen Namen mit der Neuherausgabe des Hauptwerkes von David Ricardo. Der vorliegende Band vereinigt Arbeiten, die bereits in verschiedenen Zeitschriften und Sammelbänden erschienen sind. Schwerpunkt der Auswahl bilden Fragen der Wirtschaftstheorie und Theoriegeschichte. Insbesondere geht es um die Herausbildung der »klassischen« Theorie einerseits und der »neoklassischen« Alternative andererseits. Dabei geht der Verfasser von der These aus, daß die neoklassische bzw. marginalistische Schule die klassische Theorie weder verbessert noch überwunden habe, sondern lediglich einen wenig tauglichen und fehlerhaften Erklärungsansatz daneben gestellt hat: »Die Theoriegeschichte ist seither charakterisiert durch das Neben- und wiederholte Gegeneinander von zwei großen Denktraditionen: einer klassischen und einer neoklassisch-marginalistischen. Jede dieser Traditionen weist mehrere Strömungen auf, die mehr oder weniger klar unterschieden werden können« (S. 7f.). Nicht selten aber führt dieses Nebeneinander verschiedener Ansätze innerhalb der Volkswirtschaftstheorie zu großer Verwirrung, insbesondere bei interessierten Laien und Lernenden. Kurz versucht mit seinem Buch zu einer »Klärung der wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Denktraditionen« beizutragen und auf diese Weise »die Fähigkeit des Lesers zu erhöhen, sich im Dickicht alternativer Theorien, Analysen und Modelle zurechtzufinden und schneller auf deren jeweilige Stärken und Schwächen aufmerksam zu werden« (S. 8).

Der ausgesprochen schöne, aber auch ziemlich opulente Band umfaßt nicht weniger als sieben Teile: Teil I vergleicht den klassischen Ansatz in der Preis- und Verteilungstheorie mit dem neoklassischen. Teil II ist dem Werk des Hauptvertreters der »Klassik«, Adam Smith, gewidmet, Teil III David Ricardo. Im vierten Teil werden zwei frühe Vertreter der deutschen Nationalökonomie vorgestellt: Friedrich Benedikt Wilhelm Hermann und Johann Heinrich von Thünen. Beide Namen gehören hierher, da sie maßgeblich zur Her-

ausbildung der Grenzproduktivitätstheorie der Einkommensverteilung beitragen und damit für die »allmähliche Abkehr von der Klassik« stehen. Der fünfte Teil ist der deutschen Nationalökonomie zu Beginn des 20. Jahrhunderts gewidmet. Teil VI befaßt sich mit den österreichischen Ökonomen Eugen Böhm-Bawerk und Friedrich August von Hayek. Und Teil VII behandelt die Entwicklung der Wachstumstheorie seit Adam Smith. Zu jedem Teil gehört ein Literaturverzeichnis und ein ausführlicher Apparat mit Quellenangaben und erläuternden Anmerkungen. Besonders hervorzuheben sind hier zunächst die Arbeiten zu Smith und Ricardo, worin H.D. Kurz deren versuchter Vereinnahmung durch die Neoklassik vehement entgegentritt (S. 127ff.). Aber nicht weniger interessant sind die Beiträge zu Hermann, v. Thünen, Böhm-Bawerk, Oppenheimer und v. Neumann. Sind die ersten Teile vor allem personenbezogen abgehandelt, so drehen sich die Ausführungen im letzten Teil um ein zentrales Thema der ökonomischen Theorieentwicklung, um wirtschaftliche Dynamik und Wachstum.

Liest man die einzelnen Kapitel im Zusammenhang, so wird plausibel, worauf Kurz im Vorwort hinweist, nämlich daß der Band »Bestandteil eines größeren Projekts ist, ... das der Weiterentwicklung der klassischen Tradition in der Wirtschaftstheorie gilt« (S. 15). Also keine »objektive« Darstellung unterschiedlicher wirtschaftstheoretischer Ansätze, sondern Würdigung und Kritik aus der Sicht einer »klassischen« Position!

Dies soll an einem Beispiel demonstriert werden: David Ricardo. Ricardo, dessen frühe Neigung zur Ökonomie und »Gefallen an abstrakter und allgemeiner Argumentation« (S. 100) auffielen, der als Börsenmakler frühzeitig zu Ansehen und Reichtum kam, der sich mit Mathematik und Naturwissenschaft ebenso beschäftigte wie mit politischer Ökonomie, wird geradezu liebevoll als großer Geist und Charakter gezeichnet. Seine Freundschaft zu Malthus und James Mill findet dabei ebenso Erwähnung wie sein Talent, Geld zu verdienen. Hervorgehoben wird der Praxisbezug seiner Theorie, wofür das Paradoxon »Nichts ist so praktisch wie die Theorie« steht (S. 106). 1817 erscheint sein Hauptwerk »On the Principles of Political Economy, And Taxation«.



Was den Erfolg desselben betrifft, so war Ricardo eher skeptisch. Er äußerte die Vermutung, daß »insgesamt nicht mehr als 25 Personen in England imstande seien, das Buch zu verstehen... Aber der Erfolg von Büchern gründet sich selten darauf, daß ihr Inhalt weit hin verstanden wird« (S. 108). So war es auch hier: Das Buch wurde ein Erfolg. Weniger erfolgreich dagegen war Ricardo mit zahlreichen Gesetzesvorschlägen (»Corn laws«) sowie geld- und währungspolitischen Neuerungen. Ungeachtet dessen gilt er als Begründer der »Currency-Lehre« und damit des Banken- und Währungssystems, wie es sich nach 1844 durchsetzte. Ricardos Werk nimmt in der Theoriegeschichte einen derart wichtigen Platz ein, daß bis heute keiner daran vorbeikommt (S. 115). Aber dies wird zugleich zum Problem. Denn damit ist der Versuch einer jeden Richtung verbunden, Ricardo für sich zu reklamieren. Kurz setzt dem die These entgegen, daß sich an Ricardo »die Geister scheiden« und zeigt dies an Hand der »markantesten Reaktionen auf Ricardos Werk« (S. 116). Dabei wird die Vielschichtigkeit Ricardos sichtbar: Ricardo, der Arbeitswerttheoretiker, Ricardo als Begründer analytischer ökonomischer Theorie, Ricardo als Inspirator mathematischer Ökonomie usw. Auch die Marxsche Rezeption Ricardos findet hier eine kritische Darstellung.

Ebenfalls besonders hervorhebenswert ist der Aufsatz zur deutschen theoretischen Nationalökonomie zu Beginn des 20. Jahrhunderts (S. 275ff.). Die hier behandelte Periode gehört zweifelsohne zu den spannendsten Abschnitten deutscher Theoriegeschichte, aber nicht etwa, weil hier Herausragendes geleistet wurde, sondern eher weil das Gegenteil zutraf und die Diskussion das böse Wort von Karl Marx, wonach es sich bei den deutschen Ökonomen um »bloße Schüler, Nachbeter und Nachtreter, Kleinhausierer des ausländischen Großgeschäfts« (S. 281) handele, nachträglich bestätigte. H.D. Kurz bemüht sich um begriffliche Klärung und Systematisierung, er versucht eine Lagebestimmung der theoretischen Ökonomie um 1900 vorzunehmen und zeigt schließlich, welche Verdienste den herausragenden Köpfen deutscher Ökonomie unter den gegebenen Umständen und Bedingungen zukommen. Der Text vermittelt so ei-

nen hervorragenden Überblick über eine ansonsten vernachlässigte Periode ökonomischer Theorieentwicklung. Der sich daran anschließende Aufsatz zu Franz Oppenheimer zeigt, welche »Schätze« an theoretischen Einsichten und Reformideen noch zu heben sind, vorausgesetzt, man verläßt den Mainstream der neoklassischen Orthodoxie.

ULRICH BUSCH

# Jahresinhaltsverzeichnis 1998

## Beiträge

- ADOLPHI, WOLFRAM: Der Osten und das Ganze und: Das Schweigen der Frauen. Elf Notizen zum Rostocker Parteitag der PDS (Heft 91/92)
- AMZOLL, STEFAN: Auch Utopien können warten! Vier Paraphrasen mit Finale auf das Thema »Dramaturgie der Dezentennien – Die runden Geburtstage der DDR« (Heft 89)
- AMZOLL, STEFAN: Ich ist kein anderer. Hanns Eisler und die DDR – Eine Montage (Heft 91/92)
- ARNOLD, INGO: Die Winterreise. Ein graphischer Zyklus (Heft 87)
- »AVE, COMMUNISME, MORITURI TE SALUTANT!« Nikolai Bucharins »Letztes Wort« (Heft 89)
- BADSTÜBNER, ROLF: Gesamtdeutsche Optionen und Neutralisierungsvarianten (Heft 96)
- BEHREND, MANFRED: Kritischer Marxismus (Heft 97/98)
- BENJAMIN, MICHAEL: Verwaltung und Verwaltungsreform (Heft 90)
- BERGMANN, THEODOR: Isaac Deutscher – ein jüdischer Ketzer (Heft 97/98)
- BOLLINGER, STEFAN: Jahr der vertanen Chancen (Heft 94)
- CHLADA, MARVIN; Haible, Wolfgang: August Thalheimer – Zur Erinnerung an einen revolutionären Kommunisten (Heft 97/98)
- CHRAPA, MICHAEL: »Soziale Nachhaltigkeit« – ein neuer Strategiebegriff? Zur Formierung zukunftsfähiger Ideen für linke Kräfte (Heft 94)
- COPPI, HANS: Die nationalsozialistischen Bäume im sozialdemokratischen Wald. Die KPD im antifaschistischen Zweifrontenkrieg (Teil I) (Heft 96)
- COPPI, HANS: Die nationalsozialistischen Bäume im sozialdemokratischen Wald. Die KPD im antifaschistischen Zweifrontenkrieg (Teil II) (Heft 97/98)
- CROSSOVER-Thesen: Projekte für einen ökologisch-solidarischen »New-Deal« (Heft 97/98)
- DAHMER, HELMUT: »Ohne Geld keine Revolution. Und auch keine Edition...« (Heft 97/98)
- DATHE, DIETMAR: Kontinuität und Wandel ostdeutscher Ungleichheitsstrukturen (Heft 88)
- DIE ERLANGER WERKSTATTGESPRÄCHE DES IGW. Eine Dokumentation zu zwei Jahrzehnten Wissenschaftsforschung in Deutschland (Heft 89)
- DOERNBERG, STEFAN: Zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion (Heft 96)
- DÖGE, PETER: Technik als sozialer Prozeß (Heft 90)
- DRECHSLER, KARL: Prioritäten amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik 1947/48 und die deutsche Frage (Heft 96)
- »Eher geht ein Kamel durch's Nadelöhr...« Briefwechsel zwischen Hermann Klenner und Dieter Kraft (Heft 89)
- ENGEL, GERHARD: Vom Zweiten Demokratikongreß 1848 zum »Dritten Demokratikongreß« Oktober 1998 (Heft 93)
- FREEMAN, ALAN: Die Neuordnung des Weltmarktes – GATT und die Welthandelsorganisation (Heft 91/92)
- GEHRCKE, WOLFGANG: Mitbestimmung – Sozialstaatlichkeit – Reform der politischen Institutionen: Bestandteile sozialistischer Reformpolitik (Heft 91/92)
- GENSICKE, THOMAS: Bürgerschaftliches Engagement im Osten und im Westen Deutschlands (Heft 93)
- GLÓWCZYK, JAN: Kapitalismus auf polnisch (Heft 88)
- GÖSSNER, ROLF: Auf dem Weg in einen autoritären »Sicherheitsstaat«? (Heft 91/92)
- GRÄFE, KARL-HEINZ: Die nationalen Wege und das sowjetische Modell des Sozialismus. Probleme des polnischen Weges zum Sozialismus unter Gomulka (1944-1948) (Heft 96)
- HAIBLE, WOLFGANG; Chlada, Marvin: August Thalheimer – Zur Erinnerung an einen revolutionären Kommunisten (Heft 97/98)
- HAMMER, FRANK: Peggy – Täter und Opfer im Alltag (Heft 94)
- HARTUNG, WOLFDIETRICH: Sprachdiskurse und ihre Bedeutung für ethnische Zusammengehörigkeit und Abgrenzung (Heft 95)
- HEINZ, SABINE: Der Anschluß von Wales an England und seine Folgen (Heft 95)
- HEUER, UWE-JENS: Eine Glosse zum Avantgardismus (Heft 89)
- HEUER, UWE-JENS: Die Sozialisten und das Grundgesetz (Heft 91/92)
- HOFBAUER, HANNES; Komlosy, Andrea: Raus aus der Integrationsfalle! Überlegungen zu einer Welthauswirtschaft (Heft 91/92)
- HOFMANN, JÜRGEN: Die Deutsche Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden (Heft 96)

- HOPFMANN, ARNDT: Westeuropäische Integration und osteuropäischer Kapitalismus (Heft 91/92)
- JELPKE, ULLA: Staatliche Repression. Bürgerrechte und das Problem der öffentlichen Sicherheit (Heft 91/92)
- JEMNITZ, JANOS: Ungarn 1994-1997 (Heft 88)
- JEMNITZ, JÁNOS: Ungarn in der Rechtschwende (Heft 96)
- KAESSELITZ, HELLA: Positionen westeuropäischer kommunistischer Parteien im Übergang zur Politik des Kalten Krieges (Heft 96)
- KALBE, ERNSTGERT: Nationwerdung und nationale Konflikte in Südslawien (Heft 95)
- KATZENSTEIN, ROBERT: Lola Zahn (1910-1998). Ein bewegtes Leben ist zu Ende gegangen (Heft 91/92)
- KESSLER, MARIO: Deutsche Politikwissenschaft im amerikanischen Exil (Heft 91/92)
- KINNER, KLAUS: Prolegomena zu einer Geschichte des deutschen Kommunismus (Heft 97/98)
- KLENNER, HERMANN: Demokratie, Rechtsstaat und Gesellschaft (Heft 91/92)
- KOCH, THOMAS: Ost-Identität. Anker – Anspruch – Anschlußmöglichkeiten (Heft 97/98)
- KOMLOSY, ANDREA; Hofbauer, Hannes: Raus aus der Integrationsfalle! Überlegungen zu einer Welthauswirtschaft (Heft 91/92)
- KRÖBER, GÜNTER: Abschied oder Abstand von der Wissenschaftsforschung? – Reminiszenzen – (Heft 89)
- KULTURFORUM DER PDS – Klenner, Hermann: Zweitausend Jahre Demos und Kratos (Heft 87)
- KULTURFORUM DER PDS – Havemann, Florian; Rabehl, Bernd; Wedel, Mathias – Diskussion I »Rückblick 68 – ein Gespräch über damalige Frühlingsgefühle und heutige Herbststimmung« (Heft 87)
- KULTURFORUM DER PDS – Bunge, Wolf; Dahn, Daniela; Maaz, Hans-Joachim – Diskussion II »Warum kommt der ohnmächtige mit dem Mittleren nicht zusammen?« (Heft 87)
- KULTURFORUM DER PDS – Biskupek, Matthias; Piermont, Dorotheé; Schandl, Franz; Zimmer, Gabriele – Diskussion III »Sanfte Gewalt der Vernunft« (Heft 87)
- KULTURFORUM DER PDS – Seifert, Edda: Politik. Moral. Symbole. PDS (Heft 87)
- MALYCHA, ANDREAS: 1948 – das Jahr des Wandels im Charakter der SED? (Heft 96)
- MAYER, HERBERT: Die internationale sozialistische Konferenz und der Marshall-Plan 1947/48 (Heft 96)
- MENDE, URSULA: Recht und soziale Gerechtigkeit (Heft 91/92)
- MEYER, HANSGÜNTER: Die Krise im Hochschulwesen als Gegenstand wissenschaftssoziologischer Untersuchungen (Heft 90)
- MOCEK, REINHARD: Alternative Wissenschaftskonzepte in der Debatte (Heft 89)
- NASALSKA, EWA: Polen und Deutsche. Zur Haltung Jugendlicher und zu Schulbuchinhalten (Heft 88)
- NOTZ, GISELA: Die Arbeit der Frauen und ihre Zukunft – unter den Bedingungen von Globalisierung (Heft 91/92)
- PAECH, NORMAN: Menschenrechte und Völkerrecht. Chancen für einen Primat des Rechts in der internationalen Politik (Heft 91/92)
- PETZOLD, HARALD: Homo-Ehe – Flucht aus der Moderne? (Heft 95)
- PFEIFER, STEFAN: Von Erfurt nach Essen nach Berlin. Aus der Arbeit mit dem Aufruf für eine andere Politik in einer Ruhrgebietsstadt (Heft 93)
- PLENER, ULLA: In Memoriam: Hattingen und Rheinhausen 1987/1988. Versuch einer Demokratie von unten (Heft 93)
- RICHTER, EDELBERT: Aus der Individualisierung zu neuer Solidarität. Zu den moralischen Bedingungen demokratischer Erneuerung (Heft 93)
- RICHTER, THOMAS J.: »Ich schleppe meine Sehnsüchte durch die Welt«. Interview (Heft 97/98)
- ROESLER, JÖRG: Der Anschluß als historisches Ereignis in der Weltgeschichte: Praktiken, Probleme, Folgen (Heft 94)
- ROMAN, VIOREL: Rumäniens Transformationen – zwölf Thesen zur 1000jährigen Geschichte der Westintegration (Heft 91/92)
- NADJA ROSENBLUM; Schumann, Michael; Weltgeschichte des Kommunismus als Kriminalgeschichte. Nach der Lektüre des »Schwarzbuchs des Kommunismus« (Heft 97/98)
- SAAGE, RICHARD: Utopia zwischen Theokratie und Totalitarismus? Bemerkungen zu Campanellas »Sonnenstaat« (Heft 89)
- SAAGE, RICHARD: Bacons »Neu-Atlantis« und die klassische Utopietradition (Heft 93)
- SAAGE, RICHARD: Utopie und Revolution. Zu Gerrard Winstanleys »Das Gesetz der Freiheit« (Heft 94)
- SAAGE, RICHARD: Utopie als »Fürstenspiel«. Zu Fénelons »Die Abenteuer des Telemach« (Heft 95)
- SAAGE, RICHARD: Utopia als »irdisches Paradies«. Zu Johann Gottfried Schnabels »Insel Felsenburg« (Heft 97/98)

- SABATH, WOLFGANG: Die Wochen im Rückstau (Heft 87-98)
- SCHÖLZEL, ARNOLD: Von der Kritik zur Esoterik – Rudolf Bahro (Heft 88)
- SCHÖNEBURG, VOLKMAR: Recht und Repression in der DDR (Heft 91/92)
- SCHÖNEBURG, VOLKMAR: Nullum crimen, nulla poena sine lege. Rechtsgeschichtliche Anmerkungen (Heft 94)
- SCHULZE, HANSJÜRGEN: Die Winterreise – gegen den Strich gelesen (Heft 87)
- SCHUMANN, MICHAEL: Politik und Ideologie. Wandlung im ideologischen Selbstverständnis der Bundesrepublik (Heft 91/92)
- SCHUMANN, MICHAEL; Nadja Rosenblum: Weltgeschichte des Kommunismus als Kriminalgeschichte. Nach der Lektüre des »Schwarzbuchs des Kommunismus« (Heft 97/98)
- SCHUSTER, JOACHIM: Wirtschaftsdemokratie – Kernelement einer linken Reformperspektive (Heft 93)
- SCHÜTZLER, HORST: Der Anschluß der baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland an die Sowjetunion 1940 und seine Folgen (Heft 95)
- SCHWARZ, ERIKA SOPHIE: Drei Blicke auf das Jahr 2000: 1887 – 1960 – 1987. Gedanken zum 100. Todestag von Edward Bellamy (Heft 90)
- SEMRAU, JENS: Zur Eröffnung der Ausstellung: Rolf Biebl, Bilderwerkstatt 97-98 in der Berliner Stadtbibliothek am 3. März 1998 (Heft 91/92)
- STARITZ, DIETRICH: Anmerkungen zu Widerstand und Opposition, Dissidenz und Residenz in der DDR (Heft 97/98)
- STEINITZ, KLAUS: Nachhaltigkeit und Anforderungen an eine alternative linke Politik (Heft 90)
- TESCH, JOACHIM: Zur Vermögensverteilung in Deutschland und ihren Konsequenzen für die Politik (Heft 94)
- THIELEN, HELMUT: Jenseits von Kapital und Staat (Heft 88)
- ULLRICH, OTTO: Risiken und Gefahren verwissenschaftlichter Technologien – Überlegungen zur Technikbewertung (Heft 90)
- VOLKMANN, RAINER: Warum eigentlich nicht Beschäftigungspolitik? (Heft 94)
- WALDHOFF, HANS-PETER: Fremde, Enteignung und Irrationalisierung. Zwölf Spiegelungen einer Entzivilisierung (Heft 87)
- WEGMARSHAUS, GERT-RÜDIGER: Anmerkungen zur Wissenschaftsforschung im geteilten und im vereinten Deutschland (Heft 90)
- WETTSTÄDT, ROLF: Bürgerrechte als unverzichtbarer Bestandteil sozialistischer Politik (Heft 91/92)
- WOLF, WINFRIED: Der Mythos Che Guevara und die weltweiten Revolten des Jahres 1968 (Heft 88)
- ZADEMACH, WIELAND: Religion vor dem Offenbarungseid? Mutmaßungen über die Zukunft des Christentums (Heft 95)

## Konferenzen & Veranstaltungen

- BISCHOFF, JOACHIM: Jahrhundertbilanz der Gewerkschaften (Heft 94)
- BLUMENTHAL, WOLFGANG; Schmidt, Uwe: Ost-West-Begegnung zur FDGB-Geschichte. Zwei Berichte über eine Tagung (Heft 90)
- HAAS, ANGELIKA; Haas, Klaus-Detlef: Subtilitäten. Zur »Winterreise« des Antieiszeitkomitees (Heft 87)
- HOFMANN, JÜRGEN: Forum der Historischen Kommission der SPD zum 150. Jahrestag der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 (Heft 93)
- KÜCHLER, FALK: NRW – »Nun Regieren Wir« (Heft 95)
- LANGE, HARALD: Falsch, überschätzt oder ein »Jahrhundertwerk«? Sozialdemokratische Ost- und Deutschlandpolitik im Widerstreit (Heft 95)
- MEIER, HELMUT: Das »Gesellschaftswissenschaftliche Forum e.V.« – ein Wissenschaftlerverein stellt sich vor (Heft 93)
- MOHRMANN, UTE: Riten, Mythen und Symbole. Die Arbeiterbewegung zwischen Zivilreligion und Volkskultur (Heft 93)
- PRIESS, LUTZ: »Deutsche Gefangene in sowjetischer Hand, sowjetische Gefangene in deutscher Hand (1941-1956)« (Heft 87)
- SCHMIDT, UWE; Blumenthal, Wolfgang: Ost-West-Begegnung zur FDGB-Geschichte. Zwei Berichte über eine Tagung (Heft 90)
- WEICHOLD, JOCHEN: Forschungs- und Technologiepolitik für eine nachhaltige Entwicklung (Heft 90)
- WITTICH, EVELIN: Wissenschaft und Technologie im 21. Jahrhundert. 3. Annual Oxford Forum in Cambridge/Massachusetts (Heft 97/98)

## Bücher &amp; Zeitschriften

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: MEMORANDUM '98. Bewegung in Europa, Blockade in Deutschland – Kurswechsel für Beschäftigung, PapyRossa Verlag Köln 1998 (ULRICH BUSCH – Heft 97/98)
- Backhaus, Hans-Georg: Die Dialektik der Wertform. Untersuchungen zur marxischen Ökonomiekritik, Ça ira-Verlag Freiburg i.Br. 1997 (ROLF HECKER – Heft 94)
- Backhaus, Jürgen G.; Günter Krause: Zur politischen Ökonomie der Transformation, Metropolis-Verlag Marburg 1997 (ARNDT HOPFMANN – Heft 90)
- Balzer, Friedrich-Martin; Christian Stappenbeck (Hg.): Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR. Ein Beitrag zu 50 Jahre »Darmstädter Wort«, Pahl-Rugenstein Bonn 1997 (JENS LANGER – Heft 88)
- Barber, Benjamin R.: Coca Cola und Heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus Demokratie und Freiheiten abschaffen. Aus dem Englischen Günter Seib, Scherz Verlag Bern-München-Wien 1996 (STEFAN BOLLINGER – Heft 91/92)
- Baring, Arnulf in Zusammenarbeit mit Dominik Geppert: Scheitert Deutschland? Abschied von unseren Wunschwelten, Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart 1997 (STEFAN BOLLINGER – Heft 87)
- Bellebaum, Alfred; Hans Braun; Elke Groß (Hrsg.): Staat und Glück. Politische Dimensionen der Wohlfahrt, Westdeutscher Verlag Opladen 1998 (HERMANN KLENNER – Heft 97/98)
- Blätter des Informationszentrums 3. Welt, Nr. 216 (GERD BEDZENT – Heft 88)
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien: Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolge der Transformation, Jahrbuch 1996/97, Carl Hanser Verlag München und Wien 1997 (ARNDT HOPFMANN – Heft 89)
- Butterwege, Christoph (Hrsg.): NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1997 (ROLF RICHTER – Heft 90)
- Dehl, Oleg: Ot illjuzij k tragedii. Nemeckie emigranty v SSSR v 30e gody, Neues Leben Moskau 1997 (ULLA PLENER – Heft 93)
- Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Hrsg., eingel., komment. u. übers. von W. Hedeler, H. Schützler, S. Striegnitz, Dietz Verlag Berlin 1997 (CLAUS REMER – Heft 91/92)
- Dümcke, Wolfgang; Vilmar, Fritz (Hg.): Kolonialisierung der DDR – Ergänzungsband 1996, Projektgruppe Vereinigungspolitik, Berlin 1996, (STEFAN BOLLINGER – Heft 91/92)
- Eckardt, Thomas: Arm in Deutschland. Eine sozial-politische Bestandsaufnahme, Olzog Verlag Landsberg am Lech 1997 (ULRICH BUSCH – Heft 91/92)
- Eggeling, Tatjana; van Meurs, Wim; Sundhausen, Holm (Hrsg.): Umbruch zur »Moderne«? Studien zur Politik und Kultur in der osteuropäischen Transformation, Gesellschaften und Staaten im Epochenwandel Bd. 5, Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften Frankfurt/M. 1997 (ARNDT HOPFMANN – Heft 93)
- Falin, Valentin: Konflikte im Kreml. Zur Vorgeschichte der deutschen Einheit und Auflösung der Sowjetunion. Aus dem Russischen von Helmut Ettinger, Karl Blessing Verlag GmbH München 1997 (STEFAN BOLLINGER – Heft 89)
- Faller, Kurt; Bernd Wittich (Hrsg.): Abschied vom Antifaschismus, Frankfurter Oder Editionen Frankfurt (Oder) 1997 (JOCHEN CERNY – Heft 91/92)
- Fischer, Joschka: Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution, Verlag Kiepenheuer & Witsch Köln 1998 (STEFAN BOLLINGER – Heft 97/98)
- Garros, Véronique; Natalija Korenewskaja, Thomas Lahusen (Hg.): Das wahre Leben. Tagebücher aus der Stalinzeit. Aus dem Russischen von Barbara Conrad und Vera Stutz-Bischitzky, Rowohlt Berlin 1998 (WLADISLAW HEDELER – Heft 96)
- Gerhard, Ute: (ed.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, Verlag C.H. Beck München 1997 (CHARLOTTE KLENNER – Heft 87)
- Haas, Daniel: Mit Sozialklauseln gegen Kinderarbeit? Das Beispiel der indischen Teppichproduktion, Berliner Studien zur Internationalen Politik, Schriftenreihe der Arbeitsstelle »Politik Chinas und Ostasiens« am Fachbereich Politische Wissenschaften (Otto-Suhr-Institut) der Freien Universität Berlin, Bd.4, Mütter 1998 (HORST GRIENIG – Heft 97/98)

- Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, hg. von Jens Mecklenburg, Elefanten Press Verlag Berlin 1996 (MARTINA DIETRICH – Heft 90)
- Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Markt oder Plan. Wirtschaftsordnungen in Deutschland 1945-1961, Campus Verlag Frankfurt/New York 1997 (JÖRG ROESLER – Heft 88)
- Hofmann, Sabine; Ferhad Ibrahim (Hrsg.): Versöhnung im Verzug. Probleme des Friedensprozesses im Nahen Osten, Bouvier-Verlag Bonn 1996 (HENNER FÜRITG – Heft 87)
- Japaz, Jorge Mario: Der vierfarbige Punkt. Von den Anden zum Brandenburger Tor, Neuer Hochschulschriftenverlag Rostock 1997 (STEFFEN FLECHSIG – Heft 88)
- Judt, Matthias (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Reihe: Forschungen zur DDR-Gesellschaft, Ch. Links Verlag Berlin 1997 (STEFAN BOLLINGER – Heft 94)
- Kaiser, Monika: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. (Reihe: Zeithistorische Studien. Hrsgg. vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. Bd. 10.) Akademie Verlag Berlin 1997 (STEFAN BOLLINGER – Heft 96)
- Kasrils, Ronnie: Steckbrieflich gesucht. Undercover gegen Apartheid. Mit einem Vorwort von Denis Goldberg, Neue Impulse Verlag Essen 1997 (STEFAN BOLLINGER – Heft 88)
- Kaufmann, Eva; Ursula Schröter, Renate Ullrich: »Als ganzer Mensch leben. Lebensansprüche ostdeutscher Frauen«, trafo Verlag dr. wolfgang weist Berlin 1997 (ANGELIKA HAAS, RENATE LIEBSCH – Heft 91/92)
- Klages, Johanna; Peter Strutynski (Hrsg.): Kapitalismus am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, VSA-Verlag Hamburg 1997 (GRETCHEN BINUS – Heft 91/92)
- Kochanski, Aleksander: Polska 1944-1991. Informator historyczny. Polen 1944-1992. Historisches Vademecum, Bd. 1. Administrative Gliederung. Die wichtigsten Gesetze, staatlichen Entscheidungen und Verlautbarungen (1944-1956). Wydawnictwo Sejmowe Warszawa 1996 (GERD KAISER – Heft 91/92)
- Kocka, Jürgen; Renate Mayntz (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung: Disziplinen im Umbruch, Akademie Verlag Berlin 1998 (ULRICH BUSCH – Heft 93)
- Krause, Günter: Wirtschaftstheorie in der DDR, Metropolis-Verlag Marburg 1998 (JÖRG ROESLER – Heft 97/98)
- Lafontaine, Oskar; Müller, Christa: Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn 1998 (STEFAN BOLLINGER – Heft 97/98)
- Lamprecht, Markus; Hanspeter Stamm: Die soziale Ordnung der Freizeit. Soziale Unterschiede im Freizeitverhalten der Schweizer Wohnbevölkerung, Seismo Verlag Sozialwissenschaften und Gesellschaftsfragen Zürich 1994 (ARNDT HOPFMANN – Heft 88)
- Lee, Eun-Jeung: Konfuzianismus und Kapitalismus. Markt und Herrschaft in Ostasien, einsprüche Bd. 6, Westfälisches Dampfboot Münster 1997 (ARNDT HOPFMANN – Heft 87)
- Lehmann, Günther K.: Macht der Utopie. Ein Jahrhundert der Gewalt, Stuttgart 1996 (GERHARD BRENDLER – Heft 90)
- McLoughlin, Barry; Hans Schafranek; Walter Szevera: Aufbruch – Hoffnung – Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925-1945, Verlag für Gesellschaftskritik Wien 1997 (ULLA PLENER – Heft 93)
- Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, J.H.W. Dietz Nachfolger Bonn 1998 (HORST DIETZEL – Heft 97/98)
- Minarelli, Maria Luisa: Die andere Hälfte des Kapitals. Europäische Unternehmerinnen in der Zeit vom 6. bis zum 18. Jahrhundert, Eichborn-Verlag Frankfurt/M. 1997 (ULRICH BUSCH – Heft 87)
- Monz, Heinz: Gerechtigkeit bei Karl Marx und in der Hebräischen Bibel – Übereinstimmung, Fortführung und zeitgenössische Identifikation, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1995 (MARTIN-RUDOLF ROSKI – Heft 97/98)
- Naimark, Normann M.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945-1949, Propyläen Verlag Berlin 1997 (STEFAN DOERNBERG – Heft 95)
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Ch. Links Verlag Berlin 1997 (MANFRED BEHREND – Heft 88)
- Nikolic, Miso: ... und dann zogen wir weiter. Lebenslinien einer Romafamilie, DRAVA-Verlag Klagenfurt/Celovec 1997 (JENS LANGER – Heft 88)

- Noltenius, Rainer (Hrsg.): Alltag, Traum und Utopie. Lese Geschichten – Lebensgeschichten, Schriften des Fritz-Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur, Reihe 1: Ausstellungskataloge, Band 7, Klartext Verlag Essen 1989 (HANNA BEHREND – Heft 97/98)
- Nöske, Thomas: Clockwork Orwell. Über die kulturelle Wirklichkeit negativ-utopischer Science Fiction, UNRAST-Verlag Münster 1997 (HANNA BEHRENDT – Heft 90)
- Potthoff, Heinrich: Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente (Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft 18) Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn 1997 (STEFAN BOLLINGER – Heft 93)
- Prokop, Siegfried: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs, Dietz Verlag Berlin 1997 (MANFRED BEHREND – Heft 87)
- Ridenour, Ron: Kuba. Ein »Yankee« berichtet, hrsg. von E.F. Fürntratt-Kloep, Papy-Rossa Verlag Köln 1997 (ANDREAS BÜCHNER – Heft 91/92)
- Röttger, Bernd: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1997 (ARNDT HOPFMANN – Heft 91/92)
- Sander, Ulrich: Szenen einer Nähe: Vom großen RechtsUm bei der Bundeswehr Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger Bonn 1998 (HORST ANDEXEL – Heft 97/98)
- Schäfers, Bernhard; Wolfgang Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Verlag Leske + Budrich Opladen 1998 (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER – Heft 96)
- Schneider, Ulrich: Zukunftsentwurf Antifaschismus. 50 Jahre Wirken der VVN, Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger Bonn 1997 (MANFRED BEHREND – Heft 90)
- Schwendter, Rolf: Utopie. Überlegungen zu einem zeitlosen Begriff, Edition ID-Archiv Berlin-Amsterdam 1994 (HANNA BEHREND – Heft 97/98)
- Seidel, Helmut: Johann Gottlieb Fichte zur Einführung, Junius Verlag Hamburg 1997 (GOTTFRIED STIEHLER – Heft 91/92)
- Semirjaga, M.I.: Kak my upravljali Germaniej (Wie wir Deutschland verwalteten) Verlag ROSSPEN (Russische Politische Enzyklopädie) Moskau 1995 (STEFAN DOERNBERG – Heft 95)
- Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte, Stefan Plaggenborg (Hrsg.), Verlag A. Spitz Berlin 1998 (WLADISLAW HEDELER – Heft 93)
- Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Hermann Weber; Ulrich Mählert (Hrsg.), Paderborn München Wien Zürich Schöningh 1998 (WLADISLAW HEDELER – Heft 95)
- Tischler, Carola: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945, Lit Verlag Münster 1996 (ULLA PLENER – Heft 93)
- Unger, Frank; Andreas Wehr, Karen Schönwälder: New Democrats – New Labour – Neue Sozialdemokraten, Elefanten Press Berlin 1998 (HORST DIETZEL – Heft 97/98)
- Wen, Wic: Die fünf Paradigmen der Volkswirtschaftslehre für Inflationslosigkeit, Vollbeschäftigung und Verminderung von Kriminalität, Verlag atacama Merida 1997 (ULRICH BUSCH – Heft 90)
- Widerspruch 32: Streit um Geschichte, Antisemitismus, Rassismus, Zürich Dezember 1996 (MARKO HOFFMANN – Heft 88)
- Willeke, Franz-Ulrich (Hg.): Die Zukunft der D-Mark. Eine Streitschrift zur Europäischen Währungsunion, Olzog Verlag München 1997 (ULRICH BUSCH – Heft 88)
- Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Ch. Links Verlag Berlin 1998 (STEFAN BOLLINGER – Heft 94)
- Zinn, Karl Georg: Wie Reichtum Armut schafft, PapyRossa Verlag Köln 1998 (ULRICH BUSCH – Heft 94)

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

## kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

### Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 72	je	2 DM
Heft 73/74	je	4 DM
Heft 75 bis 84	je	5 DM
Heft 85/86	je	10 DM

### Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,  
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,  
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)  
Herausgeber: Förderverein Konkrete Utopien e.V.

Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER  
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin  
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL/MONIKA NOACK  
Satz: MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,  
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)  
Druck: BärenDruck GmbH,  
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin  
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,  
10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)  
Einzelverkaufspreis: DM 10  
Jahresabonnement (incl. Versand):  
DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)  
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00